

ZEITSCHRIFT FÜR

# GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK &  
WELTWIRTSCHAFT

VII. JAHRGANG

6.

HEFT / JUNI 1930

**SCHNEEFUSS: DAS GESETZ DER NACHBARFEINDSCHAFT**  
**BEHRENS: Alt- und Neupolen — PERCY MEYER:**  
**Polens ukrainische Ostmark — FLEISCHER: Hollands**  
**ernstliche Kolonien — INDRA: Eingeborenenmehr-**  
**heit im niederländisch-indischen Volksrat — GADOW:**  
**Nachtrag zur Prognose der Weltpolitik**

BERLIN / KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.



# ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

## WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgeber *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Tel. 480444; *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Techn. Hochschule, Hannover, Alleestraße 18, Tel. Nord 8186 und *Dr. O. Maull*, o. Professor an der Universität Graz, Hilmteichstraße 22, Tel. 2655  
un- ständig. Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Str. 80 u. Privatdoz. *Dr. Herm. Lautensach*, Gießen, Ostanlage 25. Schrift-  
leitung: *Dr. H. J. Rust*, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 85, Tel. Pfalzburg 2234

## VII. JAHRGANG / HEFT 6 / JUNI 1930

### GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

- \* *Erich Obst* ..... *Berichterstattung aus Europa und Afrika* ..... 423  
\* *Karl Haushofer* ..... *Bericht über den indopazifischen Raum* ..... 429  
*Otto Maull* ..... *Berichterstattung aus der amerikanischen Welt* 436

### DEUTSCHE AUSSENPOLITIK:

- Reinhold Gadow* ..... *Die Folgen der Flottenkonferenz. Eine ergän-  
zende Betrachtung zur Prognose der Weltpolitik* 447

### GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

- \* *Eduard v. Behrens* ..... *Alt- und Neupolen* ..... 454  
*Percy Meyer* ..... *Polens ukrainische Ostmark* ..... 468  
*Leo Fleischer* ..... *Holland und seine fernöstlichen Kolonien* ..... 474  
*Oskar Indra* ..... *Die Eingeborenennmehrheit im niederländisch-  
indischen Volksrat* ..... 478  
*Walter Schneefuß* ..... *Das Gesetz der Nachbarfeindschaft* ..... 483

### AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

- Gerhard Herrmann* ..... *Weltwirtschaftlicher Bericht* ..... 493  
*Josef Mendel* ..... *Die kommende Weltkraftkonferenz und die  
Energiewirtschaft der Erde III* ..... 496  
*Karl Saenger* ..... *Statistik der landwirtschaftlichen Erzeugung II* 500

### LITERATURBERICHTE:

- Karl Haushofer* ..... *Deutsche und romanische Geopolitik* ..... 503  
\* *Die Aufsätze enthalten Kartenbeigaben*

### EINZELHEFT RM. 2.50

### Vierteljahr RM. 6.- / Jahrgang mit Register RM. 25.-

Gebunden RM. 30.- / Register für den Jahrgang RM. 1.- / Inhalts-  
verzeichnis kostenlos / Einbanddecke f. den Halbjahresband RM. 2.-

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN 18769 / WIEN 55918

### ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

*Dr. h. c. Eduard v. Behrens*, Bromberg, Promenada 3 — *Dr. Leo Fleischer*,  
Karlsruhe i. Baden, Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Technischen Hoch-  
schule — Kapitän z. S. *Reinhold Gadow*, Berlin-Schlachtensee, Dianastr. 6 —  
*Dr. K. Haushofer*, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München  
O 27, Kolberger Str. 18 — *Dr. Gerhard Herrmann*, Leipzig, Burgstr. 14 III —  
*Oskar Indra*, Madjoen, Java, Stationsweg 6 — *Dr. Otto Maull*, o. Professor a. d.  
Universität Graz, Hilmteichstr. 22 — *Josef Mendel*, Berlin-Wilmersdorf, Berliner  
Str. 15 — *Percy Meyer*, Riga, Lettland, Schwarzenhöfischestr. 14 — *Dr. E. Obst*,  
o. Professor a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Alleestr. 18 — *Dr. H. J. Rust*,  
Berlin-Schmargendorf, Berkaer Str. 2 — *Dr. Karl Saenger*, Präsident des Preußischen  
Statistischen Landesamtes, Berlin-Dahlem, Falkenried 10 — *Dr. Walter Schneefuß*,  
Graz, Österreich, Bergmannsgasse 10

**KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD  
HOHENZOLLERNDAHM 83**



Ein innerpolitisches Problem kommt in zwei Variationen – an Hand der Beispiele Polens und Hollands – zu interessanter Beleuchtung: Die Praxis der Selbstbestimmung im Nationalitätenkampf einmal innerhalb eines Staatswesens, zum anderen im Freiheitsstreben der Kolonialvölker.

Während *v. Behrens*, historisch und geographisch argumentierend, zu einer geopolitischen Bewertung der heutigen Expansion Polens gelangt, befaßt sich *Percy Meyer* mit der ungewissen Frage nach dem Ausgang des polnisch-ukrainischen Ringens um Boden und Volkstum.

Die Aufsätze von *Fleischer* und *Indra* aber führen uns in das in der Erregung um den Bestand Britisch-Indiens übersehene indische Inselgebiet Hollands. Wird die Einführung einer Eingeborenenmehrheit im Volksrat die europäische Kolonialherrschaft weiter gewährleisten? Die Beantwortung dieser für die Niederlande aufgeworfenen Frage dürfte auch für die Beurteilung der Lage in Britisch-Indien von Bedeutung sein.

Unser marinesachverständiger Mitarbeiter Kapitän z. S. *Gadow* gelangt in seiner ergänzenden Betrachtung der im April- und Maiheft erschienenen Prognose der Weltpolitik zu abweichenden Formulierungen, die den Aufsatz vom militärischen Standpunkt aus abrunden.

Benachbarte Völker müssen Feinde sein, sagt *Schneefuß* und findet in Verfolg dieser Theorie die Erklärung und Begründung der Bündnissysteme aller Staaten der Erde.

Zu *Briands* Memorandum findet sich eine programmatische Stellungnahme in der Berichterstattung von Professor *Obst*.

### *Die Schriftleitung*

#### **Manuskripte und Besprechungsexemplare**

erbitten wir direkt an die Schriftleitung.

It is a pleasure to have the opportunity of meeting you at the New York Public Library. The library is a very fine one, and it is a pleasure to have the opportunity of meeting you at the New York Public Library.

The library is a very fine one, and it is a pleasure to have the opportunity of meeting you at the New York Public Library. The library is a very fine one, and it is a pleasure to have the opportunity of meeting you at the New York Public Library.

The library is a very fine one, and it is a pleasure to have the opportunity of meeting you at the New York Public Library. The library is a very fine one, and it is a pleasure to have the opportunity of meeting you at the New York Public Library.

The library is a very fine one, and it is a pleasure to have the opportunity of meeting you at the New York Public Library. The library is a very fine one, and it is a pleasure to have the opportunity of meeting you at the New York Public Library.

The library is a very fine one, and it is a pleasure to have the opportunity of meeting you at the New York Public Library. The library is a very fine one, and it is a pleasure to have the opportunity of meeting you at the New York Public Library.

The library is a very fine one, and it is a pleasure to have the opportunity of meeting you at the New York Public Library. The library is a very fine one, and it is a pleasure to have the opportunity of meeting you at the New York Public Library.

The library is a very fine one

The library is a very fine one  
The library is a very fine one



ERICH OBST:

*Berichterstattung aus Europa und Afrika*

Zu Youngplan und Rheinlandräumung. — Die französisch-italienische Spannung. — Englands Vermittlerrolle und der große Bruder Amerika. — Briands Paneuropa-Manifest. — Eröffnung der Turkestan-sibirischen Eisenbahn.

Der Youngplan am 17. Mai in Kraft getreten! Der Räumungsbefehl von Tardieu unterzeichnet! Von außen her gesehen, mag man den Eindruck gewinnen, als ob damit tatsächlich die Liquidation des Weltkrieges erfolgt sei, als ob im Wonnemonat Mai 1930 ein neuer, wahrhafter Völkerfrühling beginnen würde. Wer nur ein wenig tiefer schaut, weiß, daß zu allzu rosigem Optimismus ganz und gar keine Veranlassung vorliegt. Gewiß, wir unterschätzen den Wert der neuen Etappe durchaus nicht und beglückwünschen unsere Brüder in der 3. Besatzungszone am Rhein aufs herzlichste zu der bevorstehenden Befreiung. Noch aber ist keineswegs das ganze unzweifelhaft deutsche Land zum Reiche zurückgekehrt. An der Saar regiert noch immer mit überwiegend französischen Organen der Völkerbund; Eupen und Malmedy tragen die Ketten belgischer Vergewaltigung; im Osten blutet das Reich aus tausend Wunden, und der Pole hält mit seinen Flugzeugen immer und immer wieder tückische Umschau über deutschem Reichsgebiet; die Frage der kolonialen Wiedergutmachung ist überhaupt noch nicht angeschnitten. Dazu die nachgerade hoffnungslos stimmende Zunahme der Arbeitslosigkeit bei uns wie in England, Rußland und vielen anderen Ländern der abendländischen Staatenwelt, der lähmende Druck der jetzt ihre Tätigkeit beginnenden „Bank für internationalen Zahlungsausgleich“, jener amerikanischen Fronzentrale, die aus Europa-Deutschland im Laufe der nächsten Jahrzehnte insgesamt rund 84 Milliarden RM herauspressen will usw. Trotzdem nicht das mindeste Gemeinschaftsgefühl innerhalb der europäischen Staatenfamilie, sondern nach wie vor Neid und Mißtrauen auf der ganzen Linie, neben Briands vagem Paneuropa-Manifest jenes donnernde „Sie sollen uns nur kommen“ Mussolinis. Es sieht weiß Gott in Europa nicht nach ewigem Frieden aus; statt eines ehrlichen Willens zu wahrhafter Liquidation des Weltkrieges beherrscht ein Leitmotiv die politische Bühne, dessen Grundakkord viel eher so ertönt: *La guerre est morte, vive la guerre!*

Schon im vorigen Bericht wiesen wir darauf hin, wie sehr die französisch-italienische Spannung die politische Atmosphäre des Abendlandes belastet. Inzwischen ist in Genf von Briand und Grandi der Versuch unternommen worden,



eine Beilegung des Konfliktes in Form vertraulicher Aussprache anzubahnen. Nach dem, was hierüber in die Öffentlichkeit gelangt ist, muß dieser Versuch als gänzlich gescheitert angesehen werden. Italien will sich augenscheinlich zu einer Flottenverständigung mit Frankreich nur bequemen, sofern Frankreich in folgenden drei Punkten den italienischen Wünschen gerecht wird:

1. Aufhebung des französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages;
2. Einteilung der Interessensphären in Nordafrika;
3. Übertragung des Mandats in Syrien von Frankreich auf Italien.

Daß Frankreich trotz der ihm drohenden Isolierung nicht daran denken kann, die von Italien aufgestellten Bedingungen ohne weiteres anzunehmen, versteht sich von selbst; sie sind für die *gloire de France* schlechterdings untragbar. Was aber soll nun weiter werden? Wird Frankreich die stärkeren Nerven behalten, lavieren und abwarten, wie sich die Verhältnisse in Italien einmal entwickeln, sobald Mussolini die Augen für immer schließt?

Während die beiden kontinentalen Hauptrivalen im Ring hin und her spazieren, um die gegenseitigen Schwächen zu erspähen, wägt England gemessen ab, wie es sich zu diesem Konflikt stellen soll. Frankreich sähe es natürlich sehr gern, wenn sich eine Wiederannäherung an England erzielen ließe und England sich bereithalten würde, gemeinsam mit Frankreich Front zu machen gegen die „den Frieden Europas bedrohende Aktivität Italiens“, vor allem auf dem Gebiet der Flottenpolitik. Indessen England sind, selbst wenn es darauf eingehen wollte, durch die Entente mit USA. die Hände gebunden. Will es im Bunde mit der nordamerikanischen Union großzügige panangelsächsisch-transozeanische Weltpolitik treiben, so muß es sich von irgendwie gearteten kontinentalen Fesseln frei halten. Nur vom Standpunkt dieser schicksalschweren Entscheidung ist es zu verstehen, daß Henderson telegraphisch die Meinung von Washington einholte, ehe er nach Paris abreiste. Die Auffassung des „großen Bruders“ ist für das England unserer Tage so maßgebend, daß nichts von Bedeutung ohne dessen Willen unternommen wird! USA. hat grundsätzlich der geplanten englischen Vermittlung zugestimmt. Indessen sollte Frankreich sich darüber im klaren sein, daß es jetzt von England herzlich wenig zu erhoffen hat. Nachdem die Flottenverständigung zwischen USA., England und Japan geglückt ist, braucht England Frankreichs Flottenrüstungen nicht mehr so zu fürchten, daß es im Interesse eigener Sicherheit auf Frankreichs Wünsche unbedingt eingehen müßte. Im Gegenteil, England kann es sich jetzt leisten, für eine Erstarkung der italienischen Seemacht Verständnis zu bekunden, weil auf diese Weise die restliche Gefahr einer Bedrohung durch Frankreich abgeschwächt, das maritime Gleichgewicht in Europa ausbalanciert wird.

Frankreich erlebt mit Bangen den Zerfall der Weltkriegs-Entente, die Neuorientierung der Weltmächte, und fühlt, wie stark es dadurch in seiner eigenen Machtstellung bedroht wird. Aus der ihm von Tag zu Tag fühlbarer werdenden Isolierung herauszukommen, ist infolgedessen eines der wichtigsten Ziele der französischen Außenpolitik. Sicherlich spielen bei Briands Paneuropa-Manifest



derartige Überlegungen eine wichtige Rolle. Der „Mann mit der weichen Zunge und dem harten Herzen“, wie er einmal genannt worden ist, müßte nicht französischer Patriot sein, wenn er nicht alle Anstrengungen machen würde, die bereits wankende französische Hegemonie in Europa durch eine geniale Hilfskonstruktion zu stützen. Vielleicht tut man Briand Unrecht, wenn man bei seiner Paneuropa-Initiative nichts als derartige nationalegoistisch-französische Motive hervorhebt. Als beweglicher Geist sieht er, wie einst auch Stresemann, die Sinnlosigkeit der aus der Zeit kleinräumiger Politik reliktenhaft erhaltenen innereuropäischen Zollschranken. Als Franzose und Europäer empfindet er die außerordentliche Gefahr der amerikanischen Kapital- und Handelsoffensive. Und doch ist und bleibt er offenbar zu sehr Franzose, um über dem allen nicht zuerst und in der Hauptsache an die „Sicherheit“ Frankreichs zu denken. Warum wehrt er sich leidenschaftlich gegen den Anschluß des deutschen Österreichs ans Reich? Warum sieht er eine Europakonstruktion vor, die trotz gewisser raumpolitischer Großzügigkeit in allen Einzelheiten die Ornamentik der Kriegsschuldlüge, der Koloniallüge, der dauernden deutschen Schuldknechtschaft usw. erkennen läßt? Wie soll das Deutschland von Versailles in der Lage sein, ohne Behebung des Grundübels dem Paneuropagedanken zuzustimmen? Die schwer reparationsbelastete deutsche Industrie müßte dem Ansturm der unter weit günstigeren Verhältnissen arbeitenden französischen Konkurrenz erliegen, die deutsche Landwirtschaft aus den nämlichen Gründen der Überflutung aus dem Osten und Südosten. Am Ende käme es zwangsläufig dahin, daß die amerikanische Gefahr vielleicht gebannt, die gesamte deutsche Wirtschaft aber in schlechthinnige Abhängigkeit von Frankreich geraten würde. Nein, so geht es beim besten Willen nicht. Wir bejahen grundsätzlich und ehrlichen Herzens den Gedanken einer paneuropäischen Wirtschaftsunion und würden auch nichts darin finden, wenn bei der Schaffung dieser neuen Lebensform innerhalb der abendländischen Staatenwelt Frankreich starke Initiative entfalten würde. Aber wir wollen einen Umbau und Ausbau Europas in einem neuen Geist, in bewußter Abwendung von Versailles, nicht ein Trickmanöver der unheilvollen Vorkriegsdiplomatie.

Das große geopolitische Ereignis in der Sowjetunion, die Eröffnung der „Turk-Sib“, ist dank einer sehr rührigen und nicht minder geschickten Propa-

### Turkestan - Sibirische Eisenbahn.





ganda der Bolschewiken in der ganzen Welt gebührend beachtet worden. Mit einem Kostenaufwand von fast 175 Mill. Rubel ist das Zwischenstück der von Sibirien nach Turkestan führenden Bahnlinie von Semipalatinsk nach Lugowaja (NO von Taschkent) erbaut und am 1. Mai dem durchgehenden Verkehr übergeben worden. Schon die Zarenregierung hatte diese Verbindungsbahn von 1445 km Länge als dringend notwendig erkannt und im Norden wie im Süden mit dem Bau begonnen: von der Sibirischen Bahn bei Nowo Nikolajewsk (heute Nowo Sibirsk) südwärts bis Semipalatinsk, von der Orenburg—Taschkent-Bahn ostwärts über Lugowaja bis zu dem heutigen Frunse. Die Sowjets haben den alten Gedanken aufgegriffen und im Dezember 1926 gleichzeitig mit der Anlage von Dnjepostroj und des Wolga-Don-Kanals den Bau der Turk-Sib von Lugowaja über Alma Ata (früher Wjernji) nach Semipalatinsk beschlossen. Heute nun ist dieses großzügige Werk vollendet und dem Verkehr übergeben worden. Mögen auch noch mancherlei Schwierigkeiten zu beheben sein — die Zahl der Ausweichstellen ist viel zu gering, ein großer Teil der Brücken nur behelfsmäßig hergestellt, das Problem der Heizstoffversorgung der Turk-Sib noch absolut ungelöst —, es ist und bleibt ein großes Ereignis für Mittelasien, daß nunmehr ein direkter Schienenstrang Turkestan mit Sibirien verbindet. Wirtschaftliche Vorteile größten Maßstabes verspricht man sich in erster Linie von dem Bau der Turk-Sib. Turkestan eignet sich nach Boden und Klima vorzüglich zum Anbau von Baumwolle. Würde alles geeignete Gelände ausschließlich der Baumwollkultur vorbehalten werden, so könnte der größte Teil des Rohstoffbedarfs der russischen Baumwollindustrie durch Erzeugung im eigenen Lande befriedigt werden. Einer solchen Ausnutzung der natürlichen Gegebenheiten stand bislang hindernd der Umstand im Wege, daß die Getreideversorgung der Baumwollgebiete von Turkestan nicht gesichert war, die turkestanischen Bauern infolgedessen in erheblichem Maße Körnerfrüchte statt Baumwolle anbauten. Die Anlage der Turk-Sib wird diesem Mangel nun abhelfen. Indem die Getreide- und Holzversorgung Turkestans durch rasche und sichere Zufuhr aus Sibirien sichergestellt wird, ergibt sich die Möglichkeit, in Turkestan und Mittelasien überhaupt mehr und mehr zur Monokultur auf Baumwolle überzugehen. Man hofft, daß am Ende die Sowjetindustrie ganz ohne Zufuhr amerikanischer Baumwolle auskommen wird, die russische Volkswirtschaft demnach dank der Turk-Sib beträchtliche Ersparnisse erzielen kann.

Die Bedeutung des neuen Schienenstranges reicht aber noch weiter. Länder und Völker der Sowjetunion, die bislang in völliger Weltabgeschlossenheit dahindämmerten, werden durch die Turk-Sib erst eigentlich an die geistige und wirtschaftliche Welt der Sowjets angegliedert. Ohne Zweifel kommt der Turk-Sib schließlich auch eine gewisse strategische Bedeutung zu. Turkestan ist das russische Aufmarschgebiet gegen Afghanistan, Indien und die westlichen Außenländer Chinas. Wenn die bisherigen Zufuhrstraßen nach Turkestan (Krasnowodsk—Ashabad—Merw—Bucharas—Samarkand—Fergana, Samara—Orenburg—Kasalinsk—Taschkent) um einen wichtigen neuen Schienenstrang vermehrt werden (Turk-Sib =



Nowo Sibirsk—Semipalatinsk—Alma Ata—Taschkent), so muß das zu einer wesentlichen Stärkung der russischen Machtposition in Turkestan und ganz Mittelasien führen.

K. HAUSHOFER:

*Bericht über den indopazifischen Raum*

Sinn und geopolitische Deutung der Himalajaexpedition. — Die fehlgeschlagenen Versuche früherer Expeditionen. — Deutsche Pionierarbeit. — Pazifische Anteilsrechte der Andenstaaten. — Der chinesisch-mexikanische Handelsvertrag. — Das Inderproblem in der Hilton-Young-Debatte. — Kritische Bemerkungen zur Presseberichterstattung. — Indiens Haltung gegenüber fiskalischen Zusammenschlußtendenzen des Britischen Reiches. — Katastrophale Wendungen bei Nichtbeachtung der Mahnungen erdgegebener Notwendigkeiten.

Als geopolitische Warnung für solche Mitteleuropäer, die glauben, ein physischer Schutzwall, wie der Alpenkörper, oder gar ein Waldgebirge von der Beschaffenheit des Warndt, des Pfälzer- oder Böhmerwaldes schütze sie vor weiterer Auflockerung ihrer Grenzen — wenn sie diese Zone sonst nicht zu schützen wissen —, setzen wir eine geopolitische Skizze mit Grund- und Aufriß des in diesem Frühjahr umworbenen und bestürmten Himalajastückes voran.

Da der Kanjinjunga und seine Nachbarn — trotz Gandhi und den chinesischen Generalen — die indopazifische Presse beschäftigen werden, bis der Gipfelfesturm dieses Jahres gelingt oder endgültig fehlgeschlagen ist, rechtfertigt sich eine Betrachtung der geopolitischen Seite dieser Sportleistung! Aber wir sollten dabei nicht vergessen, daß neben den von Richard Uhden so gut geschilderten großen „Völkertoren“ Indiens im NW auch immer die zwar nicht massenhaft, aber stark und stetig benützten mongolisch-tibetischen Nebentore im NO bestanden haben — Tore, die selbst eine so ansehnliche Gebirgsmauer durchbrachen und Wellen auf Wellen von Bhutijas und Tibetanern, auch chinesische Heere nach Nepal, Sikkim und Bhutan bis in die bengalischen Ebenen hinabfließen ließen. Es sind auch dort immerhin Paßvorfelder von der halben Größe Bayerns (Bhutan), mehr als der Größe Süddeutschlands (Nepal) entstanden, die neben anderen unbequemerer Wirkungen für Angloindien, (das z. B. erst 1865 die 18 Pässe nach Assam gegen ein stattliches Jahrgeld in seine Kontrolle bekam), die Erforschung der Gipfelriesen des Himalaja fast unmöglich machten. — „Die Everestgruppe war bis 1921 praktisch unbekannt. Der Grund für diese offenkundige Vernachlässigung war politisch, denn die Gruppe ist vollkommen eingeschlossen von Tibet und Nepal, zwei Ländern, in denen Europäer nicht zugelassen sind . . .“ (Beide wissen, warum!) — So schrieb noch 1922 Sir Martin Conway, der ja den nur um 80 m niedrigeren K 2 im Karakorum gründlich untersucht hatte, wie nach ihm Bullock-Workman. Aber auf mehr als 65 km war dem höchsten Gipfel der Erde bis dahin niemand nahe gekommen; und diese Streife war nur ein Nebenschößling des Tibetfeldzugs, ein sehr flüchtiger Besuch!



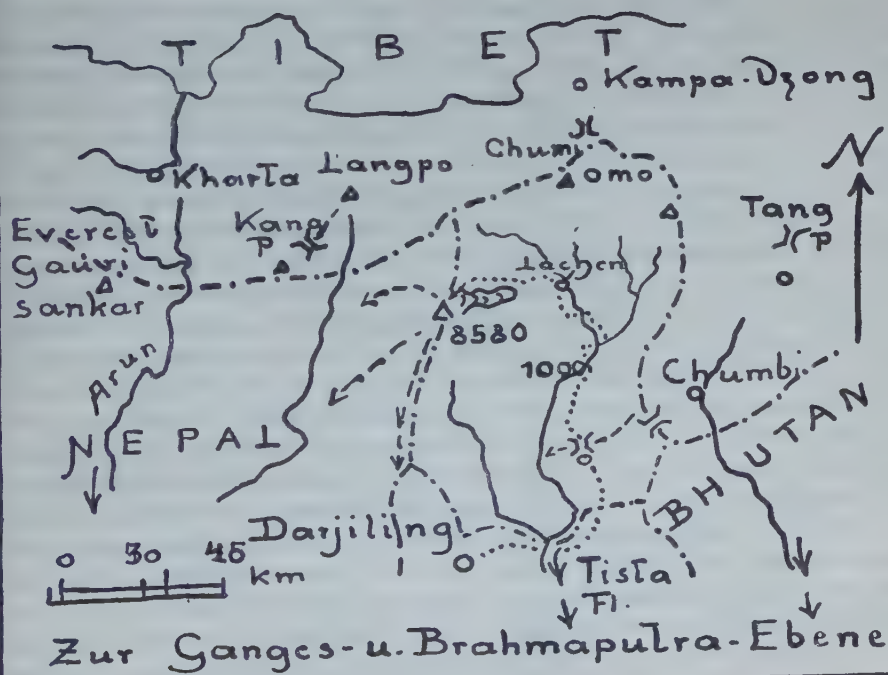
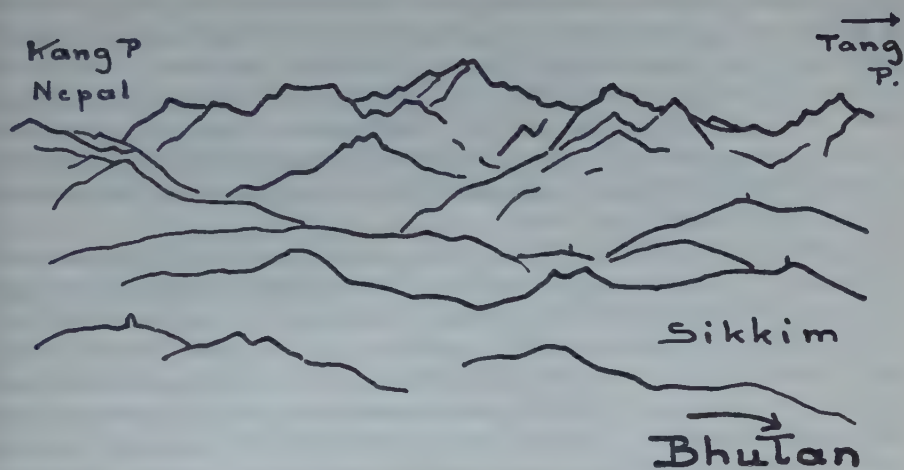
Eine sorgfältig vorbereitete angloindische Expedition von Tibet her 1922 und 1923 scheiterte, teils infolge des verfrühten Monsuneinbruchs, teils infolge einer Katastrophe, die zwei Männer kostete. „Die Hauptfeinde sind die kurze Kletterperiode und das unberechenbare Wetter“, so hatten damals die Führer die erfolgreiche Abwehr des Berges erklärt. Vor den gleichen Feinden mußte 1929 die prachtvoll durchgeführte Kanjinjungabergfahrt des Bayern Dr. Bauer und seiner Freunde zurückweichen, der nun 1930 die sogenannte internationale Expedition des Prof. Dyrhenfurth den Gipfelsturm abgewinnen will. Damit unsere Leser selbst die Aussichten des Vorgehens gegen die zwar nicht höchste, aber schönste Grenzmarke der Monsunländer beurteilen und die dennoch bestehende Tatsache ihrer politischen Durchdringbarkeit würdigen können, haben wir eine Handskizze mit dem punktierten vorjährigen Weg der bayerischen Bergfahrt im Himalaja vorangestellt und einen Aufriß darüber gesetzt. Der bloße Anblick mag beweisen, wie richtig wohl die Erkundung war, die dazu führte, den gewaltigen Block von Lachen, vom Zimugletscher aus anzugehen, wenn auch vielleicht — ohne Schuld der Bergsteiger — zu viel der kostbaren Zeit mit unvermeidlichen politischen Formen und zu langsamer, weil notwendig billiger Anreise ausgegeben worden ist. Englands Gebirgskriegserfahrung weiß, wie man dort mit der Jahreszeit rechnen muß; und so ist es das Tragische, daß Bauer die eigentlichen Schwierigkeiten hinter sich hatte, nur dem Wettersturz nicht mehr zuvorkommen konnte. Die planmäßige Vorarbeit gegen den Kanjinjunga begann 1883 mit Grahams Versuchen am Kabru — zwei Punditen, Rinsing und S. Chandra Das, dann Sir Claude White und Hofmann folgten (1891); endlich Sir Douglas Freshfields Wanderung rings um die Landmarke 1899. 1905 bestürmte eine Schweizer Partie die lawinengefährliche SW-Flanke vom Yalunggletscher in Nepal her und ließ vier Opfer in einer Lawine. Diesen Weg scheint die Expedition von 1930 zu suchen. 1911 und 1912 arbeitete Dr. A. M. Kellas im N und NW, erstieg Nepal-scharte und Zemuscharte, dann Langpo, Chumiomo und Kanchenjihau. 1907 versuchten sich zwei Norweger am Kabru (L.), erreichten seinen Grat, aber nicht seinen Gipfel. Das Jahr 1929 endlich sah zwei Anläufe, den einen vor, den anderen nach dem Monsun. Die Vormonsunpartie des Einzelgehers E. Farmer, von Darjeeling über die Nepalflanke ausgezogen, verschwand jenseits Tseram am Yalungsattel.

Ganz anders gediegen faßte die bayerische Bergfahrt nach dem Monsun die Aufgabe im NO an. Sie bewies eigentlich an der von ihr gewählten, wenn auch schwierigen Stelle die Möglichkeit des Erfolges, der ihr nur durch einen vorzeitigen Wintervorboten, einen furchtbaren Schneesturm, entrissen wurde, dem schwächere Bergsteiger erlegen wären. Vielleicht entscheidet nun der Anlauf von 1930 die wichtige Frage: vor oder nach dem Monsun? Denn die seltsame Lage ist ja, daß es nicht in erster Linie die enormen technischen Schwierigkeiten, sondern noch mehr die politische Vergatterung und der Schutz der Monsunsperrre sind, die Everest und Kanjinjunga bisher vor dem Bezungenwerden geschützt



# Zur Himalaya-Geopolitik

8580 m





haben, also noch mehr geopolitische als bergtechnische Gründe und Hemmungen, die aber — trotz Schnee- und Eissperre der Pässe — das Herabfluten mongolischer Macht nicht abhielten. Immerhin ist die Überschrift: „Bavarians' great achievement“ mit dem schönsten Grenzpfiler der indopazifischen Welt und dem Namen Dr. Bauers auch 1930 wieder in der anglo-indischen Presse verbunden worden —, geradeso wie den Satrapen alten Stils des chinesischen Nordens die Namen der deutschen Berater Chiang-Kai-Sheks eines Todesurteils in effigie würdig schienen. Beides sind gute Zeichen für das Sichvorkämpfen deutscher persönlicher Leistung in der scheinbar für sie verriegelten indopazifischen Welt, freilich nur bei ungewöhnlichem Einsatz der Persönlichkeit; Durchschnitts- und Massenwerten öffnet sich die Schranke noch nicht!

Im Gegenteil, der Wettbewerb, das Risiko im Indischen und Pazifischen Ozean wird größer: die Folgen der Fehlwirkung der Londoner Konferenz nach dem Osten, des „Wiederaufbrochens von China“ (Economist, 20. 3. 1930)! „Alle vernünftigen Chinesen sind verzweifelt angesichts des politischen Bankrotts ihres Landes; aber sie haben noch kein Mittel gefunden, ihren Willen gegen die Männer des Schwertes wirksam zu machen.“ Im Gegensatz dazu suchte Gandhi das weltliche, gewaltlose Schwert, d. h. die Haft, die ihn lange mied, nur seine Anhänger haschte. Und vom jenseitigen pazifischen Ufer melden sich neben den Angelsachsen neue Ansprüche an!

Am 21. 2. 30 hat Dr. H. A. Gibbons in Shanghai in einem geistreichen Vortrag seinen ostasiatischen Hörern die pazifischen Anteilsrechte der Andenstaaten mit ihren zur Zeit rund  $21\frac{1}{2}$  Mill. Einwohnern, ihrem seltsamen Rassengemisch, ihrer politischen Unstetigkeit, aber ihrer rasch fortschreitenden Verkehrserschließung zum Bewußtsein geführt. Die ibero-amerikanische Seite dem Amerika-Referat überlassend, heben wir nur hervor, welche rühmliche Erwähnung in Ostasien die kolumbisch-deutschen Flugleistungen gefunden haben. Statt wie bisher in 3—5 Wochen werde der Fremde in zwei bequemen Tagesetappen von Baranquilla nach Bogota geführt, während die noch vor kurzem 5—8 Wochen dauernde Reise der peruanischen Beamten und Kaufleute von Lima zum atlantischen Hafen Perus, Iquitos durch den Flug auf 20 Stunden gekürzt sei, während der Panamakanal Chile näher an New York gebracht habe, als Brasilien und Argentinien. Aber, wie die Vereinigten Staaten ihr ganzes Verhalten zu den Andenstaaten hätten gründlich ändern müssen, wenn nicht der panamerikanische Gedanke ganz verloren werden sollte, so seien von den fünf Andenstaaten mindestens zwei mächtige Mitglieder der pazifischen Völkerfamilie und wünschten bei Diskussionen über wirtschaftliche, kulturelle oder strategische Probleme des Pazifik zugezogen zu werden. Denn zusammen mit Mexiko und den Zentralamerikanern seien die Lateinamerikaner am Pazifik zahlreicher als die britischen Untertanen dort, und ebenso zahlreich wie die dorthin gravitierenden Teile der Yankees. Japan habe längst klüglich realisiert, daß die englischsprechenden Völker durchaus kein Monopol auf den Pazifik hätten. Auch China sollte engere direkte Beziehungen zu den



Lateinamerikanern pflegen! Der jüngste Handelsvertrag Chinas mit Mexiko sei ein ausgezeichnete Auftakt dazu. Zusammengehalten mit den Schalmeienklängen des Botschafters Castle in Tokio (Geopolitik, Heft 5), des „Friedensambassadors“, offenbart uns dieser Flötenzusatz nun fast zuviel frommen Eifer an transpazifischer Maschinenölung. Lacht nicht zuletzt der alte Pan (ohne jeden Zusatz von -Amerika, -Asien, -Europa, -Pazifik) ein Spottgelächter über so viel unexpansive Tugend wenigstens von den pazifischen Ufertypen herunter? Aber die Zuschauer der Londoner Konferenz sind viel gewöhnt.

Fiel aus dem pazifischen Amerika in das angelsächsisch-japanische Schalmeienspiel ein kleiner Gegenklang hinein, so fällt nach Ostafrika ein indischer Schatten hinaus. Die Diskussion (Manch. Guardian vom 16. 4. 30, S. 10!) zwischen der Hilton Young-Kommission, Lord Lugard und Professor Julian Huxley einerseits, dem neuen Sir Samuel Wilson-Bericht über die Umorganisation — vor allem des Kenyagebiets — andererseits wäre wohl schlichtbar, wenn neben dem Uganda-Protektorat und dem Tanganyika-Mandatgebiet (einst Deutsch-Ostafrika) im Norden ein Kenya-Protektorat (im Stil des Bechuana-Landes etwa) neben einer Kronkolonie Kenya gebildet und irgendwie die häßliche Tatsache verschleiert würde, daß 2½ Mill. Farbige von 2000 Weißen regiert werden, die von der farbigen Arbeit abhängig sind. Aber es gibt neben den Schwarzen auch andere Farbige in Ostafrika, Inder, die hier immer im Auge behalten wurden. Und die lassen sich eben nicht in riesige Ghetto-Betriebe einsperren, aus denen sie nur als nützliche Saisonarbeiter herausgehen. In Wahrheit ist doch das Farben-Ghetto-Prinzip in Südafrika die Schule Gandhis gewesen; und er hat dort die Methoden gelernt, die dann im religiösen Heimatofen mit „Hartal“ Nationaltrauertag und „Satyagraha“ recht materialistische Methoden passiven und doch aktiven Widerstandes umkleideten und auf uralte Gemeinwirtschaftsgedanken zurückkehrten. Würden nicht Uganda- und Kenya-Protektorat auf diese Weise zum Riesen-Ghetto werden? Könnte nicht die Versuchung zu ähnlichen praktischen Reservaten auf das Mandat überspringen, das angeblich nur zum Schutz, nicht zur besseren Ausbeutung der Farbigen besteht? Selbst wenn man die amerikanischen und afrikanischen Farbigen darüber täuschen könnte — die uralten indischen Kulturvölker täuscht man nicht! —

Die Moskauer Gegenseite läßt es auch an Cant nicht fehlen. Über den Stand des Bürgerkrieges in China Ende April 1930 verbreitet z. B. die „Pressegeographie“ eine geopolitisch interessant gezeichnete Karte, auf die wir nur zurückkommen müssen, weil die schwarz eingezeichneten Sowjet-Regierungen (an zwei Stellen in West-Hupe, am Stoß von Honan, Anhui und Hupe, von Hupe, Hunan und Kwangsi, in Mittelkwangsi, West-Fukien, Nordwest-Kwangtung und Südkwangsi), wie auch die zwar großen, aber vielfach menschenleeren und hungergepeitschten Räume von Yen-Shi-Shan und seinen Unterführern Feng-Yu-Hsiang (im Norden) und Li-Tsun-Dschen (im Süden) gegenüber dem Machtbereich von Nanking und Mukden in dieser Skizze sichtlich suggestiv überwertet sind. Wer solche Bilder und die Nachricht vom Kongreß der „chinesischen Sowjet-Regierungen“ (die von vielen doch



auch als Räuberbanden in unwegsamen Grenzgebieten bezeichnet werden) — vgl. z. B. „North China Herald“ vom 11. 3. 1930 — verbreitet, muß sich klar sein, daß er — wissentlich oder unwissentlich — einer geopolitisch klug aufgemachten Moskauer Propaganda panasiatischer Richtung damit dient, und daß die Sowjet-Regierungen vorläufig noch nicht über „viele, zehntausende zählende Armeen verfügen“, wohl aber durch Plünderungen und Massenmorde das Elend Chinas beträchtlich vermehren. Freilich hat Chiang-Kai-Shek, heute als Vertreter des Kapitalismus und amerikanischen Imperialismus mit bösen Worten angehaßt, noch vor wenig Jahren ihre Anschauungen geteilt und die nächste Revolution großen Stils für Ostindien angekündigt, was ihm gewiß von angelsächsischer Seite nicht vergessen worden ist.

Das geht vielleicht am besten hervor aus einer sehr gewundenen, von heftigen Angriffen auf Chiangs deutsche militärische Berater begleiteten Anerkennung seiner Notwendigkeit für ein im Welthandel brauchbares China durch Hallett Abend (New York Times vom 20. und 30. April 1930). Wir sind es unsern Lesern schuldig, darauf hinzuweisen, daß fast alle China-Nachrichten zweckbestimmt sind, die angelsächsischen, wie die Moskauer und die japanischen; und daß die „Pressegeographie“ eben diesmal Stoff aus Moskau brachte, wo man — bei aller guten Form der Aufmachung — doch Chiang-Kai-Shek mindestens abgeneigt ist.

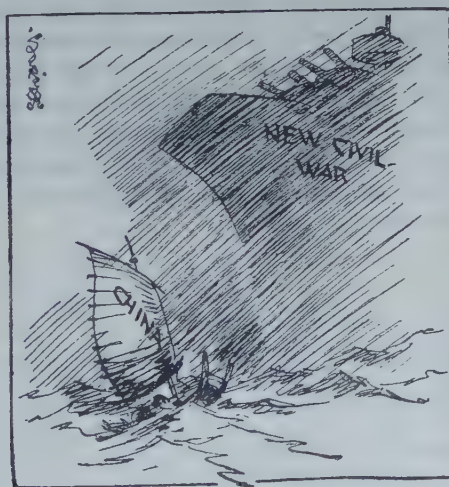
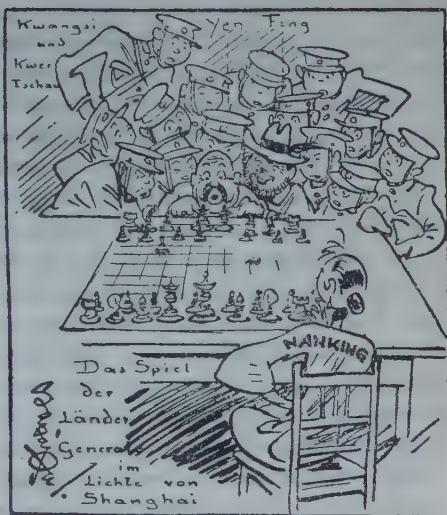
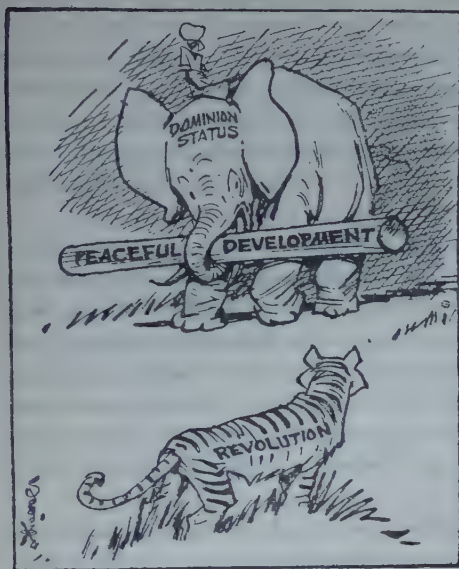
Das große Ziel indopazifischer geopolitischer Berichterstattung aber muß strenger als je ohne Vorliebe und Haß von wissenschaftlich erarbeiteten, erdkundlich erweisbaren Grundlagen aus gewonnen werden, gerade angesichts der ungeheuren Wucht der augenblicklich im Gang befindlichen, in ihrer Entwicklung seit dem Weltkriegsende, genau wie sie dann gekommen ist, von uns vorausgesagten Selbstbestimmungsbewegung der chinesischen (450 Millionen) und indischen (325 Millionen) Massen, angesichts des ängstlichen Abschlusses der chinesisch-französischen Grenze in Kwangsi gegen dessen roten S. W., der Einsperrung der malaiischen Führer in Insulinde, der neuen Schwierigkeiten Australiens (Circulus vitiosus, Economist, „Vicious circle“, 26. 4. 30, S. 933).

Darum raten wir erneut, jede Nachricht nach ihrer Herkunft und dem Milieu, von dem sie ausging, auf ihren Wahrscheinlichkeitsgehalt an Ab- oder Zuneigung zum Gegenstand abzuwägen, und namentlich in Indien Augenblicksschachzüge und Fehlschläge, auch die Gandhis und der immer unruhigen Nordwest-Ecke, von dem Gesamtfortgang der Bewegung sorgfältig zu scheiden.

Aber allerdings mit seinem Aufsatz: „India and Empire Free Trade“ vom 19. 4. 30, S. 876, hat der „Economist“ ganz recht. Indien ist „ein vitaler Faktor in jedem Vorschlag für festeren fiskalischen Zusammenschluß des Reiches“, mit 110% des gesamten britischen Außenhandels und 250% des britischen Handels nach dem Reich. „Nichts kann die guten Beziehungen zwischen Indien und Großbritannien mehr gefährden, als der Glaube, daß Indiens Fiskalpolitik von Whitehall zum Nutzen des britischen Handels diktiert wird“ (17. 11. 1919). Lord Rothermeres Ausspruch: „wir sollten darauf dringen, daß britische Güter zollfrei auf



den indischen Markt kämen als Gegenleistung für die Dienste, die wir Indien geleistet haben“, goß also nur Öl ins Feuer und wurde von allen Wissenden in



IN THE FOG

Indien mit Hohngelächter aufgenommen. Vergeblich erklärte zur Beruhigung am 24. 3. 30 die Regierung, daß niemand Indiens Zollrechte antasten werde und alle drei Parteien sie in feierlicher Erklärungen gewährleistet hätten; Indien glaubt



heute nicht mehr, wie Amerika einst nicht mehr glaubte — auch als es vielleicht der Not hätte glauben können.

Damit sind in China und Indien jene Schwellen erreicht, bis an die heran Geopolitik zu führen hat, jenseits deren das Spiel menschlicher Willkür und Leidenschaft hemmungslos beginnt, um später die Strafe dafür zu leiden, daß die Mahnungen erdgebener, bodenwüchsiger Notwendigkeiten nicht beachtet wurden. Die Strafe ist für die Doktrinäre der Kuomintang das Wiederaufflammen des Bürgerkriegs; für die zu langsam arbeitenden reichsbritischen Zionswächter das „Zu spät“, das nun auch über vernünftigen, für Indien wie Großbritannien evolutionär tragbaren Maßregeln flammt.

Dort aber, wo man selbst in Augenblicken der Leidenschaft das geopolitisch Mögliche nicht ganz aus dem Auge verlor, wie in der verhaltenen ostasiatischen Politik Shideharas von Japan aus, in den kühnen Sowjeteingriffen in das weite Verdrängungsgebiet der Monsun-Festländer hinein, und in dem kühlen, überlegenen Spiel der US.-Amerikaner mit ihrer ausgezeichneten wissenschaftlichen Untermauerung ihrer Zukunftswege an pazifischen Ufern: da reifen die Erfolge, mindestens die Möglichkeiten, katastrophalen Wendungen vorbeugend zu begegnen, die den alten Kolonialmächten: dem Britenreich, Frankreich, leider auch den Niederlanden von Stunde zu Stunde mehr entgleiten.

Es fehlte nur noch, daß es ihnen gelänge, durch ein rasch untergeschobenes Paneuropa die Rückversicherung für gefährdete Kolonialmacht über alte farbige Kulturvölker zu gewinnen, die ein harmloses Hineintaumeln der Beraubten Mitteleuropas oder der kolonienlosen neuen National- und Nationalitätenstaaten Zwischeneuropas in einen drohenden Verlustbetrieb noch für eine kurze Spanne Zeit bringen könnte.

Prüfe jeder, was er als Paneuropäer außerhalb Europas an nichts weniger als pazifistischen Verpflichtungen ohne Gegenleistungen zu übersehen hätte — und werfe sich erst dann als harmloser Wolleträger den noch mit Zähnen, Krallen und Tatzen ausgerüsteten alternden Raubkatzen in die Arme! Im indopazifischen Bereich hört man eben auf, es zu tun.

OTTO MAULL:

### *Berichterstattung aus der amerikanischen Welt*

Londoner Konferenz. — Ludwell Denny's „America conquers Britain“. — Vereinigte Staaten (Augenblickliche Wirtschaftslage — Zollnovelle — „Friedensvertrag“ in Chicagos Unterwelt — Lynchjustiz — Der amerikanische Finanzberater in Polen). — Wirtschaftslage in Kanada. — Mexiko. — Nikaragua. — Trinidad und Britisch Guayana. — Kuba. — Haiti und Dominikanische Republik. — Deutsche Sprachpolitik in Iberoamerika. — Brasilien. — Umwandlung der deutschen Gesandtschaften in den ABC-Staaten in Botschaften. — Beurteilung der künftigen Entwicklung Deutschlands durch Amerikaner. — Spitzenleistung im Ozean- und Luftverkehr.

Die Berichterstattung über Amerika im Maiheft hat ausfallen müssen, weil der Referent zur Zeit der Beobachtung sich auf einer Reise durch Makedonien und



Ostgriechenland neben Problemen reingeographischer Natur Fragen nächstlicher Geopolitik zugewandt hatte, die ebenso sehr ausgelöst wurden durch das landschaftliche und ethnogeographische Mosaik Jugoslawiens und die darin begründete Grenznervosität des sich in seinen Zentren rege entwickelnden Mittelstaats wie durch den lebhaft bekundeten Willen Griechenlands, sich einen modernen Verkehrs- und Siedlungseinbau zu schaffen und damit der ethnogeographischen Homogenität die kulturlandschaftliche nach der Maßgabe der Möglichkeiten folgen zu lassen. Daß dabei vielerorts, namentlich im Bereiche der Neusiedlungen, Siedlungsbilder entstanden sind, die den Betrachter an die Siedlungsformen der neuerschlossenen und sich im Eiltempo entwickelnden Gebiete der Neuen Welt erinnern haben, mag hier eingeflochten werden und zugleich den Übergang bilden zur Wiederaufnahme der Berichterstattung über Amerika.

Der zu bewältigende Stoff hat sich in der verdoppelten Berichtsspanne naturgemäß gehäuft. Der Abstand vom letzten Referat hat aber den Vorteil, daß die eine oder andere Frage, deren Lösungsversuche bisher verfolgt wurden, beantwortet worden ist. Das gilt z. B. von der Londoner Konferenz. Wir haben in diesem Falle die große Genugtuung, daß die Antwort so unsicher und schwebend ausgefallen ist, wie wir annahmen, als wir im Januarheft meinten, „daß man zu einer Einigung über die Proportion des Gefechts werts vermutlich nur in beschränktem Maße kommen werde, weil die besonderen Verteidigungsmöglichkeiten eines jeden Landes dabei berücksichtigt werden müssen“. Diese Voraussicht, die unter Abschätzung der enormen Schwierigkeiten, die sich einem wirklich fruchtbaren Kompromiß entgegenstellten, gewonnen war, hat sich leider erfüllt. Denn es darf doch die Größe der Aufgabe keinen Augenblick außer acht gelassen werden; und es kann darum nur bedauert werden, daß ein Ausgleich zwischen den fünf Mächten nicht gefunden worden ist: er hätte eine weitgehende Garantie für den Weltfrieden geboten, der freilich durch den Ausfall der Konferenz nicht in Frage gestellt, aber auch nicht verbürgt ist.

Die Einzelphasen der Konferenz, über die inzwischen von anderer Seite berichtet worden ist, interessieren uns nicht mehr. Auch ihr Schicksal ist durch das Verhalten der sich widerstreitenden europäischen Mächte, Frankreich und Italien, bestimmt worden, deren in der europäischen Politik ruhende Einzelmotive Gegenstand des Referats über Europa sein mußten. An dieser Stelle ist nur rückschauend der Anteil Amerikas an dem späteren Verlauf der Konferenz und die Bedeutung des Dreimächtepakts für Amerika zu skizzieren und zu untersuchen. Im negativen Sinne kann zu dem ersten Punkte nur konstatiert werden, daß es Amerika nicht gelungen ist, die Schwierigkeiten zu überwinden, die durch die Haltung namentlich der Franzosen, aber auch der Italiener, die beide merkwürdig starr auf ihrem Standpunkt verharren, entstanden sind. Diese Tatsache beleuchtet immerhin recht kritisch die auch heute noch von mancher Seite den Vereinstaatlern zugeschriebene politische Allmacht. Aber die frühe Resignation, die sich auf amerikanischer Seite Ende März und selbst schon früher gezeigt hat und die



bekundete, daß ein Dreimächteabkommen von der Union nicht als ein absoluter Mißerfolg angesehen würde, hat zugleich doch auch erkennen lassen, daß es den Amerikanern mit einem Gesamtabkommen gar nicht so ernst war. Die Verständigung mit England und auch mit Japan lag auf der Linie ihres politischen Wollens, und dabei sind sie bei diesen beiden Mächten auf eine weitgehende Gegenliebe gestoßen. Die Europapolitik lag ihnen auch in diesem Falle sehr viel ferner. Es ging in erster Linie um die Bereinigung der Machtfragen auf dem offenen Ozean. Das haben im Grunde schon die Vorverhandlungen zwischen MacDonald und Hoover gezeigt, welch ersterem es auf eine Verständigung mit Paris darin nicht angekommen ist. Der Vorschlag der Amerikaner, zur Behebung der Schwierigkeiten einen Konsultativpakt zu schließen für alle Streitfälle nach dem Vorbild des Pazifikabkommens, — im Falle eines Streites zwischen zwei Mächten sollten alle Unterzeichner verpflichtet sein, an einer gemeinsamen Konferenz teilzunehmen zur Beseitigung der Streitfrage; sollte eine Macht aber die andere angreifen, so sind alle Unterzeichner verpflichtet, nach geeigneten Mitteln zu suchen, um der entstandenen Lage Herr zu werden — war nur ein schwacher Versuch zur Verständigung, der zudem unerwartet und darum nicht sonderlich geschickt gemacht wurde. Es ist keine Frage, daß dieser Gedanke des Konsultativpaktes an sich von einer nicht geringen Tragweite war, weil es die Vereinsstaatler in das Paktsystem der meisten übrigen Mächte, das im Völkerbund seine Organisation gefunden hat, gleichsam eingefügt hätte. Allein er hat die Verständigung zwischen den fünf Mächten nicht erzielen gewußt.

So blieb der Dreimächtepakt zwischen Amerika, England und Japan der einzige Ausweg. Bei Ausschaltung der Schlachtschiffe ergeben sich nach diesem Abkommen für die drei großen Seemächte folgende Tonnageziffern:

	Kreuzer mit 8-Zoll-Kanonen t	Kreuzer mit 6-Zoll-Kanonen t	Zerstörer t	Unterseeboote t
England, bzw. Britisches Reich	146 800	192 000	150 000	52 700
Vereinigte Staaten	180 000	143 500	150 000	52 700
Japan	108 400	100 450	105 500	52 700

Die Gesamttonnage dieser Schiffsgattungen stellt sich danach bei England auf 541 700 t, bei den Vereinigten Staaten 526 200 t, bei Japan 367 050 t. Über diesen Dreimächtepakt hinaus haben die fünf Mächte beschlossen, in den nächsten sechs Jahren jeglichen Neubau von Großkampfschiffen zu unterlassen und die vorhandenen Schlachtschiffe möglichst bald abzutakeln. Ebenso ist ein U-Boot-Abkommen getroffen worden. Hinsichtlich der französisch-italienischen Frage, eigentlich der europäischen Frage des Seemächteabkommens, ist die Konferenz nahezu vollkommen ergebnislos verlaufen. Was von vornherein vorauszusehen war, ist eingetreten; die Verständigung bezieht sich in erster Linie auf England und Amerika; Japan ist ihr beigetreten. England hat das gewünschte Einvernehmen mit Amerika erreicht, und Amerika seinerseits darf die Anerkennung der Flottenparität mit Eng-

land in allen Schiffgattungen (für die Schlachtschiffe allein hatte sie die Washingtoner Konferenz schon gebracht) als Erfolg buchen. Nach dreimonatiger Dauer ist der Londoner Flottenvertrag am 22. April unterzeichnet worden. Der Vertrag bringt in dem 1. Teil (Artikel 1—5) den Verzicht auf den Ersatz der Panzerschiffe in den Jahren 1931 bis 1936. Er ergänzt, daß Frankreich und Italien die Ersatzbauten vornehmen dürfen, zu denen sie nach dem Washingtoner Vertrag in den Jahren 1927 und 1929 berechtigt waren. Teil 3 erörtert die Begrenzung der Kreuzer, Zerstörer und U-Boote. Teil 4 bringt eine völkerrechtliche Regelung über die Behandlung von Kauffahrteischiffen durch U-Boote und andere Kriegsschiffe; er schließt mit der Einladung an andere Mächte, sich dieser Regel anzuschließen. Der Vertrag soll mit Ausnahme des in seiner Wirkungszeit unbegrenzten Teils 4 bis zum 31. Dezember 1936 in Kraft bleiben. Dieser Vertrag an sich hat nur in Einzelheiten formuliert, was durch das Einvernehmen zwischen Hoover und Mac Donald erreicht war. Dieses Einvernehmen zwischen England und Amerika, das eine Reihe von Jahren, nicht zuletzt durch die starke Annäherung Englands an Frankreich, erschüttert war, ist durch den „Londoner Flottenvertrag 1930“ wiederhergestellt. Doch mehr als das! Beide Weltmächte haben sich zum erstenmal als ebenbürtig anerkannt. Im Washingtoner Vertrag hatte sich die Gleichstellung nur auf die Schlachtschiffe bezogen. Beide Mächte haben sich des Anspruchs auf die Vormachtstellung begeben. Ohne daß ein Wort über das Regionale gefallen ist, so haben aber doch beide damit ihre Interessenssphären mit diesem Ausgleich bewußt parallel geschaltet mit der Zielsetzung eines verständigen Nebeneinander. Mag die Konferenz in ihrer Gesamtaufgabe, ein Fünfmächteabkommen zustandezubringen, auch kläglich gescheitert sein, so kann dieser Erfolg hinsichtlich der Befriedung des Weltmeeres und des Willens, den sich vielfältig überschneidenden englisch-amerikanischen Lokalfragen die Möglichkeit zu kriegigerischer Austragung zu nehmen, nicht genug betont werden. Beide haben verzichtet, aber auch beide haben Sicherheit erreicht. Und Japan hat sich, vornehmlich auf Grund der amerikanischen Bemühungen, zu einem Kompromiß bereitfinden müssen.

Trotz dieses neuen Erfolges im Sinne eines politischen Weltausgleiches oder zum mindesten eines das Ganze beherrschenden Teilpakts gibt es Stimmen, die fest überzeugt sind, daß das wirtschaftliche Übergewicht der Vereinigten Staaten notwendigerweise doch über kurz oder lang auch das unbedingte Streben nach politischem Übergewicht auslösen werde und daß der Wirtschaftskrieg zwischen beiden Mächten, dessen Vorpostengefechte und auch ernstere Plänkeleien man ja nicht ableugnen kann, doch zu einem politischen Krieg führen müßten. Das meint der amerikanische Journalist Ludwell Denny in seinem Buch „America conquers Britain“ (New York und London bei Alfred A. Knopf). Zur Zeit ist sicher Denny mit seinen Prophezeiungen im Unrecht. Denn das Vorspiel wie der Ablauf der Konferenz selbst haben nur zu deutlich gelehrt, daß beide Weltmächte zu sehr den ehrlichen Willen haben, friedlich nebeneinander auszukommen. Eine künftige andere politische Konstellation auf der Erde, eine etwaige Lockerung des



Britischen Reichsverbandes oder Machtentfaltungen in der fernöstlichen Welt, auch eine Wiedergesundung des kontinentalen Europas, könnten allerdings die Zielsetzungen Amerikas ganz bedeutend verschieben und die Frage anders beantworten lassen. Im Augenblick ist aber keine einzige solcher Entwicklungen spruchreif, und ihre voreilige Einbeziehung in die politische Rechnung vergrößerte nur die Zahl der Unbekannten, trübte den Blick mehr, als daß sie ihm Entwicklungslinien zeigte.

Bei solcher Beurteilung der Vereinigten Staaten ist natürlich nicht an die augenblickliche Wirtschaftslage, sondern an die ungeheuren Wirtschaftsgrundlagen gedacht, deren wirtschaftliche Auswertung allerdings aus ihrer neuerlichen Krise noch nicht herausgekommen ist. Im März sanken die Geldsätze vorübergehend auf den tiefsten Stand seit 1925. Allerdings wird dieser Tiefstand und diese Verbilligung des Geldes von einigen Seiten als eine künstliche Drückung der Zinssätze aufgefaßt. Entsprechend der unbefriedigenden Konjunktur hat sich freilich auf manchen Gebieten eine sehr lebhafte Börse entwickelt. Im vollen Gegensatz dazu fehlt aber in vielen Industriezweigen irgendeine stärkere Belebung. So bleibt z. B. die diesjährige Autoproduktion im März sehr wesentlich hinter der vorjährigen zurück. Die Arbeitslosigkeit ist noch groß. Immerhin haben eine ganze Anzahl Industrien auch eine stärkere Beschäftigung zu verzeichnen; auch in höherem Maße als in den beiden ersten Monaten des Jahres wurden Arbeiter eingestellt. Auch die Großhandelspreise haben in den ersten Monaten des Jahres einen Tiefstand erreicht, wie er seit 1922 nicht konstatiert worden ist, haben sich aber seit Mitte März auf dem Baumwoll-, Silber- und Häutemarkt wieder gehoben, während sie für Getreide, Rohwolle, Zucker, Seide, Textilien, Petroleum und Roh-eisen auf dem niedrigen Niveau geblieben sind. Der Chairman des Federal Farm Board hat erklärt, die Farmer müßten sich selbst helfen. An eine Stabilisierung des Getreidepreises sei nicht zu denken, wenn abermals eine Riesenernte erstrebt würde und nicht eine Einschränkung der Getreidefläche um 10—20% vorgenommen würde. Unter den gleichen Erwägungen wird vom Farm Board eine Einschränkung der Baumwollanbaufläche um 13% vorgeschlagen. Im ganzen wird für das erste Vierteljahr 1930 mit einem Ertragnisrückgang gegenüber dem Vorjahr von ungefähr 20—30% gerechnet. Die Einnahmen der Eisenbahnen und die der elektrischen Industrie sind in ähnlicher Weise gesunken. Trotz dieser Tatsachen ist der Konjunkturoptimismus nicht gewichen, für den rege geworben wird. Dieser Zug ist für den von der Idee der Prosperity erfüllten Amerikaner ungemein charakteristisch, und es ist bestimmt nicht zu leugnen, daß er — natürlich in die Tat umgesetzt — über schwere Zeiten einer Wirtschaftslage hinüberzuhelfen vermag. Die Eisenindustrie ist z. B., nicht zuletzt durch diese Maßnahmen, zu 80% ihrer Arbeitsmöglichkeit beschäftigt. Große Bauaufträge sollen für ihren Absatz sorgen. Man muß sich aber darüber klar sein, daß es sich bei diesen Maßnahmen um Notbehelfe handelt, mit denen man natürlich nicht auf längere Dauer rechnen darf.

In engem Zusammenhang mit dieser Wirtschaftslage, von der man nicht weiß, ob es sich um eine vorübergehende Erscheinung oder um eine länger andauernde Krise handelt, welch letzteres aber schwer anzunehmen ist, steht natürlich das Schicksal der Zollnovelle. Immer häufiger melden sich die Proteste, die eine Gefährdung der europäischen Wirtschaft abwenden wollen. Aber auch amerikanische Wirtschaftsfachleute haben mit ähnlichen Ermahnungen nicht gegeizt. Von Europa aus haben sich besonders die italienischen, französischen, holländischen und nicht zuletzt die schweizerischen Stimmen hören lassen. Da Amerika auf den europäischen Markt angewiesen ist, werden diese Einwände vermutlich nicht ungehört verhallen und wird vor allem der geplante Aufschub, der durch die Weigerung des Senats entstanden ist, den Bericht der Zollkommission entgegenzunehmen, in dieser Hinsicht zur Milderung der Schroffheiten der Zollnovelle ausgenutzt werden. Wie sich die Proteste, wenn sie nicht gehört werden, praktisch auswirken könnten, zeigen die privaten Drohungen aus der Schweiz, die einen Boykott gegen amerikanische Automobile, Schreibmaschinen, Füllfederhalter und ähnliches ankündigen. Aber auch das amerikanische Volk selbst kann sich bestimmt nicht mit den derzeitigen Vorschlägen voll einverstanden erklären. Demokratische Blätter bezeichnen die Novelle als die höchste bisher erreichte Schutzzollmauer, die sich aus der Erhöhung des Zolls von über 800 Warensorten aufbaut. Besonders durch die Zollerhöhung auf Schuhe, Fleisch, Wolle und Zucker werde die Lebenshaltung des Volkes um eine Milliarde Dollar im Jahr gesteigert.

Höchst eigenartig beleuchten die jüngsten Zeitungsnachrichten aus Chicagos Unterwelt die Machtlosigkeit der Ordnungsorgane gegenüber dieser Schicht der amerikanischen „Gesellschaft“, wenn sich nach diesen Mitteilungen die beiden Verbrecherkönige Al Capone und Moran in einem Hotel zu einer „Friedenskonferenz“ und zur Aufteilung der Stadt in zwei „Interessensphären“ getroffen haben, die Al Capone den Westen und das Zentrum und Moran den Norden zuweisen. Es heißt, daß kurz nach diesem Vertrag ein Postflugzeug seines Inhalts beraubt worden sei. In der Hinsicht ist die Ellenbogenfreiheit in diesem Lande erstaunlich groß.

Auch die Lynchjustiz erfreut sich in den Südstaaten noch weiterer populärer Geltung, wie der Sturm auf das Gerichtsgebäude von Grayson Connty (Sherman) lehrt, das dabei in Flammen aufging, und der den Zweck hatte, einen Neger zu lynchen, dessen Auslieferung man verweigerte. Durch die erregte Menge ist die Negerbevölkerung von Cherman hart bedrängt, zu deren Schutz der Gouverneur von Texas ein Truppenaufgebot dorthin gesandt hat.

Eine merkwürdige Rolle spielt der erst gefürchtete, aber dann immer mehr geschätzte und wegen seiner beschönigenden Berichte der nicht sonderlich günstigen Wirtschaftslage im Lande beliebte amerikanische Finanzberater Dewey in Polen, die sich nicht ganz mit der bekannten amerikanischen Sachlichkeit vereinbaren läßt.

Die Ungunst auf dem internationalen Getreidemarkt ist natürlich auch nicht ganz ohne Einfluß auf die Wirtschaftslage in Kanada geblieben, obgleich



Kanada schon über eine so stark differenzierte Wirtschaft verfügt, daß Einwirkungen vermieden werden, denen Staaten mit ausgeprägter Monokultur bei ähnlicher Lage am Weltmarkt ausgesetzt sind. Namentlich der Bergbau bildet einen starken Rückgrat in der Wirtschaftsstruktur Kanadas. Auch die industrielle Produktion hat in der letzten Zeit keine übergroßen Schwankungen gezeigt. Um so mehr stehen die Prärieprovinzen unter dem unmittelbaren Einfluß der Lage am Weltgetreidemarkt. Doch will es scheinen, als ob die Wirksamkeit des Getreidepols die schädlichsten aus der schlechten Weltmarktlage fließenden Einwirkungen abzuwenden vermag. Seine Politik ist die gleiche wie in den Vorjahren. Doch wird der Pol eigentlich zum erstenmal volle Gelegenheit haben, sich gegenüber den besonders ungünstigen und komplizierten Wirtschaftsverhältnissen zu behaupten.

Der „Wirtschaftsdienst“ (1930, H. 16) bringt eine aufschlußreiche Untersuchung über die Verkehrsverhältnisse in Mexiko, die vollkommen der eigenartigen geographischen Stellung des Isthmuslandes Rechnung trägt. Sie analysiert drei Aufgaben des Verkehrsnetzes: Verbindung zwischen den Ozeanen, Verbindung zwischen Nord- und Südamerika und schließlich Verbindung zwischen Binnenland und Küste, namentlich zur atlantischen. Sie vergleicht die Verkehrsdichte Mexikos mit Deutschland und — was fruchtbarer ist — mit lateinamerikanischen Staaten. Dann steht die Eisenbahndichte Mexikos, die 1,3 beträgt (1,3 km auf 100 qkm), der Argentinien gleich. Sie ist bedeutend größer als die Brasiliens (0,4) und bleibt gar nicht so sehr hinter der vereinsstaatlichen (4,3) zurück. Von den lateinamerikanischen Staaten hat nur das kleine Costarica ein besser ausgebautes Eisenbahnnetz. Ein Blick auf die beigegebene Eisenbahnkarte im „Wirtschaftsdienst“ zeigt allerdings, daß etliche Landschaften Mexikos bisher nur in geringem Maße eisenbahnlich erschlossen sind. Vor allem gilt das von der Westkordillere und dem äußersten Nordwesten. Wichtig und an dieser Stelle besonders interessierend sind die Schlüsse, die aus dieser Untersuchung gezogen werden und die nicht nur für Mexiko, sondern in einer gewissen Anpassung auch für andere Gebiete Lateinamerikas gelten: obwohl das Eisenbahnnetz noch in wesentlichen Teilen nach Ausbau verlangt, ist es an sich nicht schlecht angelegt. Aber es wird nicht befriedigend ausgenutzt. Die Schnelligkeit der Verkehrsmittel ist eine mäßige, und das Ineinandergreifen der verschiedenen Verkehrsarten geht meist nicht ohne großen Zeitverlust vor sich. Vornehmlich die Zubringerwege lassen viel zu wünschen übrig. Dazu sind in der letzten Zeit oft genug anormale Störungen durch Unruhen gekommen. Über die verflossene politische Entwicklung und ihre Einwirkung auf die Wirtschaftsverhältnisse bringt der „Jahresbericht der Deutsch-Mexikanischen Handelskammer für 1929“, über den die Zeitschrift „Ibero-Amerika“ (2. März 1930) referiert, eine bequeme Übersicht.

Aus Nikaragua wollen tatsächlich die Vereinsstaatler einen Teil (800 Mann) ihrer Marinesoldaten zurückziehen. Nach diesem Abzug werden noch 900 bis 1000 Mann in dem Staate verbleiben.

Die wirtschaftliche Lage in Trinidad und Britisch-Guayana wird von der Depression auf dem Weltzuckermarkt beherrscht, die in diesen beiden Gebieten die Form einer Krise angenommen hat, die sich vermutlich für die kleineren Pflanze in schweren Verlusten äußern wird. Auch in Kuba, dem wichtigsten Zuckerland Westindiens, hat sich die Lage nicht gebessert. Haiti und die Dominikanische Republik leiden unter den schlechten Kaffeepreisen. Im Gefolge der Staatsumwälzung in Haiti, die sich gegen die Vormundschaft der Nordamerikaner richtete und zum Sturze des Präsidenten Borno führte, hat Ende April Eugen Roy, ein Bankier, die vorläufige Präsidentschaft übernommen.

Eine interessante sprachpolitische Studie „Deutschum in Südamerika“ (Zeitschrift „Ibero-Amerika“ C 1, Februar 1930) macht folgende Feststellungen über die Verbreitung der europäischen Verkehrssprachen in diesem Erdteil. Berücksichtigt worden sind die 20 Staaten Lateinamerikas. Von Brasilien, dessen Schulwesen einzelstaatlich geregelt ist, sind herangezogen worden Rio Grande do Sul, Paraná, São Paulo und Rio de Janeiro. Von den modernen Sprachen sind folgende in den Lehrplan aufgenommen: Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch und Spanisch. Unter den 24 auf ihren Lehrplan hin untersuchten Staaten haben 6 drei, 12 zwei und 6 eine Pflichtsprache aufgenommen. Bei 10 Staaten ist das Englische die erste Pflichtsprache. In diese Gruppe gehören fast alle mittelamerikanischen Staaten außer Nikaragua, das mit Französisch beginnt. 9 Staaten fangen mit Französisch, 2 mit Englisch oder Deutsch oder Französisch und 1 Staat mit Italienisch oder Französisch ihren fremdsprachlichen Unterricht an. Im allgemeinen gilt der Satz, je weiter ein Staat von den Vereinigten Staaten entfernt liegt, desto länger hält sich noch das Französische als erste Pflichtsprache. Vermutlich wird aber das Englische immer mehr die Oberhand gewinnen. Als zweite Fremdsprache haben 3 Länder Englisch, 5 Französisch, 1 Spanisch. 2 lassen die Wahl zwischen Deutsch und Französisch, 1 zwischen Deutsch und Englisch. Aus der Übersicht ergibt sich, daß heute schon das Englische das Übergewicht über das Französische hat, das vermutlich von der ersteren Sprache ganz aus seiner Stellung als erste Pflichtsprache verdrängt werden wird. Das Deutsche spielt dagegen in dem Lehrplan Ibero-Amerikas eine gar bescheidene Rolle. Es ist nur im Lehrplan von 6 Staaten — Chile, Uruguay, Paraguay, Peru, Ekuador, Brasilien — vertreten. Es fehlt vollkommen in Mittelamerika und in den Nordstaaten Südamerikas. Nirgends ist es zudem die alleinige obligatorische Fremdsprache; immer hat der Schüler die Wahl zwischen Deutsch und einer anderen Sprache, so daß es in den meisten Fällen sicherlich als Schulfach praktisch nur auf dem Papier steht und kein Unterricht im Deutschen erteilt wird. Der Verfasser, F. W. Schröter, der Direktor der deutschen Schule in Valparaiso, zieht aus dieser stiefmütterlichen Behandlung des Deutschen beachtenswerte Schlüsse, die einer eindringlicheren Verbreitung des Unterrichts im Deutschen dienen sollen: Einwirkung durch die Presse, überhaupt allgemeine deutsche Kulturpropaganda, Austausch von Professoren und Studenten, Vergebung von Stipendien an Südameri-



kaner, deutsche Ausstellungen, Einrichtung von Sprachkursen außerhalb der Schule. Alle diese Maßnahmen könnten aber nur von Erfolg begleitet sein, wenn sich die deutschen Auslandskolonien und die Heimat der Sache der deutschen Sprache viel mehr annähmen, als das bisher geschehen ist und zur Zeit geschieht. Es ist höchst bedauerlich und im Ausland immer wieder zu beobachten, wie wenig stolz und besorgt der Deutsche — ganz im Gegensatz zum Engländer — um seine Sprache ist und sich nur zu leicht dazu bequemt, sich einer fremden Vermittlungssprache im Verkehr und in der Literatur zu bedienen, des Englischen oder des Französischen. Damit untergräbt er von vornherein jede Propaganda für seine Sprache und für ein Teil seines Kulturgutes, das in der Sprache als solcher steckt, und er leistet in gleichem Maße der Einbürgerung oder Vervollkommnung in jener Fremdsprache Vorschub. Am Beispiele Lateinamerikas oder an anderen Fällen lernend, sollten sich dessen Übersetzer und Verleger bewußt werden, die nur zu häufig zur Verbreitung deutschen Wissensgutes eine Vermittlungssprache wählen. Die Mahnung wird natürlich in hohem Grade hinfällig, wenn eine Übersetzung in eine Landessprache stattfinden soll.

Wie wir längst vorausgesehen haben, hat sich die Methode der Kaffeevalorisation in Brasilien nicht bewährt. Sie bestand bekanntlich in der Maßnahme, nur so viel Kaffee auf den Markt zu lassen, wie dieser bei stabilem Preis aufnehmen konnte. Die übrige Kaffeernte wurde dem Pflanzler durch Beleihung valorisiert. Das hat in der letzten Zeit zu einer empfindlich starken Überproduktion und zum Zusammenbruch des Systems im Herbst bei gleichzeitiger starker Senkung des Kaffeepreises geführt. Zur Abhilfe in der dadurch entstandenen mißlichen Wirtschaftslage mußte der Staat São Paulo, der Träger dieser Kaffeepolitik, zur Rückzahlung notwendig gewordener kurzfristiger Kredite eine langfristige Anleihe von 20 Mill. £ aufnehmen, die er aber nur erhielt unter der Bedingung der Auflösung der brasilianischen Kaffeebestände. Die Regierung hat diese Vorräte für die Anleihe verpfändet. Sie hat außerdem die Verpflichtung übernommen, den Gesamtumfang des Kaffeeverkaufes ständig so groß zu halten, daß sich keine neuen Vorräte mehr ansammeln können. Der ganze Vorgang ist ein unzweideutiger Bankerott der bisherigen Politik des Kaffeeverteilungsinstituts, das in seinem Wirkungskreis von nun an sehr beschränkt ist und lediglich bestrebt sein muß, durch eine gleichmäßige Verteilung des Angebots im Laufe des Jahres den Kaffeepreis möglichst unabhängig von der Ernte zu halten, während es keinen Einfluß mehr auf den Umfang des zur Verfügung stehenden Kaffees nehmen kann. Bei der ganz dominierenden Stellung, den der Kaffee heute noch in der Wirtschaftsstruktur einnimmt, ist natürlich durch diesen Zusammenbruch der bisher betriebenen Kaffeepolitik die wirtschaftliche Lage Brasiliens eine mißliche geworden. Über die künftige Entwicklung der Lage ist man sich zur Zeit vollkommen im unklaren, wie ein Bericht von W. Schück, Rio de Janeiro („Wirtschaftsdienst“, H. 15, vom 5. April 1930), der schon immer als Warner gegenüber der geltenden Kaffeepolitik aufgetreten ist, treffend ausführt. Die Kritik an der Kaffeepolitik hat

natürlich in die Wahlkämpfe hineingespielt, die zeitweise sehr heftige Formen angenommen haben. Der offizielle Kandidat des derzeitigen Bundespräsidenten, Julio Prestes, der Staatspräsident des Kaffeestaates São Paulo, hat so lange die sichersten Aussichten gehabt, den Präsidentenstuhl zu besteigen, so lange der Zusammenbruch der Kaffeepolitik kein offenkundiger war. Mit dem letzteren aber schien die Opposition Oberwasser zu erlangen, die ihren ersten Kandidaten, Antonio Carlos, den Staatspräsidenten von Minas Geraes, weil er manchen Kreisen nicht genehm war, durch Getulio Vargas, den Staatspräsidenten von Rio Grande do Sul, ersetzt hat, der als liberal gilt. Ihrem wirtschaftlichen Programm nach unterschieden sich die Kandidaten kaum. Politik fester Währung, Zollabbau, der freilich nicht allseitig begrüßt wird, waren ihre wichtigsten Programmpunkte. Die Lebensfrage Brasiliens, die nach der Kaffeepolitik, wurde am wenigsten deutlich gestellt. Trotz der regen Arbeit der Opposition ist aber die Wahl auf Dr. Julio Prestes de Albuquerque gefallen, der das Vertrauen großer Schichten der Bevölkerung gefunden hat. Die Zeitschrift „Ibero-Amerika“ (B 2, März 1930) hat einen hinterlassenen, im „Corriêre da Manha“ veröffentlichten Aufsatz des brasilianischen Gelehrten Manuel de Oliveira Lima († 1928) „Deutschland und Brasilien“ übersetzt, der von einem auch durch die Zeitläufte des Weltkriegs unbeeinflussten Glauben an Deutschland und die deutsche Kulturmission zeugt und den vielseitigen Wissenschaftler (Geschichtsforscher, Literaturhistoriker und Publizisten) als einen der treuen Freunde Deutschlands erkennen läßt.

Sicher dient es dem deutschen Interesse in Südamerika, daß das Deutsche Reich die deutschen Gesandtschaften in Brasilien, Argentinien und Chile in Botschaften umzuwandeln gedenkt. Mit Recht hat das Auswärtige Amt seine Forderung dem Reichstag gegenüber, die dieser im vorigen Jahr abgelehnt hat, damit begründet, daß alle anderen Großmächte in ABC-Staaten durch Botschafter vertreten seien. Die drei Staaten haben zudem schon den Antrag gestellt, ihre Vertretungen auf Grundlage der Gegenseitigkeit zu Botschaften zu erheben. Es wäre zu wünschen, daß der Reichstag sich der Notwendigkeit dieser Umwandlung im Interesse des deutschen Prestiges auf einem der wichtigsten deutschen Einflußgebiete nicht entzöge.

Die Beurteilung der künftigen Entwicklung Deutschlands durch amerikanische Betrachter hat besonders durch kürzliche Äußerungen Owen Youngs einen wertvollen Beitrag gefunden. In einer Rede anlässlich der 61. Gründungsfeier der Berkeley University hat er in scharfer Weise das Werk der Alliierten seit Versailles kritisiert, wo Politiker trotz der Proteste der Wirtschaftler die Vertragsfesseln für Deutschland geschmiedet hätten. Der Dawesplan sei der Plan eines Steuereintreibers gewesen. Man hätte nicht erwarten können, daß eine große Nation ihre dauernde Zustimmung zu einem solchen Abkommen gäbe. Der Youngplan habe die Bezeichnung „Reparationen“ vermieden. So sei Deutschland frei. Natürlich habe es Schulden zu zahlen. Ob diese Lasten zu groß seien, könne nur die Zukunft lehren. Er glaube an die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Seine



Äußerungen decken sich mit anderen Stimmen, die mit der Annahme des Youngplans einen neuen industriellen Aufschwung Mitteleuropas voraussehen, dessen Zentrum Deutschland sei, da die starke Verringerung der Zahlungen gegenüber dem Dawesplan zu einer Stabilisierung der Industrie und der öffentlichen Finanzen, zum Rückgang der Arbeitslosigkeit und zur Verringerung der direkten und indirekten Steuern führen müsse. Zum mindesten sei die Ungewißheit über die Höhe der Zahlungen durch die Ratifizierung des Youngplans beendet.

Zum nicht geringen Teil wird dieses Vertrauen Amerikas durch die großartigen Leistungen der deutschen Industrie gestärkt. Unter diesen sind nicht zuletzt Schiffsbau und Luftschiffbau zu nennen, deren Spitzenleistungen im Ozean- und Luftverkehr dem Amerikaner immer wieder durch die Fahrten deutscher Schnellschiffe und Luftschiffe zum Bewußtsein gebracht werden. Südamerika hat den „Graf Zeppelin“ empfangen, der am 18. Mai ausgefahren ist und der über Sevilla, Kanaren, Kapverden Pernambuco (22. Mai) und Rio de Janeiro erreicht hat und von dort über Westindien, Lakehurst, Sevilla nach Friedrichshafen zurückkehrte. In 4 Tagen 17 Stunden hat die „Europa“ ihren Weg von Cherbourg nach New York mit einer mittleren Stundengeschwindigkeit von 27,91 Seemeilen gegenüber der Geschwindigkeit von 27,72 Seemeilen, mit der die „Bremen“ fuhr, zurückgelegt und damit den Atlantikrekord gebrochen, den vorher die „Bremen“ der englischen „Mauretania“ abgerungen hatte. Solche Erfolge bleiben auf Amerika nicht ohne Eindruck, die selbst in dem 14 Stundenflug Lindberghs quer über den amerikanischen Kontinent von Los Angeles nach New York, der die Zweckmäßigkeit von Fernflügen in großer Höhe beweisen sollte, eine Großtat bewundern. Er wurde mit einer einzigen Zwischenlandung in einer mittleren Höhe von 3000 m ausgeführt, in 14 Stunden 22 Minuten.

REINHOLD GADOW:

*Die Folgen der Flottenkonferenz***Eine ergänzende Betrachtung zur Prognose der Weltpolitik**

Die in den beiden vorangehenden Heften dieser Zeitschrift gegebene faszinierende Prognose der kommenden Entwicklung stellt die These auf, daß der englisch-amerikanische Ausgleich durch die Londoner Konferenz eingeleitet ist, in den nächsten Jahren seinen Fortgang nehmen wird, während England gleichzeitig seine innere Umstellung zu vollziehen hat, und daß nach Ablauf eines derartigen angemessenen Zeitraumes England die Hände wieder frei haben wird zur Wiederaufnahme seiner traditionellen Schiedsrichterstellung in Europa. Es wird eine angelsächsische Front aufgezeigt, in der England gleichsam als europäischer Partner erscheint. Des weiteren wird dann die kontinentale Entwicklung im Zeichen der französischen Hegemonie- und neuen Kapitalpolitik gezeichnet und auf die Faktoren Deutschland und Italien hingewiesen, die dieser Stabilisierung von napoleonischem Ausmaß entgegengerichtet sind, bis vor dem angelsächsischen Forum auch hierüber die Entscheidung fällt. Es wäre zu diesem meisterhaften und in vielen Teilen überzeugenden Bilde nichts zu bemerken, wenn nicht der Eindruck bestände, daß gewisse machtpolitische Momente auch anders gedeutet werden können und daß die Entwicklung unter ihrem Einfluß einen anderen Verlauf nehmen kann. Es muß zur näheren Begründung zunächst auf die militärischen Ergebnisse von London eingegangen werden.

**Das Ende der englischen Seeherrschaft**

Wie bekannt, war dem jetzigen rüstungstechnischen Ausgleich zwischen England und Amerika bereits der von 1922 (Washington) vorausgegangen, der aber bei den großen Schiffsklassen Halt machte. Schon damals durfte man vom Ende der 300jährigen ausschließlichen englischen Seeherrschaft sprechen, da seiner Kampf flotte die Überlegenheit über andere Kombinationen genommen



und die Parität mit Amerika hergestellt war. Es verblieb England damals jedoch noch die Überlegenheit der Qualität, der reiche Besitz an Stützpunkten, an denen entlang, nach einem alten Wort „Die englische Reveille rund um die Erde klingt“, und die starke Überlegenheit an Kreuzern und manchen anderen Kampfmitteln, wie z. B. Hilfskreuzern der Handelsflotte. Die Konferenz von London, zustandegekommen unter dem unabweislichen englischen Bedürfnis, die letzten Spuren der desperaten Chamberlain-Entente mit Frankreich mit ihrer Abrüstungsspitze gegen die USA. zu verwischen und um jeden Preis einen Vergleich zu suchen, der für die Angelegenheiten des Weltreiches eine Atempause gestattete, hat zunächst mit der Kreuzerfrage aufgeräumt, die noch bei der Junikonferenz in Genf 1927 unüberwindlich schien. Es ergibt sich folgendes Bild:

## Die Konferenzergebnisse\*)

Schiffsart	Vor der Konferenz (i. d. 30)						Nach der Konferenz bis 1936	
	fertig		im Bau		bewilligt		Höchstbestand	
	Zahl	Tonnen	Zahl	Tonnen	Zahl	Tonnen	Zahl	Tonnen
1. England								
Schlachtschiffe..	20	556 350	—	—	—	—	15	427 850
Flugzeugträger .	6	115 350	—	—	—	—	6	115 350
Kreuzer .....	53	321 991	6	56 800	3	23 000	50	339 000
Zerstörer .....	153	159 280	20	26 960	9	12 160	rd. 145	150 000
U-Boote .....	51	44 341	12	18 780	6	9 420	„ 45	52 700
								Sa. 1 084 900
2. Vereinigte Staaten								
Schlachtschiffe..	18	525 850	—	—	—	—	15	456 100
Flugzeugträger .	3	76 286	—	—	1	13 800	4	90 000
Kreuzer .....	11	80 500	12	120 000	10	100 000	rd. 38	323 500
Zerstörer .....	284	290 304	—	—	—	—	„ 145	150 000
U-Boote .....	108	77 062	2	5 520	3	4 650	„ 40	52 700
								Sa. 1 072 386
3. Japan								
Schlachtschiffe..	10	301 320	—	—	—	—	9	273 820
Flugzeugträger .	3	61 270	—	—	—	—	3	61 270
Kreuzer .....	29	166 815	4	40 000	—	—	33	208 850
Zerstörer .....	101	105 575	6	10 200	8	13 600	101	105 500
U-Boote .....	61	61 357	6	10 220	4	6 120	45	52 700
								Sa. 702 140

\*) Nach „Marine-Rundschau“, Mai 1930.

Schiffsart	Vor der Konferenz (1. 1. 30)						Nach der Konferenz bis 1936 Höchstbestand	
	fertig		im Bau		bewilligt		Zahl	Tonnen
	Zahl	Tonnen	Zahl	Tonnen	Zahl	Tonnen		
4. Frankreich								
Schlachtschiffe..	9	194 556	—	—	—	—	Programme	156 466
Flugzeugträger .	1	21 653	—	—	—	—		+ 52 791 alte
Kreuzer .....	11	84 211	5	46 496	—	—	}	32 146
Zerstörer .....	59	65 912	17	35 082	6	14 172		359 000
U-Boote .....	43	34 845	36	42 811	11	12 442		+ 24 850 alte
								99 629
								Sa. 724 479
								1942: 804 000

5. Italien								
Schlachtschiffe..	4	89 976	—	—	—	—	„wie Frankreich“	
Flugzeugträger .	—	—	—	—	—	—		
Kreuzer .....	11	61 665	6	39 584	4	29 792		
Zerstörer .....	71	62 256	14	21 100	4	4 820		
U-Boote .....	38	20 478	15	12 247	7	4 200		

Hiernach wird die Zahl der Schlachtschiffe sofort vermindert, eine Erneuerung dieser Schiffsklasse bis 1936 ausgeschlossen, nur Frankreich und Italien dürfen für 70 000 t davon bauen, da sie im Rückstand sind.

Weiter ist durch einschränkende Bestimmungen Vorsorge getroffen, daß das Wettrüsten sich jetzt nicht den kleineren und speziellen Kriegsschiffsklassen zuwendet, und schließlich wird der Unterseebootkrieg durch Festlegung auf die Priisenordnung „humanisiert“. Eine Revisionsklausel gestattet den Partnern des Dreimächtevertrags die weitere Aufrüstung, falls die Rüstungen einer außerhalb dieses Abkommens stehenden Macht ihre Sicherheit gefährden. — Die durch die Londoner Verträge erreichte Verminderung der Rüstungsvolumen ist anzuerkennen, die von den Regierungsvertretern daraus konstruierten riesigen Ersparnisse (England angeblich 70 Mill. £, Amerika 1 Milliarde \$) sind jedoch Bluff, da sie eventuelle Mehrausgaben betreffen und die Fortsetzung der Linienschiffsbauten auch ohne Vertrag schon nicht mehr wahrscheinlich war. Mit Ausnahme Englands und Japans haben aber sämtliche hier beteiligten Mächte, um den Stand der Vertragstabelle zu erreichen, noch ein sehr großes Neubauprogramm, also absolute Vermehrung, nicht Ersatzbauten, vor sich (Amerika allein 15 Kreuzer, Frankreich ca. 400 000 t aller Art, Italien noch mehr). Machtpolitisch betrachtet ergibt sich das folgende:



### Auch Bedrohung der englischen Flottenstützpunkte?

Die mit allen Mitteln bis dahin verteidigte Überlegenheit in Kreuzern ist für England dahin, auch wenn die amerikanischen Admiräle vor dem Senat über den „Mißerfolg“ der Konferenz für Amerika stöhnen. Das bedeutet, daß England seine weitverzweigten Seeverbindungen (die Lord Beatty auf 80 000 Seemeilen beziffert) nicht mehr entfernt schützen kann, sondern sich auf die notdürftige Sicherung der Haupttrouten und Knotenpunkte beschränken muß. Ein etwaiger Gegner ist daher in der Lage, gegen solche Punkte und Linien, die sich nur notdürftig verschleiern lassen, mit konzentrierten Kampfkräften vorzugehen und nicht nur den regulären Handel, sondern auch die nackte Lebenszufuhr in Frage zu stellen, wie dies bereits im Frühjahr 1918 nahezu der Fall war. Im Kriege mit den USA. würden diese versuchen, den gesamten Handel des amerikanischen Kontinents durch Waffendruck unter ihre Kontrolle zu bringen, die jetzt schon überfällig gewordenen Stützpunkte Englands, wie Halifax, Bermuda, Jamaika, Trinidad und Falkland, würden zusammenbrechen. Die Reklamierung dieser alten Vorwerke des englischen Reiches durch die USA. steht in absehbarer Zukunft zu erwarten, ihre Zeit und damit die Rolle Englands in den amerikanischen Gewässern geht zu Ende. Die Inferiorität Englands, die in der Paritätsformel tatsächlich auf diese Weise zum Ausdruck kommt, kann nicht umhin, auf seine anderen Weltstellungen zurückzuwirken. Es ist zweifelhaft, ob Kanada sich heute schon mehr als ein Dominium Englands oder einen Bestandteil seines Kontinents fühlt, es wäre zur militärischen Wirkung gegen die USA. bestimmt nicht in Rechnung zu stellen. Die undeutliche Haltung von Südafrika gestattet auch keinen Optimismus, Australien begrüßte schon vor 6 Jahren in der amerikanischen Flotte bei ihrem Besuch den eigentlichen Schirmherrn des Pazifik. Die Suezroute ist im politischen Kampf gegen die ägyptischen Forderungen noch keineswegs gesichert, Indien geht offensichtlich den Weg des „Lost Dominion“, und Gibraltar und Malta liegen im Gebiet zweier stark wachsender Seemächte. Dazu kommt der Charakter der amerikanischen Wirtschaftsoffensive. Es wurden hier die Bücher von Ludwell Denny „We fight for Oil“ und „Amerika erobert England“ zitiert, worin England die Partnerschaft angeboten wird, gegen Rückzug aus Lateinamerika und Westindien und aus dem Ölkampf und Verzicht auf Sonderpolitik in China. Noch erschütternder zeichnet John Carter in seinem „Conquest“ die Ziele des schmerzlosen Imperialismus: „Amerikanische Handelsvorherrschaft für ganz Amerika, die Westküste Europas und Afrikas, und vom Osten her über Philippinen und

Chinaküste bis zum Sundaarchipel.“ Die 14 Milliarden \$ auswärtiger Beteiligungen dringen jährlich um eine runde Milliarde in weitere bisherige englische (und europäische) Märkte ein. Die Handelsschifffahrt rüstet sich mit einer neuen Milliardensubvention zur Unterdrückung des englischen Atlantik-Geschäfts, der Nikaraguakanal soll dem amerikanischen Handel zu abgabefreiem Verkehr reserviert werden, der Gummi- und Ölkrieg geht, von Waffenstillständen unterbrochen, weiter, der englische Export hat seit dem Kriege seinen tiefsten Stand erreicht, auf der ganzen Linie herrscht der Angriff, getragen von jenem unentrinnbaren Expansionsdrang des übermäßig angehäuften Kapitals, der wie eine rasende Welle über alle Gebiete hingeht, wo billigere Produktionsmöglichkeit zur Investierung lockt und noch verstärkt durch die Missionspsychose, mit der Amerika sein Evangelium der Welt aufnötigen möchte (Bonn); begleitet von drohenden und düsteren Stimmen aus Kongreß und Presse. Senator Borah verlangt die unbedingte Freiheit der Meere als Voraussetzung jeder wirklichen Rüstungsverständigung. Drei Gründe werden für diese Forderung sichtbar (und genannt):

1. Die Sicherung des amerikanischen Absatzes in jedem Kriegsfall,
2. Die Humanität,
3. Die amerikanische Souveränität.

Senatoren Hale und Swanson (Februar 1929) bezeichnen die westindischen Flottenstützpunkte als „Dorn in der Seite Amerikas“ und verlangen ihre Herausgabe. Kongreßmann Britten, Vorsitzender des einflußreichen Marineausschusses, verlangt Herstellung der Flottenparität nicht durch amerikanische Aufrüstung, sondern durch englische Streichungen. Der Preisträger des Naval Institute schreibt: „Mehr und mehr müssen die USA. mit ihrem industriellen Wachstum nach fremden Häfen für Rohstoffe und Märkten für Absatz ausschauen. Schwierigkeiten sind zu erwarten, wie sie stets über Außenhandel erwachsen sind. Solche Konflikte sind die Ursache fast aller großen internationalen Reibungen gewesen. Die USA. befestigen zusehends ihre Stellung auf allen Märkten und bedürfen mehr denn je der Seemacht.“ Präsident Wilson bemerkte in einem Falle, wo offene Worte geboten waren (3. September 1919): „Gibt es jemand, Mann, Frau oder Kind, der nicht weiß, daß in der modernen Welt der industrielle und kommerzielle Wettbewerb der Kriegssame ist?“

Die russische Krasnaja Swesda urteilt über die Lage: „Die alten Gegensätze sind unverändert. Der wütende Kampf um die Absatzmärkte, um die Rohstoffquellen, um die kapitalistische Durchdringung der anderen Länder wird un-



vermeidlich zu einem Kriege der größten imperialistischen Mächte führen, die eine Neuverteilung der Welt anstreben.“

Das Bild wäre nicht vollständig, wenn nicht auf weitere Schwächen der englischen Lage hingewiesen würde; die militärische Bedrohung durch Frankreich. Heute schon mit seiner Luftflotte doppelt überlegen, wird dieses nach Vollendung des Flottenprogramms zur See so stark sein, wie Deutschland zu England vor dem Kriege, jedoch ohne Spuren von Deutschlands Schwächen. Die „Humanisierung“ des U-Bootskrieges, neben dem Flugzeug der stärksten Waffe Frankreichs, wird in aller Welt mit Achselzucken beurteilt. Die einzigen Gegengewichte in dieser Lage sind: die vorläufige Rückständigkeit der nicht-englischen Rüstungen und die Revisionsklausel in Art. 21 des Vertrages.

Somit muß, was den Kernpunkt unserer Betrachtung bildet, die englische Gesamtstellung als fast vernichtend geschwächt angesehen werden. Wir sehen keine Möglichkeit einer freundschaftlichen Partnerschaft Englands mit den USA., eines Ausgleichs, der nur halbwegs die Grundinteressen des gefährdeten Weltreichs schont. Unter diesen Umständen wird auch nicht sichtbar, wo und wann England eine größere Handlungsfreiheit und schiedsrichterliche Stellung gegenüber dem Kontinent hernehmen soll, es sei denn, daß es sein Schicksal widerspruchslos hinnimmt. An diese widerspruchslose Ergebung Englands unter den Dollar möchten wir aber heute noch nicht glauben und stellen daher die zweite Entwicklungsmöglichkeit zur Erörterung: Die vom amerikanischen Imperialismus ausgelösten Widerstände und Abwehrkräfte sind im Wachsen und werden noch riesig zunehmen. In Lateinamerika die antiimperialistischen Ligen der Nationalstaaten und des Proletariats, in Japan die seit 1922 zurückgedämmten Empfindungen, das Wiedererwachen des Verlangens nach Siedlungsgebieten, nach Einflußzonen in China, nach Vormachtstellung zur Sicherung der Zukunft, in Europa die wachsende Reaktion gegen die Kubanisierung durch den Dollar, das Schwinden der Märkte für den europäischen Absatz, die Intransigenz der amerikanischen Zollpolitik, die Meistbegünstigung fordert, aber nicht gibt. Alle diese Kräfte warten auf Fanfare. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein England, das seine Tradition wiedergefunden hat, unter gleichzeitiger Höchststärkung seiner Luftmacht, die seine Sicherheit erhöht, versuchen wird, sie zu mobilisieren, wie es in Argentinien, Brasilien, Chile, Peru und Mexiko bereits geschieht (d'Abernon in Argentinien), und gegen die Dollarversklavung zusammenzufassen, wenn auch nur mit dem Ziele einer vorteilhafteren Vergleichsgrundlage mit Amerika. Man weiß, wie

oft in seiner Geschichte England fremde Kräfte zu seiner Rettung in Bewegung setzte. Eine solche Verbindung hätte machtpolitisch und wirtschaftspolitisch zu erfolgen. Die psychologische Voraussetzung für eine solche führende Revolte gegen den Dollar scheint dann gegeben, wenn die heute beiseite stehenden Träger der Jahrhunderte alten Tradition wieder zu Worte gelangen, vgl. Churchill's Reden in Kanada, die Lords Wemyss und Riddell im Oberhaus, und wenn ein Rückschlag auf die Opferpolitik der Labour-Party, die dem Lande keine dauernde Entlastung verspricht, einsetzen sollte. Ja man könnte sich die proletarische Bewegung selber als Träger solcher Rebellion denken. Für Europa hätte sie die Befriedung und Stabilisierung zur Voraussetzung. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß England, nachdem sich Henderson in London bereits wieder Briand in der Sicherheitenfrage stark genähert hatte, ohne auf Paneuropa näher einzugehen, zur Solidarisierung Europas den kürzeren Weg über die Befriedigung Frankreichs versuchen wird, wofür Italien auf Kompensationen, Deutschland auf nichts zu rechnen hat. Die gleiche Prognose möchten wir auch für den u. E. weniger greifbaren Fall stellen, daß sich die zur Zeit fast hoffnungslose Stellung Englands zu Amerika ohne eine solche Rebellion, die den Erdkreis umfassen müßte, glätten und annehmbar gestalten ließe. In keinem Falle aber sehen wir für Deutschland aus der so oder so zu erwartenden Neugestaltung ipso facto Vorteile entstehen. Es wird ihm unmöglich sein, sich einzuschalten, solange der heutige Druck auf seiner Verteidigung und seinen Grenzen ruht, Finanz und Wirtschaft aus den Fugen sind und die politische Willensbildung durch derartige Divergenzen gehemmt ist, wie sie das bürgerliche und proletarische Lager beherrschen. Der Sanierung dieser Grundlagen alle Kräfte zu widmen und keine Illusionen über Glücksfälle der äußeren Entwicklung zu pflegen, scheint uns das oberste Gebot, das allen Möglichkeiten Rechnung trägt.



EDUARD VON BEHRENS:

*Alt- und Neupolen*

Kulturgeographie

Der deutsche Forscher ist mehr als jeder andere dazu berufen, Polen gründlich zu erforschen; denn es bilden historisch die Gaue des Polenlandes zum größten Teile die Urheimat der Ostgermanen bis weit an den deutschen Weichselstrom und die fernen gotischen Don und Donober hinab: es bildet auch geographisch die weite „Polnisch-Pinsker“ Ebene nichts als die östliche Hälfte des sogenannten „Deutschen Tieflandes“. Diese wichtigen Tatsachen aus dem Bereiche der Vergangenheit wie auch Gegenwart müssen unbedingt für die Zukunft der Flußbecken der Warte, Weichsel, Memel und der Ukraine eine dermaßen entscheidende Bedeutung bewahren, daß die geopolitische Prüfung der Lage jener mitteleuropäischen Gebiete für das raumarme Volk der Deutschen von besonderer Wichtigkeit ist. Das dynamische Verhältnis zwischen der Bevölkerungsdichte des Deutschen Reiches und des Polenstaates ist bedeutend bedenklicher, als dasjenige zwischen der Bevölkerungsdichte Deutschlands von heute und z. B. Frankreichs oder Böhmens; dazu kommt auch noch die größere Ungleichheit der Kulturstufen, auf denen das deutsche und die einzelnen Gebiete des heutigen Polenstaates stehen. Es genügt, eine flüchtige Streiftour per Auto etwa auf der Strecke Posen—Warschau—Pinsk gemacht zu haben, um zu der richtigen Überzeugung zu gelangen, daß die kulturelle Gliederung dieses von der Warschauer Zentrale aus einheitlich verwalteten Länderkomplexes eine markante Stufenleiter darstellt: a) Hoch über alle anderen Teile Polens ragt das ehemals-preußische Teilgebiet; b) Kongreßpolen diesseits der Weichsel und das ehemals-österreichische Teilgebiet (Galizien) bilden die zweite, bedeutend niedriger stehende Stufe. c) Überschreitet man aber die mittlere Weichsel und den Narewfluß in der Richtung nach Osten, so gelangt man auf eine noch niedrigere Stufe: durchweg Strohdächer auf den Bauernhöfen; ungepflasterte Judenghettos; Schweine und Menschen, zusammen in den lehmgedielten Hütten hausend; vernachlässigte Landwege; überwiegendes Analphabetentum; nach Nomadenart durch das Dach bei fehlender Stubenlage geführte Rauchfänge; keine Ahnung von künstlichem Felddünger: verkümmertes Inventar; und so weiter. So sieht es bis an die Wilja und die Pinsker Sümpfe aus. Dieser Landstreifen trägt den halbvergessenen Namen „Schwarz-Rußland“ im wald- und seenreichen Norden und „Podlachien“ im sandigen Bugbecken.

d) Noch östlicher betreten wir den spärlich bevölkerten Sandboden „Weißrußlands“ und die sumpfigen Urwälder „Poleßjens“, wo es in bezug auf Bodenkultur und Lebensbedingungen noch um ein beträchtliches schlimmer aussieht als in der östlichen Hälfte Kongreßpolens, in den Bialystoker, Brester, Grodnauer und Wilnaer Bezirken. Die oben unter a bis d bezeichneten Stufen gleichen einer Kulturleiter, die von den Höhen des zivilisierten Europa in den kulturellen



Slawisches Vordringen nach NW aus dem Donaubecken in die Gebiete des ehemaligen Gotenreiches (600 n. Chr.)

Abgründ der Sowjetgebiete hinunterführen. Die oben angezeigte Graduierung ist um so bedeutsamer, als sie mit den völkischen Unterschieden innerhalb der 30 000 000 Bürger des Neupolnischen Staates genau übereinstimmt: in den unter a bezeichneten Westmarken ist die Bevölkerung stark mit deutschen Elementen durchsetzt; andere Beimischungen fehlen hier; der mittlere Streifen b ist vorwiegend polnisch (die halbe Million der dort ansässigen Deutschen und die 2,3 Mill. Semiten bilden allerdings unter den 10 Millionen der hiesigen Kernpolen in den Kleinstädten und „Kolonien“ viele scharf-abstechende Fremddinseln). Die Bevöl-



kerung des äußersten Randstreifens d muß dagegen als vorwiegend-russisch bezeichnet werden, obwohl die Beamtenschaft, die meisten Gutsbesitzer und Geistlichen Polen sind und die Kaufmann- wie auch Handwerkerschaft in den Städten jüdisch ist. Der unter c bezeichnete Streifen ergibt im ethnographischen Sinne das am wenigsten deutliche Bild. „Schwarz-Rußland“ und „Podlachjen“ bilden die Urheimat des Mischvolkes der Jättingen (Göttingen, polnisch Jadźwingi, ruthenisch: Yätwjägi), der letzten Überreste des einst weltberühmten Gotenkönigreiches, die durch gemeinsame Anstrengungen der verbündeten Litauer und Polen im Beginn des 15. Jahrhunderts unterjocht wurden (1410). Außer altskandinavischen Geblüts muß ein großer Anteil avarisch-türkischen Blutes in den Adern der hiesigen Urbevölkerung fließen; die russische und litauische Kolonisation (seit dem 10. Jahrh.) und die polnische und semitisch-jüdische (seit dem 16. Jahrh.) kamen hinzu. Weder ist der Menschenschlag hier einheitlich, noch sind es die unzähligen ruthenischen Idiome, die in den armseligen Dörfern von den Eingeborenen gesprochen werden. Eine historisch durchaus erklärliche Erscheinung! War doch das Bugbecken stets der Zankapfel zwischen den drei geschichtlich-bedeutenden Nationen Osteuropas — den Litauern, den Russen und den Polen —; dazu der Knotenpunkt des gesamten Flußhandelsverkehrs zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meere, da hier die Wikingerkähne aus dem Becken der Weichsel und der Memel in das Becken des Dnjepr (Donober) oder des Dnjestr (Donauster) hinübergeschleppt werden mußten. Die alte Gotenherrlichkeit stützte sich in nicht geringem Maße auf die Beherrschung dieses Knotenpunktes; die endgültige Liquidierung dieses Knotenpunktes altgermanischer Macht in Osteuropa durch Jagiello, den Sieger von Tannenberg, hatte darum eine viel größere geopolitische Bedeutung, als man bisher anzunehmen pflegte. Dieser alte Tummelplatz von Rassen und Staatsgebilden wird heute von der Regierung Neupolens in erster Reihe als Objekt planmäßiger polnischer Kolonisierung ins Auge gefaßt. Erst nach Vollziehung dieses Planes wird das ganze Weichselbecken mit seinem Zentrum Warschau wirklich als „Kernpolen“ einzuschätzen sein. Dieses lebenswichtige Ziel wird aber von der polnischen Nation kaum vor Ablauf von einem bis zwei Jahrhunderten erreicht werden können. — Heute bildet das Industrie-Rayon in Łódź-Czenstochowa den Brennpunkt des Kernpolentums — Warschau bedeutet für das Polentum im staatspolitischen Sinne immer noch ein dicht an die östliche Kampflinie vorgeschobenes Hauptquartier.

### Die polnische Kernlandschaft

Zur Zeit siedelt das Polenvolk unbestritten und in wirklich-kompakter Masse lediglich in einem Gebiet, das im großen Bogen von Nordwest bis Südost von folgenden Flußadern umgeben ist: von Obra, Netze, einem Stück der Weichsel zwischen Fordon und Thorn, von Drewenz, Narew, Liwitz, Vepr, San, von den östlichen Abhängen der Oberschlesischen Platte wie auch von den östlichen Abhängen der Trebnitzer Höhen im Süden und Südwesten.

Sieht man sich den Siedlungsraum des Polenvolkes auf der hydrographischen Karte an, so findet man leicht heraus, daß kaum ein Drittel des Stromgebietes der Oder und zwei Drittel des Stromgebietes der Weichsel in die Grenzen dieses Gebietes fallen. Historisch muß eine wenn auch allmähliche, aber stetige Verschiebung des Siedlungsgebietes des Polenvolkes ostwärts festgestellt werden: um 1000 n. Chr. herum saß der Kern der unter dem Namen der „Polen“ vereinigten Slawenstämme zwischen der Oder und der Warthe mit spitzen Ausläufern bis an die Goplaumark und bis an die obere Weichsel — 300 Jahre später ist bereits das ganze westliche Kongreßpolen bis an die alte Ostgrenze der tazitäischen Germania restlos polonisiert! Der schwer durchquerbare Weichselstrom schützte nun die junge slawische Nation und gestattete ihr, sich zum soliden Staatsorganismus zusammenzufassen. Man darf behaupten, daß unter den ersten Piastenkönigen das Polenreich die besten Landesgrenzen besaß: die Stromadern der Oder und der Weichsel mit der Netze und dem San umzingelten das Polenland vollständig. Überall war der gleiche Diluvialboden; und sieht man sich die phänologische Karte Mitteleuropas an, so entdeckt man, daß auch in bezug auf die mittleren Temperaturen aller vier Jahreszeiten, auf Anbruch des Frühlings und des Winters — ja sogar in ornithologischer und zoologischer Hinsicht gerade dieses Kernpolen des 11.—14. Jahrhunderts wirklich ein natürliches, sowohl von Ostelbien, West- und Ostpreußen, Westschlesien und Masovien, als auch von dem Bugflußbecken und Ostgalizien grundverschiedenes Gebiet für sich darstellt.

Besonders interessant ist die scharfe Scheidelinie, die wir entsprechend der Grenze zwischen dem Polenstaate und dem Deutschen Reiche auf der Temperaturkarte sehen: in der Mark und in Schlesien sind die mittleren Jahrestemperaturen um  $2-2\frac{1}{2}^{\circ}$  höher als jenseits der heutigen (und auch der alten) Grenze Polens; auch hypsometrisch liegt Kernpolen entsprechend höher als Norddeutschland auf der Linie zwischen Küstrin und Emden. Die Gleichartigkeit der Boden- und Klimabedingungen hat den polnischen Menschentypus im Laufe der Generationen so geartet, wie wir ihn heute sehen. Die Ausbreitung dieses polnischen Menschenschlages hat die günstigsten Aussichten dort, wo die natürlichen Bedingungen denjenigen seiner Urheimat nach Möglichkeit gleichgeartet sind; die unter c oben bezeichnete Landstrecke entlang der Bugmulde nähert sich diesen Kolonisationsvorbedingungen am meisten. Dagegen bleiben das Masurenland, das eigentliche Litauen, Pommerellen, die Karpathenhöhen und Weißrußland für den Polen fremd von Natur: ein um 2 Wochen späterer Frühling; eine um  $1-1\frac{1}{2}^{\circ}$  Celsius niedrigere Jahrestemperatur; steiniger und zugleich sandiger oder sumpfiger Boden; langsames Gedeihen der Feld- und Gartenfrüchte; die dadurch bedingten grundverschiedenen Ackerwirtschaftsmethoden; reichere Niederschläge und frühe, anhaltende Fröste. Mag auch der Kernpole aus politischen Absichten immer wieder sich selber und anderen einzureden versuchen, daß der Kaschube (am Ostseestrande), der Masure und Kurpe (auf beiden Seiten der nördlichen Grenze



Polens), der Lemke und Huzule (in den Karpathentälern) ebensolcher „Pole“ sei wie der Pole aus Posen, Krakau oder Warschau; die Wirklichkeit straft diese Vorspiegelungen Lügen; denn der nach jenen Gegenden eingezogene Kernpole verwandelt sich bereits in der zweiten Generation in einen Nichtpolen — er wird seinen Sitten, seiner Sprache und seinem ganzen Äußeren nach zum Kaschuben,



Die geopolitische Lage des Polenstaates im 14. Jahrhundert n. Chr.

zum Masuren usw. Er wird von der Scholle eingesogen — färbt ab und verliert seine an der Weichsel oder an der Warthe erworbenen Rasseneigenheiten.

Allein der Umstand, daß die Sondernamen jener Randstämme im Laufe der tausendjährigen Geschichte der polnischen Volksexpansion mit solcher Zähigkeit fortleben, beweist zweifelsohne, daß die Expansion der Polen jedesmal, wenn sie nach der Richtung der Ostsee, der Düna, der galizischen Karpathen und der Sudetenländer hin sich bewegte, für das Polenvolk

selbst nichts als schmerzvolle Kraftverschwendung zeitigte. Dagegen ist die Expansion des Polenvolkes in östlicher Richtung (von der Ausgangslinie Goplo-Krakau aus) schon seit dem 14. Jahrhundert von bedeutenden territorialen Erfolgen gekrönt worden.

Die Mächte der Mutter Natur sind eben tausendmal stärker als die allermächtigen Staatengewalten; kein Staatsmann, der weise ist, handelt diesen Mächten zuwider — und kein anderer Umstand als der augenscheinliche Verstoß des Polenvolkes gegen die Grundrechte der Geopolitik wurde zur Hauptursache des Unterganges des alten Polenreiches.

### Raum und Geschichte

Das alte „Regnum Polonorum sive Gothorum“ (wie die Aufschrift auf dem Gnesener Sarkophag seines Gründers Burislafr I. des Tapferen lautete) verdankt seine Entstehung dem geopolitischen Umstande, daß diejenige Gegend, wo die schiffbaren Flußadern des Oderstromgebietes am nächsten denjenigen des Weichselstromgebietes laufen — also etwa am Oberlaufe der Netze mit dem großen Goplaussee —, in den ersten Jahrhunderten unseres christlichen Zeitalters zum wesentlichen Bestandteil des großen Handelsweges geworden ist, der die Hadria mit dem Schwabenmeere (via Karst—Wien—Tatragewende) verbunden hatte. Dieser Handelsweg zwischen den Bernsteinküsten des baltischen Nordens und der römischen Mittelmeerwelt gewann mit jedem weiteren Schritte, den die Legionen Trajans und Mark Aurels in der Richtung zu den Karpathen machten — und mit jedem weiteren Schritt, den die asiatischen Nomaden in die alte Verbindungslinie zwischen dem germanischen Norden und dem gräkoromanischen Süden (Byzanz—Donober—Weichsel—Netze—Oder—Vineta) in den skythischen Steppen taten, an Bedeutung. Je mehr italienische Ansiedelungen in Dacien, im Noricum, Pannonien und Mösien entstanden, um so reger wurde der Drang der neuen „Romania“ (die Vorfahren der heutigen Rumänen haben seit Trajan wohl das ganze Donaubecken unter sich restlos parzelliert) zu der am nächsten im Norden gelegenen Danziger Seebucht, wohin ja die Mährische Pforte zwischen den Karpathen und den Sudeten einladend offen stand. Die archäologischen Funde entlang der Handelspfade, die durch Krakau, Kalisch, Bromberg (eigentlich Osielsk bei Bromberg = Ausclesia des Strabonischen Berichtes über die Expedition eines römischen Patriziers zu Kaiser Neros Zeiten) zu den Gestaden der Ostsee führten, berechtigen zur Annahme, daß lateinische Kulturelemente den Rückgrat der slawischen Kolonistenwelle entlang dieser Strecke Jahrhunderte hindurch stärkten — und dadurch gerade dieses Gebiet zur Führung inmitten der urgermanischen Eingeborenenstämme zwischen den Karpathen und der Ostsee vorbestimmten.

Dazu kam noch der Umstand, daß auch der alte, infolge der Verwilderung und Asialisierung Südrußlands nach dem Sturze des Reiches Hermannrichs (375) immer schwerer benutzbare „Große Handelsweg der Wäinger zu den Griechen“,



wie er in den altrussischen Chroniken genannt wurde (s. Karte S. 455), sich ausgerechnet mit dem oben geschilderten Ostsee-Adriatischen Handelswege in demselben Kujavien — der Wiege des Polenstaates — kreuzte. Dieser Kreuzungspunkt wurde zum geopolitischen Zentrum, zum Kern, aus welchem der Staatskörper „Polen“ zu keimen begann. Zu bemerken wäre, daß im Laufe von Jahrtausenden die Weichsel einen Nebenfluß der Netze bildete, ehe sie (ca. 120 v. Chr.?) für sich einen direkten Durchbruch zur Ostsee schaffte, und daß nach jener Katastrophe die geopolitische Bedeutung des obengenannten polnischen Kerngebietes in demselben Maße zunehmen mußte, in welchem das Jütisch-Gotische Inselgebiet um das Stettiner Haff herum seines bisherigen Hinterlandes beraubt worden ist. Der geopolitische Kampf der jütischen Wikingerdynastien, die zumeist dem Arianertum zugeneigt waren und bis 1528 noch (die Masovischen Fürsten mit den festen Burgen Paltescia, Visigard, Warsau, Schorste, Liv, Nur u. a.) den ganzen Norden des heutigen Polenlandes festhielten, mit den slawischen Majordomen-Emporkömmlingen (Piaſt = Majordomo, wie bei den Merovingern und andern altgermanischen Feudalhäusern), die von Beginn an von Rom und der lateinischen Zivilisation ihre Expansionskräfte schöpften, bildet den eigentlichen Inhalt der territorialen Entwicklungsgeschichte des alten Polenstaates bis in das 15.—16. Jahrhundert hinein. Dieser Kampf um die Einheit des eigentlichen Siedlungsgebietes des Polenstammes (das wir oben unter a—b bezeichneten) endete erst, nachdem die letzten unabhängigen Wikingerfürsten an der Weichsel ausgestorben waren, das Byzantinerkaiserreich stürzte und das altrussische Wikingerreich der Nachkommen Herisleifs I. von den Asiaten in den Boden gestampft wurde (1240—1400).

Nachdem nun die ersten Jagelloniden den Rückgrat des Polenreiches durch die Angliederung an das Gebiet des Memelbeckens um 1400 gestärkt hatten, schmilzt innerhalb von 2 bis 3 Generationen der ganze auf der Karpatho-Alaunischen Platte gelegene Länderkomplex zu einem Weltreiche zusammen, das jetzt imstande ist, den Slawen und Litauern gleich feindlichen Germanen (vom Westen her) und Mongolo-Tataren (vom Osten her) die Stirn siegreich zu bieten. Um 1500 herum sehen wir die Macht dieser Doppelmonarchie gewaltig anwachsen: im Westen und im Norden beugen sich beide deutsche Kreuzritterorden und die Hansastädte Preußens, ja sogar die Hansarepubliken Pleskau und Neugard mit dem ganzen Norden Rußlands bis Arkhangelsk hin vor den Herren auf Wilna. Im Osten werden die Moskowiter, die zur Rolle der Vorreiter asiatischer Nomadenhorden hinabsinken, tief in das Kaspigebiet zurückgedrängt, so daß nicht nur das ganze Becken des Dnjepr, sondern auch der Oberlauf verschiedener Wolganebenflüsse dem „Großfürsten Aller Reußen und Litauer“ hörig werden. Die Steppen Südrußlands werden ihm bis an das Schwarze Meer und den Unterlauf der Donau tributpflichtig. Es ist dies keine Expansion mehr, es ist eine Überexpansion. Sie erreicht ihren Höhepunkt um 1600 herum, als die Fahne Sigismunds III. und seines Sohnes, des „freigewählten Zaren von

Moskowien, Kasan, Sibirien und Astrachan“, Wladislaus Sigismundovitsch auf den Zinnen des Kremls wehte.

Jetzt beginnt der rapide Sturz, der 1795 sein Ende im restlosen Zusammenbruch Altpolens fand.

Der Verstoß gegen die Grundgesetze der Geopolitik wirkte sich aus. Solange Altpolen-Litauen seine natürlichen Positionen auf der östlichen Hälfte der großen deutschen Ebene vor dem Erklimmen durch die an den Ostsee- und Schwarzmeerküsten und im Wolgabecken heimischen See- und Steppennomaden wehrte, blieb es siegreich. Sobald aber die Polen und Litauer den Besiegten nachzujagen begannen, sobald das Polenreich die westpreußischen (deutschen) Stände zu entrechten und zu polonisieren begann, sobald es seine Waffen an den unteren Lauf des Dnjestr und des Dnjepr jenseits der Valdaj-Alaunischen und Avratynschen Anhöhen zu tragen versuchte, erlitt es unheilbare Verluste. Denn weder die uralten Urwälder Großrußlands, noch die heißen Steppen Kleinrußlands, noch die sandigen Gestade des Baltischen Länderkranzes bilden mit der polnisch-litauischen Anhöhe, wie sie oben umzeichnet worden ist, ein Ganzes. Sie unterscheiden sich noch heute wie damals — in bezug auf Bodeneigenschaften, Klima, Fauna und Flora — von der Platte, von der die Flußadern Osteuropas niederrennen, die jedoch in ihrem Unterlaufe überall wesentlich fremde Gebiete berieseln.

### Das Grenzproblem

Geopolitisch war es nur ganz richtig, wenn nach 1700 vom alten Polenreiche zuerst das Stromgebiet der Düna, dann das des Dnjepr und endlich das der Memel der Reihe nach abbröckelten. Auch war es geopolitisch richtig, wenn Westpreußen (d. h. der Unterlauf der Weichsel und der Netzegau) von Polen abgefallen ist. Dagegen war es falsch, daß zu gleicher Zeit Ostgalizien an Österreich geschlagen worden ist. Als Napoleon 1807 das Großherzogtum von Warschau schuf, gab er ihm beinahe jene idealen Naturgrenzen, wie sie im Laufe der ersten Jahrhunderte des Piastischen Kernpolens sich von selbst geformt hatten. Dagegen sind die Staatsgrenzen, wie sie in Versailles 1919 für das Polenreich bestimmt worden sind, unbedingt als widernatürlich und daher als sehr fragil zu bezeichnen (Korridor, Danzig, Ostgalizische Ukraine). Die Grenzen aus dem Rigaer Vertrag mit den Sowjets (1920) verstümmelten die ursprüngliche, durch Lord Curzon für Neupolen beinahe richtig aufgezeichnete Grenze am Bug, indem das Polentum abermals, wie unter den Jagelloniden, in die ihm fremden Stromgebiete des Dnjepr und der Düna vorrückte. Dieses Vorrücken nach Osten ermangelt des Hinterhalts, den Polen vor 400 Jahren sowohl im positiv-politischen Sinne (freiwilliges Zusammenhalten der Litauer und Westrussen mit dem Polenstaate und Polenvolke) als auch im negativen Sinne (territorialer Außendruck von Asien her und Durchsetzung Westpolens und Küstenlitauens durch deutsche Kolonisation) besaß. Unter den Fahnen Jagellos kämpften bei Tannenberg viele deutsche Truppen gegen die schwertragenden Kleriker des Ordens; gegen den



Moskowitzerzaren und die Kosakenhetmane kämpften heldenhaft zum Schutze des altpolnischen Staatenverbandes in ersten Schlachtreihen russische Knjäten und Bojaren — und es gab keine zuverlässigeren Truppen im Polenheere als die litauischen Regimenter. Heute ist es damit gerade umgekehrt bestellt . . . Das alte Polen der Jagelloniden und Vasas war ein föderativ ausgebauter Staatenbund; dagegen ist das moderne Polen bemüht, sich zum zentralisierten Nationalstaate auszubauen, und dieses ungeachtet dessen, daß 40% seiner Bürger Nichtpolen sind. Aus dem Sachverhalt verflossener Jahrhunderte darf angenommen werden, daß der polnisch-litauische Staat gerade in dem Zeitalter seiner größten Machtentfaltung 75 bis 80% Nichtpolen umfaßte. Jedoch, wie gesagt, hielt dieser altpolnische Staatenverband allen äußeren und inneren Stürmen stand, — da seine Struktur geopolitisch auf vernünftiger Unterlage fußte, kein künstliches, sondern in natürliches Gebilde darstellte und bis zum 16. Jahrhundert im Einklang mit dem heimatlichen Boden gestanden hat.

PERCY MEYER:

### *Polens ukrainische Ostmark*

#### Vom ungleichen Kampf zweier Slawenvölker

Die polnische Republik gilt z. T. jetzt noch als ein ausgeprägter Nationalitätenstaat mit besonders zahlreicher ukrainischer Bevölkerung. Die nichtamtlichen Schätzungen der letzteren schwanken zwischen 6 und 8, erwähnen wohl auch gelegentlich bis 9, gegenüber nur annähernd 4 Millionen nach der staatlichen Volkszählung vom Jahre 1921. In jedem Falle ein krasser Unterschied. Wie hat es nun zu solchen Divergenzen kommen können? Ihnen nachzugehen ist wertvoll, sind doch die Nationalitätenverhältnisse Polens für Gesamt-Europa von Interesse, weil sie eine Entwicklung von weiter tragender, über die Staatsgrenzen hinausragender Bedeutung illustrieren. Zum rechten Verständnis dieser Dinge, die eben noch im Fluß verharren, ist es geboten, geschichtlich zurückzugreifen, um wenigstens einige Hauptphasen der Entstehung des polnisch-ukrainischen Nationalitätenproblems festzuhalten.

#### Polen dringt vor

Erst um die jüngste Jahrtausendwende, später als der normannisch geführte slawische Osten, begann Polen aus dem Dunkel der Vorgeschichte hervorzutreten. Der polnische Drang nach Osten, denn mit einem solchen hat man es zu tun, kam gegen Mitte des 14. Jahrhunderts auf. Polen erwies sich in der vorteilhaften Lage eines Universalerben der Früchte litauischen Ausdehnungsdranges, der seinerseits auf normannischen Unternehmungsgeist zurückzuführen ist. Gleichsam spielend kam Polen in den Besitz der Länder von Peremyschl (poln. Przemyśl), Halitsch (Halicz) und Wolodimir (Włodzimierz), die sich so ziemlich mit dem Haupt-

teil der späteren Provinz Galizien decken. Damit begann auch die Kolonisation Galiziens durch Polen. Die heutige polnische, von der ukrainischen Geschichtswissenschaft übernommene Auffassung, der deutsche Ostdrang spätmittelalterlicher Zeit habe gleichsam automatisch eine ähnliche polnische Ostbewegung ausgelöst, sei hier nicht weiter untersucht. Das aber ist Tatsache: die polnische Siedlungsbewegung war der deutschen ziemlich analog, besonders im Südosten, vergl.: Galizien in dem einen, Schlesien in dem andern Falle. Und wie die schlesischen Piastiden sich gern und willig verdeutschen ließen, um der abendländischen Gesittung teilhaft zu werden, so strebten auch die Halitsch-Wolodimirer Herren nach der von polnisch-katholischen Elementen getragenen Kultur. Wie das alte Schlesien deutsche Handwerker, so rief der weitere Umkreis des Oberdnjestr polnische Fachleute ins Land, unter ihnen so manchen deutschen oder halbdeutschen Mann. Diese Bewegung erstreckte sich bald auf das Land von Cholm und weiter östlich, wobei in den Städten, die vielfach auch hier im Osten deutsche Gründungen waren, gewöhnlich das deutsche Recht, die „Magdeburgja“, eingeführt wurde.

Die Lubliner Union (1569) trug wesentlich bei zur Festigung der polnischen Oberhoheit über die ganze Südostmark, das damalige Rotrußland (Czerwona Rus). Der ruthenische (ukrainische) Hochadel ging sehr bald vom griechischen zum römischen Katholizismus über, und zögernd begann der Kleinadel diesem Beispiel zu folgen. Mit römischer Zielstrebigkeit durchdrang der katholische Klerus polnischer Zunge das Land. In kurzer Zeit errangen sich Lateinisch und Polnisch die Stellung der allgemeinen Schriftsprache. Auch die Städte wurden langsam polnisch, soweit sie nicht jüdisch blieben; das platte Land freilich war immer noch ruthenisch (ukrainisch). Die Kolonisation durch Masuren und andere polnische Bauern begann wesentlich später, deutlicher wahrnehmbar erst nach den Teilungen Polens, wobei die Siedlungsbewegung im österreichischen Galizien intensiver verlief, als in den Ostteilen des russischen Kongreßpolens, ebenso in Wolhynien und Podolien. In dem nun staatlich getrennten Rotrußland ging die Polonisierung, wiewohl in Rußland amtlich erschwert, mehr von den Gutshöfen aus. Den Magnaten lag viel daran, auf ihren Landsitzen und in deren nächster Umgebung nationale Oasen zu bilden, durchsetzt von polnischem Bauernelement, in welchem nötigenfalls ein Rückhalt zu finden war. Der Standesunterschied freilich blieb vorab noch unüberbrückt, und in sozialer Hinsicht bildeten polnische wie ruthenische (ukrainische) Bauern immer noch eine nur theoretische Gemeinschaft, die dazu noch konfessionell scharf durchschnitten war. Daher auch hier die traditionelle osteuropäische Gleichstellung von Nation und Glaube, eine Erscheinung, die erst vor unseren Augen schwindet.

Das adlige Vasallentum aber mußte in das Meer der Vergangenheit untertauchen und Scharen von Kleinedelleuten, auch ein Kennzeichen des früheren polnischen Ständewesens, recht ähnlich den vielen Samurais in Japan, sahen sich gezwungen, selbst zum Hakenpflug zu greifen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang die nur vermeintliche Anekdote (tatsächlich ein hier und da noch fortbestehendes Zeitbild)



von der ostpolnischen Szlachciana (Edelfrau), die das Feld nur mit Handschuhen bestellt, um wenigstens „äußerlich“ den Standesunterschied zu betonen. Bekannt war auch vor einem Menschenalter der analphabete polnische Kleinedelmann als Pächter, Tagelöhner oder Arbeiter, seine Tochter als Köchin oder Hausmädchen im herrschaftlichen Dienst. Unter diesen eigenartigen Standesvertretern gab es noch, wenigstens auf russischem Staatsgebiet bis Anfang der sechziger Jahre vorigen Jahrhunderts, nicht wenige aus dem ursprünglich meist nicht polnischen Bauerntum hervorgegangene Elemente, die sich die Freimachung von der Leibeigenschaft erkaufte hatten. Daher ihr Sprung in einen nominellen Adelsstand. Die höhere polnische Kultur endlich, zeitweilig die Kultur überhaupt, übte ihrerseits einen fortgesetzten Einfluß aus und sog zahlreiche emporstrebende andersnationale Individuen auf. Meist ging damit der Übertritt zum römischen Katholizismus Hand in Hand.

### Nationalitätenkampf

Der eigentliche polnisch-ukrainische Nationalkampf begann in Galizien mit dem Jahre 1867, in den angrenzenden russischen Staatsteilen offensichtlich jedoch erst nach 1905, in beiden Fällen also infolge entscheidender politischer Ereignisse. Aber nach wie vor hatten die Polen das Übergewicht auf ihrer Seite, während im ukrainischen Lager selbst Uneinigkeit herrschte (und z. T. noch herrscht). Dies bezieht sich besonders auf den allrussischen Einfluß und die Einstellung orthodoxer wie unierter Ukrainer zu Moskau als der „Mutter aller Slaven“ nach der einen, als dem „Erbfeind des freien Ukrainertums“ nach der diametral entgegengesetzten Auffassung. Dagegen auf der polnisch-katholischen Seite die immer noch überragende Stellung. Auch die polnische Siedlungsbewegung in Galizien wurde nun, in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts, lebhafter. Aus dem Westen der Provinz strömten immer mehr polnische Bauern nach dem Osten, wo sie die fruchtbarsten Striche besiedelten, den Grundstock der Belegschaft einer aufblühenden Industrie bildeten, die Städte bevölkerten und in Amt, Handel und Verkehr festen Fuß faßten, am augenfälligsten längs den alten und neuentstehenden Eisenbahnlinien.

Die statistische Aufschließung des (österreichischen) Volkszählungsmaterials vom Jahre 1910 ergab in Ostgalizien 112000 — in Lemberg allein 16000 — Zuzügler aus Westgalizien, abgesehen von einer weit größeren Anzahl schon bodenständig gewordener Polen. Umgekehrt, richtete sich die ukrainische Wanderbewegung hauptsächlich nach der Neuen Welt, unmittelbar also dem polnischen Zuzug Vorschub leistend, schwerlich ohne gelegentliche Förderung durch bestimmte Amtskreise Lembergs und Krakaus. Gleichzeitig sah man die als natürliche Erscheinung anzusprechende, anfangs auch nicht so unbedeutende Ukrainisierung (Ruthenisierung) polnischer Einwanderer, wo sie durchaus die Minderheit bildeten, merklich abebben. Der Unterschied zwischen Pan, Kmiec, Chlop (Herr, Bauer, Leibeigener) hatte sich schon deutlich verwischt, die nationale Solidarität, das Bedürfnis nach Zusammenschluß ließ zwischen polnischen Herren und polnischen Bauern eine

Atmosphäre der Annäherung aufkommen, eine gemeinsame Front gegen das Ukrainertum, dieses vertreten durch die Masse der Bauern und deren Führer, besonders griechisch-katholische Priester. Im Endergebnis vorteilte das polnische Element relativ und absolut, während das ukrainische, wiewohl nun schon bewußter national auftretend und mehr und mehr den ursprünglich ruthenischen — auch im Zusammenhang mit dem Russentum irreführenden — Nationalbegriff fallen lassend, beträchtliche Einbußen zu verzeichnen hatte. Auf russischem Staatsboden aber vollzog sich ungeachtet größter Hemmnisse eine weitere Polonisierung im Gebiete von Chelm, teilweise auch nördlich wie östlich davon. Gleichzeitig verdrängte die römische Kirche machtvoll die griechische, ja der Glaubenswechsel (seit 1905), dem im Chelmschen auch unierte Geistliche unterlagen, gab den Anstoß zum polnisch-sprachlichen Vordringen. Schon hatte sich kurz vor dem Kriege in ganz Rotrußland, neuerdings von den früheren ruthenisch-nationalen Politikern „Westliche Ukraine“ bezeichnet, ein ethnographisches Schachbrett herausgebildet.

In der polnisch-ukrainischen Ostmark korrespondierte die deutsche Siedlungsbewegung jahrhundertlang mit der polnischen, diese immer wieder zahlen- und gesittungsmäßig, volklich, meist auch rassisch bereichernd, auf dem Lande ebenso wie in der Stadt. In Lemberg (ukrainisch: Lwiw, polnisch: Lwow ausgesprochen, russisch: Lwow), der Metropole des Gebiets, hatte schon die vorösterreichische Zeit, noch mehr die über hundertjährige Ägide der Habsburger eine Überfülle deutscher Spuren hinterlassen. Deutsch sind zahlreiche Firmennamen in den zentralen Stadtteilen, ist der ganze Aufbau des schmucken Ortes mit seinen vielen Grünplätzen. Aber in ganz Galizien von Krakau bis Lemberg, teils auch weiter östlich, handelt es sich nur mehr um Spuren. Recht eigentlich dem Polentum ist der deutsche Kulturdünger zugutegekommen, in weit geringerem Maße mittelbar dem Ukrainertum, das seinerseits viel weniger deutsche Landsiedler aufgesogen hat als die polnische Kolonistenschaft. Dieses Moment ist nicht aus dem Auge zu lassen, wie ja überhaupt die verschiedenen volklichen Faktoren in gemischtsprachigen Gebieten ins Gewicht fallen. Das rein zahlenmäßige Verhältnis mag bei Wahlen zuweilen den Ausschlag geben, geringer ist sein Einfluß auf die Struktur und den Charakter der Völker, Sprachen und Kulturen. Hier entscheiden letztlich immer noch Artung und Auslese. Daß das nationalpolitisch blutjunge Ukrainertum in dieser Hinsicht heute noch merklich hinter dem Polentum mit seiner alten, durch die katholische Kirche ungemein gestärkten Überlieferung zurücksteht, liegt klar auf der Hand.

#### Nach dem Weltkrieg

Der Weltkrieg hat fast ganz Galizien, viel weniger die angrenzenden, vormalig russisch-ukrainischen Gebiete, heimgesucht. Und doch hat das Völkerringen im letzten Grunde dem Polentum in die Hände gespielt. In Galizien haben fast alle russenfreundlichen Elemente mit dem Abzug der Truppen des Zaren das



Land verlassen müssen. Auf russischem Staatsboden wiederum ging eine von Petersburg aus veranlaßte massenhafte Aussiedlung von Menschen und anderen Volkswirtschaftswerten, die berückichtigte „Ewukaizija“, vor sich, die all denen galt, die sich, einerlei ob aus Überzeugung oder Nützlichkeitsbetrachtungen, zum Russentum bekannten und der „russischen Staatskirche“ angehörten. Nicht nur die Mehrzahl der meist ja aufgepfropften russischen Elemente, auch ein Großteil des nationalen Ukrainertums zog damit fort, um im Laufe der späteren Jahre lange nicht vollzählig zurückzukehren. In die Bresche gesprungen sind nationalpolnische Elemente. Die dem Weltkrieg e sich anschließenden polnisch-ukrainischen Kämpfe, in der neuesten polnischen Geschichte „Das ukrainische Abenteuer“ genannt, haben ihrerseits das Ukrainertum auf dem heutigen polnischen Staatsboden geschwächt. Dazu kommt der z. T. noch andauernde Abfluß von Ukrainern nach Kanada und anderen Überseeländern. So hat der Krieg mit seinen Folgen das sprachliche Mosaik in der polnisch-ukrainischen Ostmark nur noch bunter gestaltet. Endlich ist zu berücksichtigen der Zuzug nationalpolnischer Volkselemente aus der Sowjetunion, eine Bewegung, die nach Räteangaben nur noch rund 800 000 Polen auf dem Boden der Union, hauptsächlich in der weiteren Umgebung von Minsk (Räte-Weißruthenien) und in Ost-Wolhynien (Räte-Ukraine) zurückgelassen hat. Unnötig, besonders zu erklären, daß der polnische Staat es sich angelegen sein läßt, möglichst viele Beamte und Angestellte polnischer Zunge in die Ostmark, umgekehrt aber Ukrainer von dort nach dem Westen und Norden zu versetzen, so auch in die deutschen und litauisch-weißruthenischen Sprachgebiete. Dagegen ist die militärische Siedlungsbewegung, soweit sie auf staatliche Initiative zurückzuführen ist, bisher noch lange nicht auf den ursprünglich ins Auge gefaßten Umfang gekommen. Auf der anderen Seite liegt natürlich eine Abwehr vor, soweit sie unter schweren Bedingungen noch — oder schon — möglich ist. Im östlichen Galizien bemerkt man zunächst augenfälliger nur einen gewissen ukrainischen Zug vom Lande nach der Kleinstadt, wo allmählich ein Teil des zahlreichen jüdischen Händlerelements verdrängt wird. Hier und da macht der ukrainische Kleinhandler und Handwerker, seltener der Arzt, Rechtsanwalt und Vertreter anderer freier Berufe, dem Polen (und Juden) erfolgreich Konkurrenz. Allein, das geringe ukrainische Plus verschwindet gegenüber dem großen Minus.

Die polnische Volkszählung vom Jahre 1921 hat alles in allem nur 3897 233 Ukrainer ermittelt, eine Zahl, die offensichtlich viel zu gering ist. Teile der ukrainischen Bevölkerung haben sich vor acht Jahren der statistischen Erfassung gänzlich entzogen. Die Leute verbargen sich z. T. in Wäldern und anderen abgelegenen Gegenden, teils verweigerten sie den Zählern die Auskunft, ja einzelne Zählungskommissare wurden erschlagen. In den vormals russischen Bezirken trat der nationale Antagonismus nicht so scharf zutage wie das Vorurteil einer kulturell meist tiefstehenden Bevölkerungsmasse gegen die Volkszählung überhaupt. Die Leute fürchteten, sie würden, wenn sie sich als Nichtpolen ausgeben, „nach Sowjet-Rußland abgeschoben“ werden. Daher das besonders schief ausgefallene Zahlen-

ergebnis südöstlich von Weichsel und Bug. W. Sadowsjkyj schließt seine 1927 in Lemberg erschienene ukrainische Schrift „Die Bevölkerung der westukrainischen Länder“ mit dem Bemerkten: „... Den Versuch, eine Gesamtaufstellung der ukrainischen Volkszahl in Polen nach der Zählung vom Jahre 1921 zu geben, werden wir unterlassen... Einzig die auf die gesamte Volkszahl und ihre konfessionelle Gruppierung bezughabenden Daten (der staatlichen Volkszählung) können allenfalls mit Vorsicht benutzt werden.“ Tatsächlich beschränkt sich Sadowsjkyj lediglich auf Gegenargumentationen, die dem Leser die Unhaltbarkeit des polnischen Zählungsmaterials vor Augen führen sollen. Schon konkreter äußert sich Prof. I. Schymonowytsch in seiner kleinen, 1926 in Lemberg gleichfalls ukrainisch erschienenen Arbeit „Die westliche Ukraine. Territorium und Bevölkerung“. Auch dieser Verfasser ist bemüht, Absurditäten der polnischen Volkszählung bloßzustellen. Jedoch konstruiert Schymonowytsch auf Grund aller bisherigen russischen, österreichischen und polnischen Volkszählungen doch auch ein anderes Zahlenbild mit 5,7 Mill. Ukrainern im Endergebnis oder 21,1 Hundertteilen der gesamten, 1921 in Polen ermittelten Bevölkerung, während das ukrainisch-ethnographische Territorium nach demselben Verfasser 35,3 v. H. des polnischen Gesamtstaates ergebe.

Überhaupt besteht über die ethnographischen Verhältnisse der heutigen polnischen Ostmark eine nicht geringe internationale Literatur, die nach Lage der Dinge nur wenig Licht in das Dunkel der Verhältnisse zu bringen vermag. So ist es auch zu erklären, daß die Politik eine weitere Verwirrung in das Zahlenbild hineinträgt. In der Januar-Nummer 1929 der jungen Zeitschrift „Nation und Staat“ hat der estländische Nationalökonom Prof. M. Kurtschinsky unter dem Titel „Die slawischen Minderheiten“ es sich zur Aufgabe gestellt, die Zahl aller im außersowjetischen Europa lebenden slawischen Minoritäten zu ermitteln. Für Polen sind nicht weniger als 8809092 ostslawische Minderheiten errechnet, wovon bekanntlich die Ukrainer, die Kurtschinsky übrigens unter den Generalnenner „Russen“ bringt, die erdrückende Mehrzahl bilden. Damit geht der russisch-estländische Politiker über die Feststellungen der national-ukrainischen Wissenschaftler hinaus. Dies als Beitrag zu der sich zwingend aufdrängenden Erkenntnis, daß die Politik nicht berufen ist, in wissenschaftlichen Fragen selbständig zu entscheiden. Vor einem Jahr kam in diesem Zusammenhang ein bezeichnender Begriff auf: „Nationalitätenkunde“. Diese kann nicht aus sich selbst heraus schaffen, sie muß aus der Volkskunde und aus verwandten Wissenszweigen — in der Regel mit ungeschulter Hand — schöpfen, um den lückenhaften Stoff mehr oder weniger leidenschaftlich, stets aber einseitig, zu interpretieren. Soviel über die Pseudowissenschaft im Dienste der Tages-, Kongreß- und Zeitungspolitik.

Auch im polnischen wissenschaftlichen Lager geben Autoren von Ruf schon seit einigen Jahren zu, daß die polnischen Volkszählungsdaten vom Jahre 1921 unhaltbar sind. Der schon aus der Vorkriegszeit bekannte fruchtbare polnische Verfasser Leon Wasilewski, auf dessen Ausspruch „Ethnographischer Rohstoff“, ent-



halten in seinem 1909 in Warschau polnisch erschienenen Büchlein „Das heutige Slawentum“ im vorliegenden Zusammenhang hingewiesen sei, unterzieht in der Januar 1929 in Krakau polnisch herausgegebenen Arbeit „Volkstumsfragen in der Theorie und im Leben“ die polnische Statistik einer anerkennenswert freimütigen Kritik. Wasilewski kommt nach ausführlichen Untersuchungen zum Ergebnis, daß im heutigen Polen jedenfalls nicht 3,9 Millionen, sondern mehr Ukrainer leben: vermutlich 4,5 Millionen. Die Wahrheit mag etwa in der Mitte zwischen den Errechnungen des Ukrainers Schymonowytsch und denen des Polen Wasilewski liegen und wohl in der Zahl von rund 5 Millionen zu suchen sein. Seit der polnischen Volkszählung ist beinahe ein volles Jahrzehnt verstrichen mit gerade hier lebhafter Bevölkerungsbewegung, so auch starker Volksvermehrung, die ja im Osten traditionell auftritt. Im ganzen Lande, wo 1921 eine Einwohnerzahl von etwas über 27 Millionen ermittelt wurde, setzt eine ungefähre Schätzung gegenwärtig schon 31 Millionen voraus. Mithin ein Zuwachs von annähernd 4 Millionen oder fast 15 v. H. in 10 Jahren. Wenn wir das Ukrainertum Polens mit der Verhältniszahl von rund 20 v. H. annehmen (nach Schymonowytsch 21,1 v. H., nach nicht engnationalistischer polnischer Auffassung knapp 17 v. H.), so müßte jetzt ein ukrainisches Bevölkerungsplus von bestenfalls 0,8 Millionen (20 Hdt. von 4 Millionen) vorliegen. Auf diese Weise käme man auf 6 Mill. Ukrainer in Polen, als Fortschreibung der korrigierten Zählungserhebungen von 1921.

#### Ukrainisches Volkstum

Abzuwarten bleibt es, ob ukrainische Art und Sprache sich im polnischen Osten wird behaupten können. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die abendländische Kultur zuerst in Polen und später in Rußland von Fremdelementen vermittelt wurde, die sehr bald hier wie dort in der Oberschicht, die sie antrafen und nachhaltig beeinflussten, aufgingen. Die polnische wie die russische Literatur ist nach Prof. Alexander Brückner und Tadeusz Lehr-Splawinski „Zur Geschichte der slawischen Literaturen und Literatursprachen“, Lemberg 1929 (polnisch), beinahe ausschließlich aus dem Adel und dem Grundbesitzertum hervorgegangen. „Auf den Gutshöfen hat man (jedenfalls bis zur letzten Jahrhundertwende. P. M.) das Stadtleben gar nicht mitgelebt, wogegen Ruthenen, Slowenen, Tschechen und Ungarn nur eine „Bauernliteratur“ kennen, die Tschechen eine „kleinstädtische“. — Während aber die russische Oberschicht sich zuletzt augenfällig demokratisierte und namentlich die Jugend bestrebt war, „mehr Bauer als der Bauer“ zu sein, blieb die führende geistige Schicht Polens, abgesehen von geringen Ausnahmen, bis zum Kriege und der dadurch auch hier hervorgerufenen sozialen Umwälzung exklusiv, im ausgeprägten Gegensatz zu dem traditionell ultrademokratischen Ukrainertum, das früher seine gesamte Oberschicht an das polnische Volk hatte abgeben müssen, um erst seit zwei Menschenaltern eine neue Schicht Intellektueller aus sich selbst heraus zu bilden. Führend in der Literatur wie in der gesamtulturellen Bewegung des Ukrainertums war seinerzeit Kiew,

wurde später und blieb bis kurz vor dem Kriege Lemberg. Gegenwärtig rivalisieren Kiew und Lemberg miteinander, das erstere mehr in sozialer, das letztere mehr in nationaler Hinsicht, wobei beide Teile, bei einem beschränkten Bücher- und Zeitungsaustausch, gleichsam wie durch eine chinesische Mauer voneinander getrennt sind. Dieser Pfahl im Fleische des gesamtukrainischen Volkes, das nach den verschiedenen Lesarten 40—50 Mill. Köpfe stark ist, hemmt die nationale Entwicklung ungemein, fördert dagegen die politischen Tendenzen Moskau-Char-kows gleichermaßen wie diejenigen Warschau. Mögen beide Verwaltungszentren, gewiß Antipoden, auch noch so sehr in Politik und Weltanschauung auseinandergehen — als Extreme berühren sie sich in ihrem für das Ukrainertum verhängnis-vollen Zentralismus.

Nach wie vor ist gegenwärtig nur das ostgalizische Ukrainertum mehr oder weniger national bewußt; die größtenteils analphabeten Volksgenossen in den übrigen Teilen der polnischen Ostmark bilden immer noch „ethnographischen Rohstoff“, wiewohl das abweichende Glaubensbekenntnis einen gewissen Schutz-wall gegen Polonisierung bedeutet in den Sprachgebieten, die nicht unmittelbar unter dem Trommelfeuer nicht nur der ecclesia, sondern auch des natio militans liegen. Angriffslustig sind beide, und ihr Endziel ist die Staatsgrenze im Osten. Wohl bemerkt Wasilewski in seiner schon erwähnten jüngsten Arbeit über die polnischen Nationalitäten, daß auch die Ostslawen nun zum nationalen Eigen- und Sonderbewußtsein erwachten, weshalb die Sprachgrenzen sich allmählich schon endgültig herausbildeten, jedoch wird diese Behauptung im Munde eines so gewiegten Ethnographen wie Leon Wasilewski, dem die Größe Polens am Herzen liegt, cum grano salis zu gelten haben. Überall in Ostpolen treffen wir polnische Sprachinseln an, oft schon zu Halbinseln auswachsend, die nach dem organischen Zusammenhang mit dem „Mutterlande“ streben und lebhaft an die Verhältnisse erinnern, die vor dem Kriege in großen Teilen des Posenschen und Westpreußens bestanden. Während hier aber zwei grundverschiedene Sprachen einander gegen-überstehen, hat man es in Ostpolen mit Schwestersprachen zu tun, unter denen die polnische an relativer Entwicklung eine überragende und einflußreiche Stellung einnimmt. In der hier erwähnten Schrift von Brückner und Lehr-Splawinski heißt es u. a., daß es im gesamten Slawentum keine zwei anderen Literatursprachen gebe, die hinsichtlich Wortschatz und Redewendungen einander so nahe ständen wie Polnisch und Kleinrussisch (ließ: Ukrainisch). Diese Auffassung teilte schon vor Jahrzehnten Dr. Carl Abel, der Verfasser der ausgezeichneten Schrift „Groß- und Klein-Russisch“ aus den Ilchester Vorlesungen über vergleichende Lexikographie, gehalten an der Universität Oxford, deutsch erschienen 1885 in Leipzig und Berlin. Mit einem für damals überraschenden Scharfblick machte der eng-lische Autor auf den grundsätzlichen psychologischen Unterschied zwischen den „Slawo-Russen“ im Westen und „Finno-Russen“ im Osten aufmerksam. Ein Unterschied, der namentlich im Wortschatz und den Redewendungen immer wieder dem Slawenkenner greifbar nahe entgegentritt. Es ist schwer, sich vorzu-



stellen, wie unter diesen Verhältnissen — die enge polnisch-ukrainische Sprachverwandtschaft! — das ethnographische Schachbrett in der polnischen Ostmark ewig ein Schachbrett bleiben sollte und könnte. Theoretisch könnte man vielleicht versucht sein, an eine andere Möglichkeit zu glauben: die Herausbildung eines slawischen Zwischen- oder Übergangsvolkes auf einem Gebiete, mehr als halb so groß wie das ethnographische Polen selbst, allein, die bisherige Praxis spricht entschieden dagegen, zumal bei dem verschiedenen Kräfteverhältnis und angesichts der Tatsache, daß neue Nationalitäten in Europa von heute kaum noch entstehen können.

Geopolitisch ist Lemberg nicht mehr der Mittelpunkt des ukrainischen Landes in Polen, kulturpolitisch freilich noch die westukrainische nationale Metropole. Nach ukrainischer Auffassung leben jetzt in Lemberg (von 200 000 Gesamteinwohnern) 40 000, nach polnischer 24 000 Ukrainer, seit dem Friedensschluß vom Jahre 1921 in Polen amtlich nur noch Rusini — Ruthenen — bezeichnet, denen eine vielfache polnische Überzahl gegenübersteht, gefestigt durch eine starke nationale Majorität im Landkreise dieses Namens, der eine der größten polnischen Sprachinseln im vormaligen Galizien ist. Im heutigen Lemberg hört man Ukrainisch in der Regel gar nicht auf den Hauptstraßen, in der Straßenbahn, im Handel und Verkehr der Stadt. Wenn man sucht, um auf Ukrainer zu stoßen, findet man endlich im Inneren der Altstadt die „Ruthenische Straße“: „Ruska ulica“, ein Miniaturstück Alt-Lemberg, zwischen der kleinen alten griechischen Kathedrale und dem Lebensmittelmarkt. Hier gibt es noch ukrainische Parallelaufschriften und Firmenbezeichnungen. Der Marktverkehr selbst ist praktisch ausschließlich polnisch. Hier am Markt aber befindet sich in einem der unscheinbaren Gebäude die Schriftleitung des „Dilo“, der tonangebenden ukrainischen Tageszeitung der polnischen Ostmark. Schlicht, fast bäuerlich der ganze Anstrich dieses wichtigsten ukrainischen Presseorgans und seiner Träger vom Setzerlehrling aufwärts bis zu den meisten Spitzen. Wenigstens einige materielle Festigkeit spricht dagegen aus den Gebäuden der Schewtschenko-Gesellschaft, indessen umfängt auch hier den neutralen Besucher und objektiven Beobachter eine Atmosphäre der Nervosität und Gedrücktheit. Im Hauptstabe des geistigen Westukrainertums herrscht eine Stimmung wie nach verlorener Großschlacht, die Lücken aufgerissen hat, um deren Auffüllung man verzweifelt bemüht ist.

Wenn schon Edward Maliszewski in seiner Broschüre „Die Nationalitätenverhältnisse in der Republik Polen“, Warschau 1923 (polnisch), einleitend bemerkte: „Wohl nicht so bald werden wir es genau wissen, welche tatsächliche zahlenmäßige und gesellschaftlich-kulturelle Kraft die nichtpolnischen Nationalitäten im polnischen Staat verkörpern“, so gilt das ebenso von der ukrainischen Seite, die aber nicht nur in Ungewißheit verharret über die eigene Volkszahl, sondern noch mehr Grund zu Zweifeln hat über ihre geistig-politische Verbundenheit mit den Massen, besonders denjenigen nördlich und östlich des alten Ostgaliziens. Innerhalb des Westukrainertums überschneiden und bekämpfen sich älteres, teils

erst erwachendes Nationalbewußtsein, unaufhaltsam verknöcherndes, weil überlebtes Altruthenentum, selten überzeugtes, meist unklares Allrussentum früherer Moskauer Prägung neben Opportunismus und Kommunismus. Dazu noch die Religionskämpfe: griechische gegen römische Kirche, in der Mitte die unierte Richtung, diese aber keineswegs die Gegensätze überbrückend, vielmehr sie nur noch verschärfend.

Das Gesamtbild ist denkbar bunt, die Lage unstet, die einzelnen Konturen sind verschwommen und wechseln — alles fließt. Stellenweise tritt wohl etwas wie ein — wahrscheinlich nur zeitweiliger — polnisch-ukrainischer sprachlicher Übergang zutage, jedoch in der Hauptsache nur ein phonetischer: Ukrainisch mit polnischem Akzent und kennzeichnend polnischer Aussprache der Selbstlauter. Viel seltener (in östlichster Diaspora) das umgekehrte Verhältnis: ukrainisch-lautliche Beeinflussung des Polnischen. Unverkennbar eignet dieser Sprache, wenn man von ihrem gewiß immer noch lästigen Überreichtum an Zisch-Mitlautern absieht, eine ausgeprägtere Markigkeit der Aussprache, ein höherer Wohlklang, mithin eine nicht zu übersehende naturgegebene Assimilationsfähigkeit, beträchtlich gestärkt durch ihren, als Literatursprache genommen, viel älteren und mehr vorgeschrittenen Aufbau. Im letzten Grunde treten auf der polnischen Seite, anthropometrisch gedacht, zwingende Elemente westisch-nordischer Kräfte zutage, die den dinarisch-östlichen der Ukrainer erfahrungsgemäß überlegen sind, mögen auch ostbaltische und teilweise halbasiatische Faktoren, weil auf beiden Seiten vertreten, für ihr Teil ausgleichend wirken. Man hat diese und ähnliche tiefere Zusammenhänge bei einer nicht ausschließlich nationalitätenpolitischen, vielmehr umfassenderen, den komplizierten Gesamtverhältnissen näher kommenden Untersuchung der Tatsachenlage nicht außer acht zu lassen.

#### Ukrainisches Schulwesen

Endlich noch das wichtige Schulwesen: im „Dilo“ vom 17. August 1929 wurde auf die aufsehenerregende Broschüre von Iwan Herasymowytsh „Na triwohu! Osnowy ukrainjskoi nacii zahrozeni“ hingewiesen. Schon der ukrainische Buchtitel ist ein Weckruf und Notschrei: „Auf, gegen die Gefahr! Die Grundlagen des ukrainischen Volkstums sind bedroht.“ Das Titelblatt des äußerlich unscheinbaren, viel Druckfehler enthaltenden, schlecht gehefteten Büchleins zeigt dasselbe Sturm läuten in bildlicher Darstellung: eine mit der Kraft der Verzweiflung in heftigste Bewegung versetzte Dorfkirchenglocke. Kaum erschienen, wurde die Broschüre von den polnischen Behörden beschlagnahmt. Allein, die ukrainischen Politiker ließen nicht nach und erwirkten bald auch die Freigabe der Alarmschrift. Ein erschütterndes nationalpolitisches Zeitbild entrollt der Verfasser — erschütternd sowohl hinsichtlich der Notlage, in die das ukrainische Schulwesen in der polnischen Ostmark geraten ist, erschütternd auch in bezug auf die Gefahren, die dem ukrainischen Volkstum aus der Passivität weiter Kreise im eigenen Lager in bedenklichem, dabei dauernd zunehmendem Maße erwachsen. Herasymowytsh be ruft sich fast ausschließlich auf das amtliche polnische, daneben auch auf früheres



österreichisches und russisches Material, um zur Erkenntnis zu gelangen, daß die systematische Verpolung des ukrainischen Schulwesens schon beängstigende Fortschritte gemacht habe. Die Zahl der staatlichen Volksschulen mit ukrainischer Unterrichtssprache ist von rund zweiundeinhalbtausend auf vormals galizischem Boden im Schuljahr 1911/12 nur mehr auf eine Kleinigkeit über tausend auf heutigem gesamtpolnischen Staatsboden im Jahre 1925/26 zurückgegangen. Die sogenannten utraquistischen Schulen (mit ukrainisch-polnischem Unterricht) zählt der Verfasser zu den polnischen — ob ganz mit Recht, sei hier als fraglich hingestellt. Noch ungünstiger die Lage des ukrainischen Mittel- und Hochschulwesens im früheren Galizien, von Wolhynien und den anderen westukrainischen Sprachbezirken gar nicht zu reden.

Der ukrainische Verfasser nimmt kein Blatt vor den Mund: er zitiert deutsch und polnisch das bekannte Schlagwort „polnische Wirtschaft“ — „polska gospodarka“ und meint, sowohl diese Wirtschaft als auch die polnische schulpolitische Willkür (in Galizien) seien schon im alten Österreich bekannt gewesen. Dennoch hätten Österreichs Verfassung und Gesetzwesen bis zu einem gewissen Grade den polnischen Ausdehnungsdrang gehemmt. Wie anders die Lage jetzt, da die polnischen Oberbehörden ihre eigenen Richter seien. Durch enge Maschen werde die ukrainische Jugend gesiebt, damit möglichst wenig Ukrainer vorankämen — „szcoby jak najmensze czyslo Ukrainciw wyszlo w ludy“. Dazu die Versetzung der Lehrkräfte, Schwierigkeiten bei den Staatsprüfungen, vielfach elende Schulräume und Lebensverhältnisse der Lehrer, Schließungen alter ukrainischer und Eröffnung neuer polnischer Schulen auf Grund zweifelhafter oder gefälschter Gemeindestimmungen, voreingenommene, wenn nicht gar übelwollende Aufsichtsorgane und Gerichtsinstanzen — kurz: Einseitigkeit und Ungerechtigkeit im kleinen wie im großen, ja schon ein alle Hülle abwerfendes Verpolungsstreben, das sein Tempo steigere. Auf der anderen Seite eine zunehmende Gleichgültigkeit im eigenen Lager, die Nüchternheitserwägungen der vielen, so oder anders mit Staat und Verwaltung beruflich oder wirtschaftlich verketteten Landsleute, stellenweise schon nackter Verrat von seiten „eigener Herostraten“ am angestammten Volkstum . . .

Gegen all dieses anzukämpfen ist Hauptziel des privaten Bildungsvereins „Ridna Szkola“ — Heimatschule. Diese unterhält 45 Volksschulen, 10 Gymnasien, 5 Lehrerseminare, 29 Kinderbewahranstalten und Kindergärten, 8 Fachschulen, außerdem 4 Fortbildungsinstitute. Die Heimatschule veranstaltet Vorlesungen, wie denn überhaupt ihr Einfluß auf die nationale Kultur von Bedeutung ist. Über zehntausend Kinder, überwiegend aus dem Landmanns- und Arbeiterhause, werden von der Ridna Szkola geschult und fünfhundertfünfzig Lehrer stehen in ihren Diensten. Entwicklungsbedürftig ist der nationale Verband gewiß, entwicklungsfähig wahrscheinlich auch noch, was allein schon aus der Tatsache hervorgeht, daß beispielsweise die Zahl der deutschen privaten Volksschulen in Polen vierhundertsechzig, die der jüdischen dreihundertsechzehn betragen soll. Demgegenüber nur die vorerwähnten fünfundvierzig ukrainischen. Die Geldfrage ist hier

die brennendste. Aber das westliche Ukrainertum stellt in der Hauptsache ein Bauernvolk dar, dessen Glieder, wenn ihnen die wirtschaftlichen Grenzen zu eng werden, weniger nach der Stadt als nach der Übersiedlung in die Neue Welt rachten. In dieser Mitte nun den nationalen Gedanken zu wecken und Opferfreudigkeit zu entfachen, ist nicht leicht. Im ausgesprochenen Gegensatz zu der Passivität der Massen steht die rührige Initiative einzelner Volksführer. Diese suchen die verschiedensten Geldquellen zu erschließen. „Geschlossen und einzeln sollte alles, was hier oder jenseits der Grenzen ukrainisch denkt und fühlt, bei jeder Gelegenheit sein Schärflein zugunsten der Heimatschule beitragen. Niemand wird uns helfen, wenn wir uns nicht selber helfen werden.“ Das klingt genau so, wie im Dreißigjährigen Kriege das norddeutsche „Help Dir selber, so helpt Dir unser Herre God“. Mitten im nationalen Kampf aber steht heute das westliche Ukrainertum.

Ungeteiltes Interesse beanspruchen die im vorstehenden Zusammenhang aufgestellten nationalen Regeln: Gründung nationaler Zusammenschlüsse in Stadt und Land; Selbstbesteuerung aller Art bezogen auf alle Vereinsglieder, Genossenschaften, Gesellschaften und wirtschaftlichen Unternehmen; Massensammlungen gelegentlich verschiedener Volksfeste — ein Opfer auf dem nationalen Altar, dem sich niemand entziehen sollte; „monatlich ein Ei auch von der ärmsten Bauernhütte“, noch besser ein Hühnchen; geldliche Ablösung von Kranzspenden, Festadressen, Glückwunschtelegrammen; Besteuerung von Konzerten, Schauspielen, Veranstaltungen aller Art, Verkauf künstlerisch ausgeführter Karten, die den Inhaber bei geselligen Zusammenkünften vom Alkoholzwang befreien — „viele Millionen gibt unser Volk, die Gebildeten sowohl als auch die breiten Massen, für Alkohol aus: dieser heidnische Brauch hat sich so tief eingenistet, daß er schon zum Mißbrauch geworden ist“; Rauchverzicht, wobei ein Teil des ersparten Geldes der Heimatschule zuzuführen ist — „haben doch so eingefleischte Raucher wie die Araber Enthaltsamkeit beschlossen, um für das ersparte Geld in jüdische Hände übergegangenen Boden aufzukaufen: Wie sollten wir da nicht . . .“; Aufstellung von Sammelbüchsen; Besteuerung der Handels- und Gewerbepapiere, Abschlüsse und Vereinbarungen; Markenverkauf; endlich Schenkungen, testamentarische und andere Zuwendungen — alles zugunsten der Heimatschule.

Wohlverstanden, diese Punkte sind einstweilen weniger Brauch als Vorschlag oder auch nur dringende Bitte, im übrigen aber eine Quelle interessanter Erkenntnisse. Glühende Volksliebe vereint sich hier mit rührender Weltfremdheit neben Begeisterung und Stoßkraft der Verzweiflung zu einem erschütternden Gesamtbild, das beredter als Worte den Ernst der Lage aufzeigt. Dabei ist die ukrainische Frage Polens von einer Bedeutung, die in diesem Teil des slawischen Ostens traditionell über gegebene Staatsgrenzen hinausragt und berufen erscheint, dermalinst in Europa noch eine emporstechende politische Rolle zu spielen. Für Warschau geht es darum, und es läßt sich dies auch eifrig angelegen sein, die Stunde zu nutzen, um die Vorteile einer günstigen Stellung zeitig, möglichst bis zum letzten, auszuschöpfen.



LEO FLEISCHER:

*Holland und seine fernöstlichen Kolonien*

Die Wohlhabenheit Hollands ist sprichwörtlich geworden. Dem Reisenden bietet sich das eindrucksvolle Bild pulsierenden Lebens, eines raschen Geld- und Warenumsatzes, einer großzügigen Wohnkultur. Wer länger im Lande weilt, in Kreisen der Einheimischen Boden faßt, wird bald erfahren, wie sehr auch diesen äußeren Merkmalen die berufliche und finanzielle Sicherheit eines wohl-situierten Bürgertums entspricht.

## Warum ist Holland reich?

Man hat die günstige Lage der Niederlande auf ihre kluge politische Haltung zurückgeführt, auf die Vorteile langjähriger Neutralität verwiesen und — nach der wirtschaftlichen Seite hin — die Chancen des Kriegsgeschäftes in den Vordergrund gerückt. All diese Hinweise reichen zur Begründung nicht aus. Hollands wachsende Industrie, sein blühender Handel und seine breite wohlhabende Rentnerschicht wären undenkbar, ständen nicht hinter ihnen die Güter einer Inselgruppe, die insgesamt nahezu das Sechzigfache der Größe des Mutterlandes darstellt und sich über eine Fläche erstreckt, die vergleichsweise von den Ostgrenzen des Atlantischen Ozeans bis zum Kaukasus reicht. Es ist das Gebiet in Südostasien, das man mit dem Sammelnamen Niederländisch-Ostindien bezeichnet. Es umfaßt die große Insel Java mit Madoera und die sogenannten „Buitengewesten“ d. h. Außenbesitzungen wie Sumatra, Celebes, den weitaus größeren Teil von Borneo und Neuguinea nebst zahlreichen kleineren Inseln. Sie stellen als Gesamtkomplex gewissermaßen die Brücke dar zwischen Asien und Australien und wiederum die Grenzscheide des Indischen und Stillen Ozeans. Java, die bedeutendste der Inseln, ist nahezu vollständig im wirtschaftlichen Sinne kultiviert. Mit den schneebedeckten Häuptern seiner Gebirge, den zahllosen, scheinbar erloschenen Vulkanen, der Tropenpracht seiner Flora und Fauna führt es mit Recht den Namen einer „Insel der Schönheit“. Zwei Drittel der Fünfzig-Millionenbevölkerung von Insulinde nennen Java ihre engere Heimat. Auch heute noch verbindet die Eingeborenen eine enge Gemeinschaft ihres Dorfbezirks und ihrer Nachbarschaft, der *desahs* und *kampongs*, und kennzeichnet die Mannigfaltigkeit von Sitten und Gebräuchen, vermischt mit den Zeremonien der herrschenden Religion, des Islam, den Hang zur Tradition.

Seit drei Jahrhunderten haben die Niederlande aus den Wirtschaftskräften des Archipels ihren Reichtum geschöpft. Von der ostindischen Compagnie übernahm der holländische Staat das Gebiet. Durch sein vielumkämpftes „Anbausystem“ (Cultuurstelsel) unter Van den Bosch wurde die malaiische Inselwelt, vor allem Java, im wahrsten Sinne des Wortes die Indigo-, Kaffee- und Kautschukplantage des Reiches. Dem Anbausystem verdankten die Niederlande die Sanierung ihrer eigenen, durch Krieg und innere Wirren zerrütteten Finanzen, dem Inländer brachte sie ein Menschenalter lang infolge der Zwangsarbeit auf den Regierungsländereien und der Verwahrlosung seines eigenen Besitztums viel Not und Leid.

Holland erkannte schließlich, daß der ständige Raubbau mit den Boden- und Arbeitskräften der Kolonien zu keinem guten Ende führen würde. Aus den Kreisen der Wissenschaft und Politik erhoben sich warnende Stimmen. Man sprach von europäischer Kulturträgerpflicht, von einer „Ehrenschild“ gegenüber den Besitzungen im fernen Osten. Man forderte ein Mitbestimmungsrecht der Eingeborenen an der Verwaltung und Regierung der Inseln. Seit dem letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts ist allenthalben eine gewisse Neuordnung der Verhältnisse in Niederländisch-Indien zu verzeichnen. Das große Agrargesetz regelte die Besitzverhältnisse der meist Landbau treibenden Bevölkerung. Der Schutz des Inländers gegen die wirtschaftlichen Interessen der Europäer bei Bodenkauf und Bodenpacht stand hierbei im Vordergrund. Das Schulwesen, das bis dahin sehr im argen lag, mußte neu geregelt werden. Für die Erziehung des Nachwuchses der europäischen Kolonisten und Regierungsbeamten ist nunmehr gut gesorgt. Das Problem bleibt nach wie vor der Unterricht für die Eingeborenen. 93% der inländischen Bevölkerung sind heute noch Analphabeten, eine Tatsache, die nach der langen Kolonialherrschaft immerhin zu denken gibt. Neben den staatlichen Schulen dienen der Heranbildung mehrere Institute der inländischen Organisationen.

### Das wirtschaftliche Rückgrat

Das Ergebnis der wirtschaftlichen Ausbeute der Kolonialbesitzungen war bislang für Holland recht befriedigend. Ein Drittel seines Volksvermögens stammt aus Niederländisch-Indien. Wer das Kolonialmuseum von Amsterdam besucht, die Marmorpracht des großen Institutes an der Mauritzkade auf sich wirken läßt, die Villenviertel der ehemaligen Kolonisten und Regierungsbeamten von Übersee im Haag durchwandert, dem tritt der Reichtum, der vom fernen



Osten in die Niederlande strömte, konkret vor Augen. Mehrere hundert Millionen Gulden an Erträgen aus den Kautschuk-, Tabak- und Zuckerplantagen, den Zuckerraffinerien, Zuckerbergwerken und Petroleumquellen wandern jährlich ins Mutterland. Rund 200 Zuckergesellschaften bestanden 1926 auf Java, arbeiteten mit einem Anleihekapiel von  $\frac{3}{4}$  Milliarden und produzierten zirka 2 Millionen t. Seit 1883, dem Jahre der ersten Petroleumskonzession in Langkat an der Ostküste Sumatras hat sich die Niederländisch-Indische Petroleumindustrie gewaltig ausgedehnt. Die königlich-niederländische Gesellschaft, unter dem Namen der „Koninklijke“ bekannt und mit der britischen Shellgruppe engstens verbunden, besitzt zahllose Quellen im Bereich des Archipels. Handel und Verkehr der Niederlande nehmen im hohen Maße Anteil an der wirtschaftlichen Erschließung der Kolonien. Große Industrien in Holland sind auf den Absatz in Südostasien basiert. Luftfahrt und drahtlose Telephonie haben räumlich die Welten noch näher gebracht, 150 000 Niederländer auf Madoera, Java und den Außenbesitzungen ihren Beruf und lohnende Arbeit gefunden.

Den mannigfachen Vorteilen, die der enge Konnex zwischen Holland und der malaiischen Inselwelt bietet, stehen erhebliche Nachteile gegenüber. Sie wirken sich, wie vielfach in den Kolonialgebieten, beispielsweise in (Französisch-Äquatorialafrika, Britisch-Indien) in erster Linie ungünstig auf die Eingeborenen aus. Die Bevölkerung Javas, 70 % der Gesamtbevölkerung Niederländisch-Ostindiens, wurde durch die Ausbreitung der Plantagenwirtschaft stark proletariisiert. Beim Inländischen Kleinbesitz, dem Gros der Inländer auf Java, erbringt der Feldertrag nur in seltenen Fällen das für unsere europäischen Begriffe so außerordentliche niedrige Existenzminimum. Hinzu kommt der Druck des weitverbreiteten Vorschußsystems, das den Beliehenen leicht in die Gewalt des Geldgebers drängt und ihn für Forderungen von Land, Produkten und Arbeit gefügig macht. Nach den jüngsten Regierungsberichten beträgt das durchschnittliche Familieneinkommen der Eingeborenen 225 Gulden pro Jahr. Pro Kopf wird es auf 45 Gulden berechnet. Auch bei der Bauern- und Landarbeiter-schicht beläuft sich die Lohnbesteuerung auf über 10 %. Außerdem sind eine Anzahl von Sondersteuern, Herrendiensten und Desalasten, d. h. Leistungen für die Gemeinde, zu entrichten.

In den holländischen Kolonien besteht zur Zeit noch eine Art Zwangsarbeit. Wie in den Teeplantagen von Darjeeling und Assam in Britisch-Indien stehen in den Außenbesitzungen des malaiischen Archipels, namentlich auf

Sumatra annähernd 350000 Kulis, meist aus dem überfüllten Java, für einen Tagelohn von 40—50 cts in jahrelangem festen Dienst. Durch den Abschluß des Arbeitskontraktes treten die Angeworbenen in den Machtbereich der „Poennale Sanctie“ d. h. einer Möglichkeit, den Arbeiter bei Dienstverweigerung oder Flucht strafrechtlich zu verfolgen. Die hohe Zahl der Verurteilungen — die Kriminalstatistik schätzt sie auf 30000 — hatte auch im Mutterlande ernste Auseinandersetzungen über die Fortsetzung dieses Arbeitssystems im Gefolge.

### Und die Eingeborenen?

Das Erwachen des Ostens, die große weltpolitische und weltwirtschaftliche Frage unseres Jahrhunderts, die mit dem Sieg der Japaner über das Russenreich begann, in der chinesischen Revolution sich offenbarte und durch Ghandis Weckruf zur Homerule, der Selbstverwaltung, das Millionenvolk Britisch-Indiens aufrüttelte, ging auch an den Eingeborenen des Malaiischen Archipels nicht spurlos vorüber. Die ersten Regungen einer inländischen Bewegung zeigten sich bereits in den letzten Vorkriegsjahren. Der Boedi Oetomo, „das schöne Streben“, stellte sich auf rein kulturellen Boden. In der Erziehung sah er das beste Mittel zur Erziehung des javanischen Volkes. Er blieb auf den relativ kleinen Kreis der inländischen Intellektuellen beschränkt. Anders der „Sarekat Islam“. Seine Ziele waren religiöser, vor allem aber politischer Art. Seine Bestrebungen richteten sich zunächst gegen die Chinesen, die in weitem Umfange in Niederländisch-Ostindien die Handelsfunktionen übernahmen und mit deren kaufmännischer Begabung der Inländer in keiner Weise sich messen kann. Die Bewegung wuchs, griff von Java auf die übrigen Inseln über und trat während des Krieges mit einigen hunderttausend Mitgliedern an die Aufgabe einer internationalen Einigung heran. Sie gab den Anstoß zur Errichtung eines Parlamentes, des sogenannten Volksrates, im Jahre 1918. Der Waffenstillstand und die Umwälzungen in Europa, die auch an den Niederlande keineswegs spurlos vorübergingen, drängten die Kolonialregierung zum eindeutigen Versprechen, künftig weitgehend die Belange des Inländers zu wahren. Der Volksrat, seit kurzem mit einer inländischen Mehrheit versehen, trägt vorerst noch beratenden Charakter.

Unstimmigkeiten innerhalb der großen inländischen Organisation, die Kämpfe zwischen den gemäßigten und radikalen Gruppen ergaben eine Spaltung, die schließlich den linken Flügel zum Kommunismus führte. In den letzten Jahren trat die Nationalindonesische Partei in den Vordergrund, die nun wieder die



mannigfache Vereinigungen der Eingeborenen zu sammeln sucht. All diese nationalen Regungen, die letztlich ein „Indonesia Merdeka“ ein freies Indonesien erstreben, bereiten dem Mutterlande große Sorgen. Holland weiß, was auf dem Spiele steht. Die strenge Regierung des Generalgouverneurs Fock hat Unruhen und Aufstände im Gefolge. Ob man in Zukunft einer größeren Verständigungspolitik die Wege bahnt, steht noch dahin.

OSKAR INDRA:

*Die Eingeborenenmehrheit im Niederländisch-Indischen Volksrat*

Das Problem

Durch das Gesetz vom 16. Dezember 1916 besitzt Niederländisch-Indien eine Art Parlament, das jedoch keine gesetzgebende Macht ausüben kann, sondern dem Landvogt, wie die Holländer den Generalgouverneur nennen, nur beratendes Organ, vor allem was den Staatshaushalt betrifft, zur Seite steht. In dieser Körperschaft von ursprünglich mindestens 39 Mitgliedern, die zum Teile ernannt, zum Teile gewählt wurden, waren etwa  $\frac{3}{8}$  aus den Kreisen der Eingeborenen genommen, während der Rest die Mehrheit der europäischen Stimmen garantierte. Der Volksrat wurde am 18. Mai 1918 durch den Generalgouverneur im Herzogspark in Batavia feierlich eingesetzt und tagte am 21. Mai 1918 zum ersten Male.

Im Februar 1926 wurde durch den damaligen Kolonialminister De Graaff in der Zweiten Kammer in Den Haag ein Regierungsantrag eingebracht, als den Volksrat für Niederländisch-Indien auf 55 Stimmen mit einem Stimmenverhältnis von 25 zu 30 Stimmen zugunsten der Eingeborenen zu erweitern. Dieser Antrag kam zu Fall durch einen Abänderungsantrag des Abgeordneten Feber, eines leitenden Mitgliedes der römisch-katholischen Partei. Der Antrag Feber brachte ein Stimmenverhältnis von 30 zu 25 Stimmen zugunsten der europäischen Volksratmitglieder, so daß die europäische Mehrheit im Volksrate zum zweiten Male gesichert war.

Im Oktober 1928 jedoch war die Zweite Kammer wiederum genötigt, sich mit der Frage der Eingeborenenmehrheit zu beschäftigen. Durch den Volksrat von Niederländisch-Indien selbst war diese Frage auf das Tapet gebracht worden, und der Generalgouverneur hatte sich dem entsprechenden, den Eingeborenen günstigen Vorschlage angeschlossen. Es lag der Zweiten Kammer nunmehr ein erneuter Regierungsantrag auf Einführung der Eingeborenenmehrheit im

Niederländisch-Indischen Volksrat vor. Obwohl der Antrag eigentlich nur von den linksstehenden Parteien in der Kammer wirklich begrüßt wurde, kam er bei der Abstimmung doch mit der überwältigenden Mehrheit von 67 zu 10 abgegebenen Stimmen zur Annahme, da der Volksrat an die Annahme oder Abweisung des Vorschlages die Vertrauensfrage für den regierungsfreundlichen Teil der eingeborenen Bevölkerung Insulindes geknüpft hatte. Das Odium der Kränkung und damit der Entfremdung dieser Bevölkerungsgruppe nahm niemand gerne auf sich, und so kam es, daß auch der Großteil der Rechtsparteien für den Antrag stimmte. Es war gewiß nicht lautere Zustimmung, die der Minister in Anbetracht der geschaffenen Zwangslage zu hören bekam. Doch auch der Abgeordnete Feber sah sich veranlaßt, als Mitglied seiner Partei gegen seine frühere Überzeugung diesmal für die Eingeborenenmehrheit zu stimmen. Bei der gewaltigen Stimmenzahl, die der Antrag auf sich vereinigte, ist die Zustimmung der Ersten Kammer vollkommen sicher und nur mehr eine bloße Formsache; die Gesetzwerdung der Eingeborenenmehrheit im wichtigsten Vertretungskörper Niederländisch-Indiens nur mehr die Frage von Monaten.

Die Nachricht von diesem Ereignis wird von den Kolonialholländern mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Obwohl man den Pessimisten, die ein rasches Einstürzen des kolonialen Bauwerkes voraussagen, im allgemeinen wenig Glauben schenkt, scheint einige Besorgnis um die Dauerhaftigkeit der holländischen Herrschaft im Archipel doch Gemeingut weiter Kreise geworden zu sein.

### Zusammenhang mit der panasiatischen Bewegung?

Der Weltkrieg, der von den Alliierten für „die wahre Demokratie und die Selbstbestimmung der Völker“ geführt worden war, hat unter den farbigen Rassen der ganzen Welt eine Erregung erzeugt, die auch außerhalb Asiens den kolonialen Mächten die schwersten Aufgaben für die nächste Zukunft stellen wird. So hat die panasiatische Bewegung auch in den niederländischen Besitzungen Fuß gefaßt. Daß unter dem Worte „panasiatische Bewegung“ die Gesamtheit aller den Europäern feindlich gesinnten Strömungen unter den Asiaten zu verstehen ist, hat Chinas Beispiel bewiesen, wo die Errichtung der nationalen Einheit erst unter der Flagge des Kommunismus begonnen wurde, den man später ohne schwere Störungen wieder über Bord warf. Für Insulinde kam zu den Unterströmungen der panasiatischen Bewegung nicht nur der Kommunismus, sondern auch der Panislamismus hinzu. Kennzeichnend für die Richtigkeit dieser Behauptung ist die Tatsache, daß gelegentlich der Unruhen



im November 1926 die Kommunisten für den Fall eines Gelingens ihres Anschlages die Übergabe der Leitung an die über mehr Intelligenz verfügenden Nationalisten planten, während Anhänger des Islam in ihren Moscheen für den Sieg der Kommunisten beteten. Einer der Leiter der nationalen Bewegung schlug bei anderer Gelegenheit allen Ernstes ein Zusammengehen mit den Chinesen vor, obwohl diese bei ihrem größeren Fleiß und ihrer größeren Tüchtigkeit von den Malaien als erfolgreiche und darum gefährliche Mitbewerber im zukünftigen Daseinskampf gefühlsmäßig unfreundlich und mit einer gewissen Geringschätzung angesehen werden.

Die Aufgabe Hollands wird sein müssen, die Geschwindigkeit, mit der der Unabhängigkeitstraum kolonialer Völker sich in seinem asiatischen Inselreich durchzusetzen sucht, zu bremsen und in vernunftgemäße Bahnen zu lenken. Nur so wird es den Holländern möglich sein, sich die wohlverdienten Früchte ihrer kolonialen Kulturarbeit zu sichern — auch bei zunehmender politischer Freiheit der Eingeborenen —, ihr Kapital, ihren Handel und ihre auf die Kolonien eingestellte Industrie vor schweren Erschütterungen zu schützen und — dies sei ausdrücklich festgestellt — auch die beherrschten Malaien vor katastrophalen Überstürzungen zu behüten.

Die malaiischen Nationalisten, die durch ein ausgebreitetes System von durch die Holländer ins Leben gerufenen Schulen etwas zu rasch mit europäischen Ideen vollgepfropft wurden, überschätzen sich selbst ganz gewaltig. Ihr Vergleich mit den Britisch-Indiern stimmt nicht zur Gänze, da sie von der politischen Schulung der letzteren weit ab sind. Trotzdem wird natürlich keine der kommenden Phasen im Unabhängigkeitskampf Britisch-Indiens auf Insulinde ohne Rückwirkung bleiben. Noch viel weniger können die Malaien einen Vergleich mit ihren malaio-mongolischen Halbbrüdern, den Japanern, bestehen. Die Japaner besitzen eine geistige Schaffenskraft und einen Tätigkeitsdrang, die den Malaien in diesem Ausmaße fremd sind. Jene sind durch ihren Lebensraum außerhalb des üppigen und doch erschlaffenden Tropengürtels, auf einer von Naturgewalten fortwährend bedrohten Inselwelt im Daseinskampf gestählt. Dazu kommt als wichtigster Unterschied, daß die Japaner eine einheitliche Nation sind, während man von den Bewohnern des malaiischen Archipels kaum als von einer einheitlichen malaiischen Rasse, keineswegs aber als von einem einheitlichen Volke sprechen kann. Auch würde das plötzliche Ausschalten des holländischen Kapitals durch eine Katastrophenpolitik für die am dichtesten bevölkerte Insel, für Java, für die Eingeborenen selbst die unheilvollsten Folgen

bringen. Bei Java, dessen Größe mit der des Königreiches Rumänien vor dem Kriege übereinstimmt, ist bei seinen 35 Mill. Einwohnern von einer wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit keine Rede mehr. Die Urbarmachung des Landes hat dabei ihre Grenze beinahe erreicht, da ein weiteres Roden der Bergwälder einen Wassermangel in der Zeit des trockenen Ostmonsuns zur Folge hätte. Es ist nur die intensive Plantagenwirtschaft der Holländer und ihre Beziehung zur Weltwirtschaft, die Java in Stand setzt, die gewaltige Anzahl Menschen auf kleinem Raum zu ernähren. Ein Zugrundegehen dieser Wirtschaftsform würde den Bewohnern der Insel schwere Zeiten des Darbens und des Bevölkerungsrückganges bringen.

### Ein Vorschlag des Ministers H. Colijn

In den Tagen, in denen die Eingeborenenmehrheit im niederländisch-indischen Parlament in Holland und Insulinde allerorten lebhaft besprochen wurde, ist von dem früheren Kolonialminister H. Colijn ein Buch erschienen, das zu dem Probleme Stellung nimmt. Dieses Werk „Koloniale Vraagstukken van Heden en Morgen“ (Koloniale Fragen von Heute und Morgen), Herausgeber De Standaard, Amsterdam 1928, sieht den Hauptfehler des ganzen Systems darin, daß im Volksrat ungerechtfertigte und dabei verantwortungsfeie Kritik ausgeübt werden kann, die geeignet sein könnte, die öffentliche Meinung gegen die bestehende Regierung zu beeinflussen. Niemals jedoch würde die Opposition gezwungen sein, zu beweisen, daß ihre Kritik wirklich berechtigt wäre und daß sie selbst es besser machen würde, da sie bei der rein beratenden Stellung des Volksrates ja nicht in die Lage käme, ihre eigenen Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen. Colijn schlägt eine gründliche Änderung der Staatsgrundgesetze Niederländisch-Indiens vor. Er sähe Insulinde gerne in einzelne — er denkt etwa an vier —, einigermaßen selbständige Kolonialstaaten geteilt, denen er den Namen Insel-Gouvernements gibt. Die zwei ersten autonomen Inselstaaten, die er hiefür reif genug erachtet, wären Java mit 35 und Sumatra mit 10 Mill. Einwohnern. Über diesen Insel-Gouvernementen würde wie bisher die zentrale indische Regierung stehen, verkörpert in der Person des Generalgouverneurs und ergänzt durch einen an Mitgliederzahl kleiner gewordenen Volksrat, der nach wie vor nur einen beratenden Wirkungskreis behielte. Der Inselstaat würde verwaltet durch einen Gouverneur zusammen mit einem eigenen Volksrat dieses Inselstaates selbst. Diesem Unterparlament wäre jedoch in bestimmten Dingen eine gesetzgebende Macht einzuräumen. Colijn hat hier die



folgenden Aufgaben im Auge: Regelung der Verwaltung und des Unterrichtes nach allgemeinen durch die zentrale Regierung aufzustellenden Grundsätzen; die öffentlichen Arbeiten mit Einschluß der Bewässerung des Landes (in den Monsunländern von außerordentlicher Bedeutung); die Sorge für den einheimischen Ackerbau; die Einhebung der Steuern. Durch diese weitgehende Autonomie hofft er die Eingeborenen politisch zu wirklicher Mitarbeit zu erziehen.

Sein Vorschlag hat gewiß etwas Bestechendes an sich, um so mehr, als die Insel-Gouvernements nicht alle gleichzeitig eingesetzt zu werden brauchten, sondern nacheinander in dem Maße, als der Bildungsgrad der Bevölkerung dies möglich und wünschenswert macht. Doch erinnert diese Idee ein klein wenig an den Wahlspruch: „Teile und herrsche!“, mit dem die Habsburger so geschickt ihre Monarchie durch Jahrhunderte zusammenhielten und den die Engländer so klug in ihrem indischen Reiche und in dessen Randstaaten anzuwenden wissen. Dabei war bei der ersten Aufrichtung des Volksrates sicher der Gedanke mit maßgebend gewesen, gerade die verschiedenartigen Stämme zu einer Interessengemeinschaft zu erziehen. Der Vorschlag Colijns wäre also ein Abweichen von einem einmal eingeschlagenen Weg. Auch ist er durch die Annahme der Eingeborenenmehrheit in der Zweiten Kammer überholt, da diese Mehrheit sich doch sicherlich alle Mühe geben wird, um die Rechte, die Colijn den Inselvolksräten zugedacht hat, für den allgemeinen Volksrat zu erreichen. Colijns Vorschlag bedeutet also gewissermaßen einen Schritt zurück, der ohne schwere Störungen kaum möglich wäre. Obendrein ist bei überlegener Leitung eine ruhige und stetige Entwicklung im Volksrat selbst keineswegs ausgeschlossen, da es noch lange nicht gesagt ist, daß alle eingeborenen Mitglieder in der Opposition zu finden sein werden. Holland hat vor allem in einem Großteile der eingeborenen Aristokratie eine machtvolle und für die Verwaltung des Landes überaus wertvolle Stütze.

Colijn empfiehlt außerdem zum Studium der niederländisch-indischen Verfassung die Entsendung eines Studienausschusses, ganz im Sinne der Simon-Kommission, ein Beweis mehr für den starken Einfluß Britisch-Indiens auf Insulinde. Diese Entsendung wäre gewiß sehr zu begrüßen. Niederländisch-Indien ist zwar gesegnet mit tüchtigen Handelsleuten, Pflanzern und Beamten; Holland selber hat es jedoch an klugen, weitblickenden, politischen Persönlichkeiten in den letzten Jahrzehnten neuen Aufstieges nicht gefehlt. Es wird ihm wohl auch diesmal gelingen, seiner Schwierigkeiten Herr zu werden, wenn

es daran nicht etwa gehindert werden sollte durch einen gewaltsamen Anstoß von außen oder durch seine eigene politische Zerrissenheit, die es mit den meisten europäischen Staaten gemein hat und die man füglich als europäische Krankheit bezeichnen könnte.

WALTER SCHNEEFUSS:

*Das Gesetz der Nachbarfeindschaft*

Es ist zweifellos eine der wichtigsten Aufgaben der Geopolitik, weltweite Zusammenhänge aufzuzeigen und nach einem bekannten Wort ein „Denken in Kontinenten“ zu lehren. Es ist aber nicht weniger ihre Aufgabe, auch die natürlichen Voraussetzungen des politischen Geschehens im kleinen aufzusuchen und Gesetze nicht nur für Entwicklung der Jahrhunderte, sondern auch für Konstellationen des Augenblicks festzustellen, wenn solche zu erkennen sind. Und es hat den Anschein, als ob ein solches Gesetz tatsächlich existiere und ebenso stark, wenn nicht stärker als alle Voraussetzungen des Bodens, des Klimas, des Blutes usw. die Stellung der Staaten zueinander bestimme. Nicht dynamischen Gesetzen der Entwicklung, sondern einem statischen der jeweiligen Gegenwarts Lage sei hier nachgegangen.

Es ist das auf der Hand liegende und in seinen Wurzeln leicht zu verfolgende Gesetz einer latenten Feindschaft der Nachbarn, dessen Auswirkungen in der Gegenwart hier untersucht werden sollen. Der einfache Streit um die Weideplätze im Anfang staatlichen Geschehens setzt sich fort, wenn zwei Stämme, Völker, Staaten, Reiche um ein Stück Land zwischen ihnen streiten, auf das jeder Rechte zu haben glaubt oder das er kraft seiner Stärke beansprucht. Und ist es nicht nackte Eroberung, dann ist es der Streit um Rechte, Erbrechte zumal, wie sie überall umstritten werden, an der Grenze aber leicht zwei ganze Nachbarreiche gegeneinander führen können. Ist es nicht der Gewinn an Land und Menschen an sich, verstärkt vielleicht durch Bodenschätze und andere Reichtümer, der zu Krieg und Eroberung lockt, so ist es der Wunsch nach Abrundung des eigenen Gebietes, nach Ausfüllen einer geographischen Einheit, nach Gewinn einer guten Grenze, etwa eines Flußlaufes oder eines Gebirgszuges. Und hat man diese, strebt man weiter nach Brückenköpfen, Paßübergängen, Einfallspforten in das andere Land, zunächst nur zu friedlichen Handelszwecken; später aber wünscht man als Sicherung, als Schutz



dieser Brückenköpfe ein Vorland, ein Glacis, wenn möglich von einem bis zum nächsten Stützpunkt: d. h. man trachtet nach dem Gegenufer und überschreitet so wieder die einmal gewonnene „natürliche“ Grenze.

Nun wird sich selten ein solcher Nachbarkampf in so einseitiger Weise abspielen, daß immer nur ein Teil vorschreitet und sich ausdehnt; meist gibt es zum mindesten Rückschläge, ein Stück Land wechselt mehrmals den Besitzer, und damit treten dann neue Ansprüche, neue Rechtstitel auf: jetzt gilt es, zurückzuerobern, was man einmal besessen hat. Der Ausdehnungsdrang der Völker und Staaten findet in historischen Ansprüchen, in „Revanche“-Hoffnungen neuen Antrieb — und die Feindschaft wird verewigt. Der Besiegte aber wird, wenn er sich zum Rachekrieg nicht stark genug fühlt, der Sieger, weil er eben diesen Rachekrieg fürchtet, sich um Bundesgenossen umsehen und sie natürlich bei jenen Staaten finden, die in der gleichen Lage sind wie er, also bei den Nachbarn seines Nachbarn.

So entsteht als grundsätzlicher Zielpunkt jeder Bündnispolitik ein übergreifendes Bündnis, mit möglichst vielen Nachbarn, letzten Endes eine Einkreisung des Gegners, zum mindesten ein Zweifrontenkrieg, wie er sich in der deutschen Geschichte ja immer wieder wiederholt hat. Hat doch Frankreich seine Bundesgenossen von alters her im Osten gesucht, bei Polen, Ungarn und Türken; es ist kein Zufall, daß der Raub Straßburgs (1681) und die Türkenbelagerung Wiens (1683) zeitlich fast zusammenfielen. Andererseits hat Österreich, die damalige Vormacht in Deutschland, seine Verbündeten im Rücken Frankreichs, in Spanien und England gesucht und gefunden — vom Weltreich Karls V. bis zur Schlacht bei Waterloo. Auch heute erleben wir Deutschen sehr fühlbar Ähnliches: in unserm Rücken stehen mit ihren von Frankreich ausgerüsteten Heeren Polen und die Tschechoslowakei als Frankreichs Bundesgenossen. Und andererseits stand Frankreich eigentlich seit dem Weltkrieg in ständigem Gegensatz zu seinen Nachbarn, England, Deutschland, Italien und Spanien, deren Ring sich einmal sogar drohend schloß und Frankreich zum Aufgeben seines Ruhrabenteuers zwang, freilich entscheidend unterstützt von der durchschlagenden Geldmacht der Vereinigten Staaten.

#### 1. Bestätigung: Das europäische Bündnissystem

Somit läßt sich aus dem Gesetz der Nachbarfeindschaft die Gliederung Europas oder vielmehr seine Spaltung in zwei Lager entwickeln, jenes der Anhänger und jenes der Gegner Frankreichs. Das letztere setzt sich allerdings aus drei

verschiedenen Gruppen zusammen, die untereinander durchaus nicht allzueng verbunden sind: es sind das das Bündnissystem Italiens, die Freundschafts- und Gefolgschaftsstaaten Englands und isoliert, dank seiner Entwaffnung keines Bündnisses gewürdigt und auch kein solches suchend, das Deutsche Reich. Aber in den Entscheidungsstunden des Ruhrkampfes hat sich doch das Gesetz gemeinsamer Nachbarfeindschaft als stärker erwiesen als die Bündnisse des Weltkrieges, und England sprang dem erliegenden Reiche bei.

Wir müssen uns aber klar sein, daß dieses Gesetz nicht lückenlos und nicht zu allen Zeiten wirksam ist. Diplomatische Künste, bestimmte Stärke- oder Schwächegruppierungen, gemeinsame Augenblicksziele mögen es beeinträchtigen, einzelne Staaten mögen sich ihm entziehen, aber ein Überblick über die Staaten der Welt und ihre Gruppierung wird uns doch dieses Gesetz als grundlegend zeigen. Festzuhalten ist dabei, daß ein Meer wirklich eine trennende Schicht darstellt und Staaten am Gegenufer sehr oft Freunde sind, wie wirkliche Nachbarn es nicht werden; nur wenn das Meer zur engen Straße wird und beiderseits ein mächtiger Staat steht, dann schwindet seine trennende Kraft und das Gesetz der Nachbarfeindschaft tritt auch hier in Erscheinung. Freilich wurde in alten und neuen Tagen der Gegensatz Frankreich — England, dessen Spuren wir durch ganz Europa verfolgen können, durch zahlreiche Reibungen an der ausgedehnten gemeinsamen Grenze in afrikanischen und neuestens auch vorderasiatischen Kolonien verschärft.

Auf dem europäischen Festland müssen wir zunächst feststellen, daß Belgien seit dem Weltkrieg nicht mehr als selbständiger Faktor in Betracht kommt; aus seiner durch den Druck der drei Nachbargroßmächte bedingten neutralen Stellung hat es sich durch innigsten Anschluß an Frankreich herausbegeben; so fest ist die Bindung, daß beide in Europa und Afrika als eine Einheit erscheinen. An beider Westgrenze steht unbekümmert um Entspannungsversuche von Locarno und Thoiry der Gegensatz zum Deutschen Reich, der den Angelpunkt europäischer Politik bildet und letzteres zum natürlichen Sekundanten Englands in jedem Konflikt mit Frankreich machen würde. Auch Belgiens nördlicher Nachbar, Holland, wird in Englands Arme gedrängt, mit dem es viele reiche Wirtschaftsverbindungen (Royal dutch Shell Cie!) verknüpfen, während es mit Belgien und damit auch mit Frankreich im steten Konflikt über die Scheldemündung lebt. Zum deutschen Nachbarn besteht, angesichts der Einreihung beider in das antifranzösische System, kein Gegensatz, aber auch (als Nachbarn!) keine über kühle Achtung hinausgehende Freundschaft.



Dagegen hat Frankreich seine ausgesprochenen Bundesgenossen in den östlichen Nachbarn und Gegnern des Deutschen Reiches, in Polen und der Tschechoslowakei gefunden, und dieser Gegensatz ist so heftig, daß er sogar die bestehende und oft aufzüngelnde Feindseligkeit dieser beiden benachbarten Staaten überdeckt. Auch Deutschlands Nachbar im Norden, Dänemark, würde geopolitisch in das französische System gehören und an französischen Bündnislockungen hat es nicht gefehlt; aber die allgemeine Neutralität der skandinavischen Völker hat hier keine Parteinahme zugelassen. Gelegentlich tritt eine Sympathie für Frankreich, dem man Nordschleswig verdankt, oder die Tschechoslowakei (Fliegerbesuche) zutage und zweifellos besteht, wenn auch in sehr honetten Formen, ein Gegensatz zu Deutschland (Nordschleswig), Norwegen (Streit um Ostgrönland) und England, von dem man eine Unterstützung der isländischen Unabhängigkeitsbewegung argwöhnt. (Hier am Rande des Eismeereres tritt diese nachbargegnerische Einstellung deutlich in der geographischen Reihenfolge zutage: Kanada englisch, Grönland dänisch, Island trotz der Personalunion in einem vielleicht von England genährten Gegensatz zu Dänemark, Fär Öer dänisch, englische Inseln.)

Norwegen steht stark unter britischem Einfluß, seit es Kolonialstaat geworden ist (Bouvetinsel im südlichen Eismeer) noch stärker als früher. Demgemäß müßte Schweden im andern Lager zu finden sein, doch scheint hier seit dem Weltkrieg jeder Gegensatz verschwunden und Schweden in die Rolle einer aus eigenem Entschluß wirklich neutralen Macht eingerückt zu sein. Im Osten besteht noch vom Streit um die Aalandsinseln her ein Gegensatz zu Finnland, das sich als Nachbar und wachsamer Gegner Rußlands der Sympathien des englischen Staates erfreut. Dasselbe gilt in noch erhöhtem Maße für das südlich des finnischen Meerbusens gelegene Estland, das auch die Freundschaft des stammverwandten Finnlands (Rettung Revels bei der Bolschewikeninvasion) und Deutschlands (Kulturautonomie für die deutsche Minderheit) genießt und auch den bis an den Rand des Krieges (Streit um die Stadt Walk) getriebenen Gegensatz zum lettischen Nachbarn durch eine Zollunion allem Anschein nach überwunden hat.

Gleichwohl gehört Lettland noch immer eher zum französischen System. Hat es doch im Jahre 1919 dem wehrlosen Deutschen Reich den Krieg erklärt und seither mit Polen verschiedene Abkommen gegen den gemeinsamen russischen Nachbarn geschlossen. Ein weiterer gemeinsamer Gegensatz besteht zu dem unruhigen Litauen, das mit Polen in einem latenten Kriegszustand lebt

und, da es sich durch die Behandlung des Memellandes auch den deutschen Nachbarn entfremdet hat, nur bei England oder Rußland Anlehnung finden kann und abwechselnd sucht. Englands Stellung im Osten wird vor allem durch seinen von Asien herstammenden und dort zu besprechenden Gegensatz zu Rußland bestimmt, so daß es dessen Nachbar und Gegner Polen freundlicher gegenübersteht, als sonst bei einem so ausgesprochen französischen Vasallenstaat zu erwarten wäre. Ähnliches gilt für Rumänien, doch ist dieses nur an Polen, nicht direkt an Frankreich gebunden. Gemeinsames Interesse und gemeinsamer Gegensatz zum ungarischen Nachbarn hat Rumänien auch in ein Bündnis mit den anderen beiden Vasallen Frankreichs, der Tschechoslowakei und Südslawien geführt, der sog. „Kleinen Entente“. Die französische Hegemonie ist stark genug, den Nachbargesetz zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu unterdrücken, die sonst beide mit Ausnahme der kurzen rumänischen Grenze ringsum verfeindete Nachbarn sitzen haben. Ähnliches gilt für Südslawien, für dessen Politik der Gegensatz zu Italien bestimmend ist.

Hier wiederholt sich die Lage Deutschlands. Zwischen Frankreich und Südslawien eingeklemmt, ist Italien in die Arme Englands gedrängt und sucht seine eigene Einkreisung durch jene des östlichen Nachbarn zu paralysieren. So hat es jenseits der Adria Albanien zu einem vasallenhaften Bundesgenossen gemacht, so schloß es seinen Vertrag mit dem von der „Kleinen Entente“ fast völlig eingekreisten Ungarn, so nähert es sich dem mit dem rumänischen, südslawischen und griechischen Nachbar in Feindschaft lebenden Bulgarien. Durch seine Nachbarschaft und Gegnerschaft zu diesem wie zu Albanien und den italienischen Besitzungen im Ägäischen Meer wird Griechenland an die Seite Südslawiens, seines Bundesgenossen aus dem Balkankriege, gedrängt, hat aber auch mit diesem genug Nachbarreibungen, um ein unsicherer Kantonist im französischen System zu sein. Tatsächlich hat es auch als Vasall Englands den Krieg mit der Türkei geführt, die damals Parteigänger Frankreichs war, heute aber durch nachbarliche Reibungen mit Frankreich in Syrien wie mit England (Mossul) und Italien (Dodekanes) in eine vielumworbene Neutralität gedrängt wurde, wie sie ähnlich heute auch für Griechenland bestimmend zu sein scheint.

In ähnlicher Weise zwingt das Gesetz der Nachbarfeindschaft auch Österreich zu einer absoluten Neutralität, die dem Willen seiner unbedingt zum Deutschen Reich strebenden Bewohner widerspricht, die am liebsten mit jenem



durch dick und dünn gingen (man denke an die in den schwersten Zeiten des Deutschen Reiches erfolgten Aktionen der Anschlußklärung vom 12. November 1918, der Volksabstimmungen von 1921, der „Deutschlandhilfe“ von 1923). Aber eingeklemmt einerseits zwischen Italien und Ungarn, andererseits zwischen der Tschechoslowakei und Südslawien, alles gleichermaßen feindselige Nachbarn, ist Österreich angesichts seiner wie des Deutschen Reiches derzeitiger Schwäche zu jeder aktiven Politik unfähig. Wenn es aber doch Schritte zu einer solchen unternimmt oder auch nur zu unternehmen scheint, geht eine Welle der Beunruhigung durch Mitteleuropa, die bei der Schwäche Österreichs keine Begründung hätte, wäre nicht seine Lage zur Neutralität prädestiniert. Dasselbe gilt, hier freilich mit dem Wunsch der Bevölkerung übereinstimmend, für die Schweiz, auf die der Druck Frankreichs (Savoyer Zonenstreit) wie Italiens (Irredenta im Tessin) wirkt, am wenigsten der des Deutschen Reiches. Immerhin scheint die Zugehörigkeit zweier Nachbarn zum englischen oder richtiger anti-französischen System die Schweiz am ehesten noch auf die Seite Frankreichs zu drängen.

Dagegen ist Frankreichs südwestlicher Nachbar, Spanien, der natürliche Bundesgenosse Italiens bzw. Englands, was sich auch in dem alten Streit mit Frankreich um die Tangerzone und die Grenzziehung in Marokko zeigt. England steht ferner, denn einmal ist das unangenehme Gibraltar ein Pfahl im Fleisch, und dann ist der Nachbar Portugal ausgesprochener englischer Vasall, so daß man Spanien als neutral ansehen kann, mit einer gewissen Zuneigung zum italienischen, d. h. englischen System.

Denn hier in Afrika setzt sich die europäische Lage fort, vor allem die Rivalität zwischen England und Frankreich, die hier ja überall lange gemeinsame Grenzen und Reibungspunkte haben, wie wir das auch in Vorderasien zwischen Französisch-Syrien und den englischen Mandatsgebieten Palästina, Kerak und Irak beobachten können. Aber auch Spaniens Besitzungen in Marokko, Westafrika und Guinea grenzen nur an Frankreich, so daß sich für sie eine Interessengemeinschaft mit England ergibt. Für Italien und Portugal, deren Besitzungen an englische wie französische (belgische) grenzen, gilt die europäische Zuordnung zum englischen System auch hier, für Portugal passiv, für Italien höchst aktiv (Grenzstreit zwischen Tripolis und Tunis, Anspruch auf die französische Sahara); Belgien wiederum zwischen England—Portugal und Frankreich bleibt auch in seiner Afrikapolitik der französischen Einstellung treu, zumal es für seinen wertvollsten Besitz hart an der Grenze englischen

Gebiets, den Kupferbezirk von Katanga, dessen Übergreifen zu fürchten hat. Von Interesse ist die Einstellung der beiden noch selbständigen Staaten: Absinien, fast überall von englischem und italienischem Gebiet umgeben und bedroht (Vertrag von 1926), flüchtet sich in den Schutz Frankreichs, mit dem es nur ein kleines Stückchen gemeinsamer Grenze besitzt; Liberia hingegen hat an seiner längeren gemeinsamen Grenze mit Frankreich offenbar weniger Reibungen als an der kürzeren mit England. Das findet seine Erklärung in seiner Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten von Nordamerika und damit in der Lage auf dem amerikanischen Kontinent.

## 2. Bestätigung: Die Bündnissysteme Englands und der U. S. A.

Dort finden wir noch deutlicher die beiden Systeme, denen sich alle Staaten nach dem Gesetz der Nachbarfeindschaft zuordnen, aber hier ist es das Gefolgschaftssystem der Vereinigten Staaten von Nordamerika und jenes des britischen Reiches. Die Stammesverwandtschaft dieser beiden Reiche sowohl wie die nationale und kulturelle Gleichartigkeit der in Betracht kommenden Staaten untereinander lassen hier auf dem Kontinent des Friedens die Gegensätze mit Gegnerschaften nicht so deutlich in Erscheinung treten, aber vorhanden sind sie auch hier. Charakteristisch ist die Lage im Norden: hier liegt das britische Kanada zwischen dem amerikanischen Alaska und der Union selbst, die britischen Bahamainseln zwischen dieser und den amerikanischen Vasallenstaaten Kuba, Haïti und San Domingo, südlich davon die britische Insel Jamaika. Ähnlich nun gliedern sich die Freundschaften in Mittelamerika: Mexiko, der um seine Freiheit besorgte Nachbar im Süden der amerikanischen Union wird zum Gegensatz zur Union gedrängt — vor dem Weltkrieg schien er bei Japan Anlehnung zu suchen; sein Nachbar Guatemala, an dessen Grenze ja auch Britisch-Honduras liegt, segelt im amerikanischen Kielwasser, hat z. B. unmittelbar nach Amerika dem Deutschen Reich den Krieg erklärt. Weiter südlich liegen die Republiken Honduras und Salvador, die sich der amerikanischen Union sehr abgeneigt zeigen und in regem Freundschaftsverhältnis zu dem englandfreundlichen Chile stehen. Dasselbe gilt von Costa Rica, während das dazwischen gelegene Nikaragua bereits ebenso amerikanischer Vasall geworden ist wie Panama am Südende der mittelamerikanischen Landbrücke.

In Südamerika sind die Gegensätze, die Reibungen nicht so ausgeprägt wie in Europa. Die geringe Bevölkerungsdichte, die großen, unbewohnten oder doch unerschlossenen Grenzgebiete wirken wie Isolierschichten um die einzelnen Staaten. Wohl hat es lange Streitigkeiten um die Festlegung eben dieser



Grenzen gegeben, auch Kriege, und damit andauernde Feindschaften — Nachbarfeindschaften — und Freundschaften, aber über Südamerika hinaus reicht eine solche Gruppenbildung nicht. Die Monroedoktrin oder vielmehr die Trennung durch Weltmeere hält jede Bindung an europäische Mächte fern und eine solche an die Vereinigten Staaten verhindert die Angst vor deren panamerikanischen Ausdehnungsplänen. Gegensatz zur Union hat auch die drei mächtigsten Staaten Südamerikas, Argentinien, Brasilien und Chile, zum sog. „ABC-Abkommen“ zusammengeführt, das einen Mantel des Friedens über Südamerika breiten sollte.

Jahrzehntelang wurde dieser Friede gestört durch den Streit zwischen Chile und Peru um die Grenzprovinz Tacna-Arica und begraben ist dieser Gegensatz auch mit der Teilung des umstrittenen Gebietes nicht, lebt doch auch die Erinnerung an den alten, längst bereinigten Grenzstreit zwischen Argentinien und Chile noch fort. Da nun auch noch ein Gegensatz zwischen Chile und dem von ihm vom Meere abgedrängten Bolivien besteht, so ist die Grundlage zu einer Entente Argentinien—Bolivien—Peru gegeben, wie sie auch tatsächlich besteht und nicht nur in Südamerika, sondern auch im Völkerbund in Erscheinung tritt, wo die drei Staaten jahrelang die gleiche Politik verfolgten: Mitarbeit im Sachlichen, ostentatives Fernbleiben von den politischen Tagungen. Nach außen hin ist Argentinien der stärkste Gegenspieler der Vereinigten Staaten und daher vielleicht am ehesten als englandfreundlich zu bezeichnen, was allerdings auch von Chile gesagt werden kann.

Demgegenüber sind in Brasilien, Argentinien's Rivalen um die Führerstellung in Lateinamerika, französische Sympathien vorhanden; ein langwieriger und noch immer nicht völlig bereinigter Grenzstreit trennt Brasilien von Peru und Bolivien, so daß sich eine Freundschaft mit Chile ergibt, ebenso mit Ekuador, von dem Peru fast ein Drittel seines Landgebietes beansprucht. Dieser Druck ist so groß, daß Ekuador nicht nur bei Chile, sondern auch bei seinem nördlichen Nachbar Kolumbien, mit dem es selbst auch einen Grenzstreit hatte, Anlehnung sucht. Demgegenüber müßte Venezuela wieder im gegnerischen (argentinischen) Lager gesucht werden — doch sind, wie gesagt, die Gegensätze und damit auch die übergreifenden Bündnisse und Freundschaften auf diesem jungen Erdteil nicht so scharf ausgeprägt wie in Europa. So sind die beiden kleinsten Staaten, die zwischen Argentinien und Brasilien liegen, Uruguay und Paraguay, ganz isoliert und im Gegensatz zu beiden großen Nachbarn: Paraguay, das auch an Bolivien grenzt, hat mit diesem einen

heftigen, gelegentlich akut werdenden Streit um die Grenzziehung im Gran Chaco.

Wenn so in Amerika eine sehr latente Gruppierung ohne Anschluß an eine Großmacht (außer dem nordamerikanischen Klientel) zu finden und in Europa und Afrika der Gegensatz zwischen England und Frankreich maßgebend ist, so beherrscht Asien der Gegensatz zwischen England und Rußland. Aber hier scheint das Gesetz der Nachbarfeindschaft auf den Kopf gestellt: die politische Signatur des Erdteils ergibt im Norden das russische Gebiet, im Süden die englische Einflußsphäre, zu der wir den holländischen Besitz in Australasien wie das formell im Vasallitätsverhältnis zu England stehende, tatsächlich sehr unabhängige Wahabbitenreich in Arabien zählen können, da es keine außenpolitischen Beziehungen zu anderen Großmächten unterhält. (Ähnlich das noch völlig neutrale Jemen.) Zwischen beiden Sphären aber breitet sich durch den ganzen Erdteil eine Kette von neutralen Pufferstaaten: Türkei, Persien, Afghanistan, China — und mit dem Pufferstaat Siam zwischen dem britischen und dem auch hier isolierten französischen Besitz in Hinterindien setzt sich das System fort.

Doch wird man den Begriff der Pufferstaaten ohne Schwierigkeiten in das Gesetz der Nachbarfeindschaft einreihen können, wenn man die Entwicklung als nicht abgeschlossen ansieht. Tatsächlich ist China noch immer in ungeklärter Lage und andauernden inneren Kämpfen, Afghanistan nach einem Thronkrieg, Persien erst seit wenigen Jahren zur Ruhe gekommen. Es hat also den Anschein, als ob diese Länder noch gar nicht als Mächte im politischen Sinn zu betrachten wären, sondern lediglich Objekte der Weltpolitik darstellten, eine Isolierschicht, durch die hindurch die Machtgebiete Rußlands und Englands tatsächlich aneinandergrenzen. Kräfte sind am Werk, um all diese Staaten zum „Erwachen“, d. h. zu staatlicher Selbsttätigkeit zu bringen, aber noch ist dieses Ziel nicht erreicht, noch stehen russische Truppen in der Mongolei, englische in Tibet, übrigens auch in Shanghai und anderen chinesischen Hafenstädten; Persien war lange Zeit von Truppen beider Mächte besetzt, und hier wie in Afghanistan wimmelt es von Agenten, Parteigängern und geheimen Vasallen beider Staaten (z. B. der Scheich-„Sultan“ — von Mohammerah in Südpersien). Nur die Türkei hat sich schon heute zweifellos endgültig aus der Machtsphäre der beiden Rivalen herausgerissen und nimmt eine jede Bindung sorgfältig meidende neutrale Stellung ein, die ihr auch durch ihre vielen Nachbarn vorgezeichnet ist, mit denen allen fast Gegensätze bestanden: Rußland in Kaukasien (Batum!), England in Mesopotamien (Mossul!),



Frankreich in Syrien (Aleppo) — zwischen diesen beiden auch hier Nachbarreibungen wie in Afrika —, Italien im Ägäischen Meer (Custelorzio), Griechenland in Europa (Karagatsch), nur mit Bulgarien nicht, während man mit Persien und Afghanistan sogar verbündet ist.

Über die chinesische Isolierschicht hinüber bestehen auch Gegensätze zwischen Rußland und Japan, die auch direkt aneinandergrenzen. Japan wird dadurch an England gewiesen, mit dem es bis zum Washingtoner Vertrag von 1922 verbündet war und seither auch geblieben ist, freilich in verwässerter Form und mit Zuziehung Amerikas und Frankreichs. Sein Gegensatz zu Amerika ist dadurch natürlich nicht ausgelöscht, schiebt sich doch dessen Besitz, die Philippinen, trennend zwischen Japans und Englands Machtgebiet — noch ein Grund mehr, diese beiden zusammenzuführen, und noch ein Beweis für die Allgemeingültigkeit des Gesetzes der Nachbarfeindschaft.

Fassen wir nunmehr alles Gesagte zusammen, so ergibt sich ein überwältigendes Bild der englischen Macht, die in Europa und Afrika mit Frankreich rivalisiert oder zusammenarbeitet, in welchem zweiten Fall es sofort keine Opposition mehr gibt; in Nordamerika mit der Union, in Asien mit Rußland, ohne daß diese drei Mächte einmal gemeinsame Front gegen England gemacht hätten, bindet es doch an den einen die Kameradschaft aus dem Weltkrieg und im Völkerbund, an den andern enge Stammesverwandtschaft, während der dritte, Rußland, gewollt und absichtlich außerhalb der Reihe aller andern Staaten verharret.

Es ergibt sich aber auch ein überwältigendes Bild von der fast keine Ausnahmen kennenden Gültigkeit des Gesetzes der Nachbarfeindschaft, die naturgemäß zu einem System der übergreifenden Bündnisse führt und in letzter Konsequenz die ganze Welt in die Gefolgschaftsgruppen einiger weniger Mächte teilen müßte. Soweit freilich wird dieses Gesetz keine praktische Bedeutung gewinnen, weil man die Zeit nicht bestimmen kann, in der sich ein solches System bildet und ausbreitet; aber die außenpolitische Stellung eines Staates erkennen und bestimmen zu können, dazu kann uns das Gesetz der Nachbarfeindschaft weitgehend behilflich sein.

GERHARD HERRMANN:

*Weltwirtschaftlicher Bericht*

Eröffnung der turkestan-sibirischen Eisenbahn. — Folgen des Boykotts ausländischer Waren in Britisch-Indien. — Sinken des englischen Einfuhranteils. — Zunehmende Bedeutung japanischer Baumwollgewebe auf dem indischen Markt. — Der deutsch-österreichische Handelsvertrag.

Mit der Ende April erfolgten Eröffnung der turkestan-sibirischen Eisenbahn dürfte eine der positivsten Einzelleistungen des Sowjetregimes vollendet sein. Da durch den Aufsatz von Toepfer (ZfG 1929, S. 391 f.) unsere Leser bereits mit diesem Projekt bekannt gemacht wurden, dürften hier einige kurze Hinweise genügen.

Bei einer Länge von ca. 2500 km verbindet die „Turksib“ Pischpek (Frunse) in Turkestan mit Semipalatinsk am Irtysch oder, wenn man die bereits bestehenden Endstücke einbezieht, Nowosibirsk an der Sibirischen Eisenbahn mit Taschkent, der Hauptstadt von Turkestan. Zwar ist das von der Bahn erschlossene Gebiet nur von ca. 5,5 Mill. Menschen bewohnt und fast die Hälfte des Bodens besteht aus noch nicht urbar gemachtem Land bzw. Sandwüsten. Konkrete Angaben über die wirtschaftliche Bedeutung der Bahn sind vorläufig schwer zu machen, da genaues Zahlenmaterial nicht verfügbar ist und die Behauptungen der Russen naturgemäß mit Vorsicht aufzunehmen sind. Wenn auch die Bahn heute noch eine Zukunftshypothek darstellt, so wird sie doch, selbst wenn man den russischen Optimismus erheblich diskontiert, entscheidend die wirtschaftliche Erschließung der betreffenden Gebiete ermöglichen. Einmal kann der Abbau von Erz- und Kohlenlagerstätten im Altai, Nordbalchasch und an der chinesischen Westgrenze, über deren Qualität und Umfang Genaues allerdings noch nicht bekannt ist, sowie von Salzvorkommen im Balchaschgebiet vorgenommen werden. Ferner, und diese Entwicklung dürfte bereits in naher Zukunft einsetzen, ist Westsibirien nun in der Lage, seinen reichen Überschuß an Getreide und Holz — man rechnet für den Anfang mit ca. 600 000 t Getreide und mehr als 150 000 t Holz — nach Turkestan abzugeben, wo bisher Holz fast ein Luxusartikel war. Turkestan hingegen, das bisher aus Mangel an Zufuhrmöglichkeiten gezwungen war, seinen Getreidebedarf im Lande selber anzubauen, soll diesen, gestützt auf die sibirischen Zufuhren, stark einschränken und dafür den Baumwollanbau forcieren, für den die klimatischen Voraussetzungen noch besser sind als für Getreide. Denn die Baumwolle ist der bei weitem wichtigste von Rußland benötigte Rohstoff, belief sich



doch 1927/28 die Baumwolleneinfuhr mit 154 Mill. Tscherwontz auf 16,3% der Gesamteinfuhr und stand damit weit an erster Stelle. Daß Turkestan als unmittelbare Folge des Bahnbaus eine erhebliche Wandlung seiner Wirtschaftsstruktur, teils durch Umstellung, teils durch Neuerschließung erleben wird, ist sicher, fraglich ist nur das Ausmaß und Tempo dieser Wandlungen, ob es vor allem hinreichend sein wird, die russische Textilindustrie vom Ausland unabhängig zu machen. —

Der bereits seit Jahren andauernde, in letzter Zeit sich erheblich verschärfende Boykott ausländischer, besonders aber britischer Waren in Britisch-Indien legt die Frage nahe, welche praktischen Auswirkungen dieser Boykott auf die Gestaltung des britisch-indischen Außenhandels gehabt hat und noch hat. Wenn auch Angaben über die Entwicklung des letzten Halbjahrs, in der sich vermutlich die Wirkung der Boykottbewegung besonders markant widerspiegelt, noch nicht vorliegen, so zeigt doch das Gefüge des Außenhandels bereits einige bezeichnende Veränderungen. Über die Gestaltung der Ausfuhr ist hier nichts Wesentliches zu sagen, dagegen über die Einfuhr. Während die Gesamteinfuhr von 2,26 Milliarden Rupien im Fiskaljahr 1925/26 auf 2,53 Milliarden Rupien im Jahre 1928/29 zugenommen hat, ist die Einfuhr Großbritanniens in derselben Periode von 1,15 auf 1,13 Milliarden Rupien, prozentual von 51% auf 44,7% zurückgegangen. Vor dem Kriege hatte dieser Anteil sogar 64,2% betragen. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als die britische Einfuhr teilweise durch die Schutzzollpolitik bevorzugt wird. Selbstverständlich wird Großbritannien auf bestimmten Gebieten, vor allem der Schwerindustrie, für lange Zeit hinaus ein erdrückendes Übergewicht bewahren, zum mindesten so lange die indische Industrialisierung noch nicht weiter vorgeschritten ist. Ganz und gar nicht gilt dies aber für das Gebiet der Textilindustrie, auf dem sich ja in erster Linie die indische Boykottbewegung auswirkt.

Einmal sank infolge der Entwicklung der indischen Baumwollindustrie die Einfuhr von Baumwollgeweben von 3,1 Mill. yards 1913/14 auf knapp 1,5 Mill. yards 1928/29. Dieser Verlust ging gänzlich auf Kosten Großbritanniens. Darüber hinaus aber, und dies ist in diesem Zusammenhang wichtig, sank auch der Anteil Großbritanniens an der Einfuhr dieses Artikels von 97,1% 1913/14 über 82,6% 1926/27 auf 75,2% 1928/29. Der Nutznießer dieser Entwicklung war Japan, dessen Anteil — 1913 gleich null — sich 1928/29 auf 18,4% belief. Die zunehmende Bedeutung der japanischen Gewebe auf dem indischen Markt ist um so beachtlicher, als Japan seine Baumwolle in Indien kauft — etwa ein Drittel der Gesamternte — und seine Gewebe einen höheren Zoll als die englischen bezahlen müssen. Inwieweit diese Bevorzugung Japans auf nationale, inwieweit auf rein wirtschaftliche Gründe zurückzuführen ist, ist freilich schwer zu sagen.

Eine Ausnahmestellung nehmen — allerdings aus produktionstechnischen Gründen — die Bezüge von Baumwollgarn ein. Während hier die Einfuhr von 1925 bis 1929 wertmäßig um 20% abnahm, hat sich der Anteil Großbritanniens von 31% auf 53% gehoben, der Japans von 65% auf 26% gesenkt. Dies hängt damit zusammen,

daß die groben Garne, die früher überwiegend aus Japan kamen, nun in Indien selbst hergestellt werden, während die feineren Garne nur in Lancashire bezogen werden können.

Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die oben skizzierte Tendenz sich auch in allerletzter Zeit fortgesetzt hat und auch in Zukunft noch fortsetzen wird, in welchem Ausmaß, kann nur die Zukunft lehren. Dann werden sich auch die Schädigungen für die englische Wirtschaft genauer bemessen lassen.

Am 12. April ist nach langwierigen Verhandlungen und manchen Stockungen ein deutsch-österreichischer Handelsvertrag unterzeichnet worden. Die Schwierigkeiten der Unterhandlungen und, wie vorweggenommen sei, die Magerkeit des Ergebnisses beruhen auf einer Reihe besonderer Umstände, die vom Außenstehenden leicht übersehen werden. Während nämlich der deutsche Anteil am österreichischen Außenhandel sich 1928 auf 19,8% im Import und 18,4% im Export belief, war umgekehrt Österreich 1929 nur mit 3,1% an der deutschen Ausfuhr und 1,4% an der Einfuhr beteiligt. Von österreichischer Seite bestanden daher größere Hemmungen, wesentliche Zugeständnisse zu machen, da diese das Wirtschaftsgefüge viel stärker beeinflussen würden als beim Reich. Umgekehrt war aber auch das Reich in der Einräumung von Vertragszöllen sehr behindert durch seine anderweitigen handelsvertraglichen Bindungen. Denn den Konkurrenten Österreichs am deutschen Markt, wie z. B. der Tschechoslowakei, der Schweiz und zum Teil auch Frankreich, wären dann risikolos und ohne Gegenleistung Zollbegünstigungen in den Schoß gefallen, die in ihrer Gesamtheit für die deutsche Wirtschaft nicht tragbar erschienen. So ist es nicht mangelndes Entgegenkommen gegenüber Österreich, sondern notwendige Rücksicht auf die internationalen handelsvertraglichen Bindungen, die Ursache für die verhältnismäßig geringen deutschen Zugeständnisse ist.

Hinzu kommt, daß die landwirtschaftliche Struktur beider Länder gewisse Verwandtschaften aufweist und angesichts der allgemeinen Notlage auf diesem Gebiet keine Ergänzungsmöglichkeiten bestehen.

Was den Inhalt des Vertrages anbetrifft, so genügt es hier anzumerken, daß neben dem selbstverständlichen Meistbegünstigung und sehr enger Eisenbahnabreden Deutschland neue Vertragszölle für bestimmte Strick- und Wirkwaren (Wiener Spezialitäten) und bevorzugte Kontingente für Holz eingeräumt hat, während Österreich als Wichtigstes eine Freiliste für in Österreich nicht hergestellte Maschinen gewährte, die stark auf die deutsche Maschinenindustrie zugeschnitten ist, so daß dritte Staaten kaum hiervon Nutzen ziehen dürften.

Alles in allem trägt der Vertrag ausgesprochenen Übergangscharakter. Wenn schon aus weltpolitischen Gründen in nächster Zeit an eine völlige Vereinigung des „einen Volkes mit zwei Regierungen“ nicht gedacht werden kann, wenn schon infolge der auf beiden Seiten durch die ähnliche Wirtschaftsstruktur bestehenden Widerstände nicht einmal eine Zollunion in greifbare Nähe gerückt ist, so ist es doch dringend erwünscht und wohl auch praktisch möglich, daß handelspolitische

Abmachungen zwischen Deutschland und Österreich ausdrücklich von der Meistbegünstigungsklausel gegenüber dritten Staaten ausgeschlossen werden, wie dies z. B. Lettland für seine Abmachungen mit Rußland und seinen baltischen Nachbarn bereits tut. Dann wird es auch Deutschland und Österreich möglich sein, sich gegenseitig größere Zugeständnisse zu machen, ohne befürchten zu müssen, daß dritte Staaten hieraus einseitigen Nutzen ziehen.

JOSEPH MENDEL:

### *Die kommende Weltkraftkonferenz und die Energiewirtschaft der Erde III*

#### Die Oststaaten

Deutsch-Österreich hat wie kein zweites Land seine Energie- und Kraftwirtschaft völlig umstellen müssen. Zu seiner ganz geringfügigen Kohlenförderung (200 000 t Steinkohle) muß es ein Mehrfaches an Kohlen einführen (fast 70% aus Polen und ca. 30% aus der Tschechoslowakei). Deutsch-Österreich hat seine Erdölgrundlage Galizien völlig an Polen verloren. Es brachte aber 1928 hinreichende Mengen Erdöl namentlich aus Rumänien, z. T. auch aus Rußland, zur Einfuhr. Während im alten Österreich-Ungarn speziell den heutigen deutsch-österreichischen Teilen Elektrizität mittels Steinkohle durch Dampfkraft gewonnen wurde, wenn auch in den heute italienischen Teilen keineswegs beträchtliche Wasserkraftwerke fehlten, hat man seitdem die gesamten Wasserkräfte des Landes weitgehend ausgebaut. Bis 1920 waren 1280 Mill. kWh als maximales Jahresarbeitsvermögen ausgenutzt, bis Ende 1928 sind weitere 1000 Mill. kWh ausgebaut worden, die gesamten ausbauwürdigen Wasserkräfte werden auf rund 20 Milliarden kWh geschätzt. Die großen mit österreichischem aber auch deutschem Kapital geförderten Wasserkraftobjekte erstreckten sich auf Steiermark (Enns, Zillertal), auf Westtirol, Vorarlberg (Ill-Werke) und betreffen neuerdings das Hohe Tauernprojekt. Österreich ist imstande, aus den Überschußgebieten Deutschland und auch Italien mit elektrischem Strom zu versorgen. Erfreulich ist die endlich erfolgte staatliche gesetzliche Regelung des österreichischen Elektrizitätswesens.

Tschechoslowakei. Die Steinkohlenförderung hat den Vorkriegsstand etwas überschritten. Die Braunkohlenförderung reicht noch nicht wieder voll an ihn heran, wenn sie auch in den letzten Jahren gut fortgeschritten ist. Von der Steinkohlenförderung gelangen heute etwa 10—12% zur Ausfuhr, davon  $\frac{3}{4}$  nach Deutsch-Österreich, kleinere Beträge nach Ungarn und Deutschland, von der Braunkohlenförderung etwa der siebente Teil, davon 90% nach Deutschland, etwa 10% nach Deutsch-Österreich. Die Einfuhr an Steinkohlen kam zu etwa  $\frac{3}{5}$  aus Deutschland,  $\frac{2}{2}$  aus Polen. Die Mineralöleinfuhr (davon 50% Benzin) in die Tschechoslowakei, die keine eigene Erdölproduktion besitzt, stellte sich



1928 auf 328000 t und stammte zu etwa  $\frac{1}{3}$  aus Sowjet-Rußland,  $\frac{1}{3}$  aus Polen,  $\frac{1}{4}$  aus Rumänien. Die nicht unbedeutenden Wasserkräfte sind namentlich an den Oberläufen der Moldau, Morawica und Elbe belegen. Auch werden an der Elbe Tal Sperren und Stauwerke ausgebaut werden. Die Elektrizitätsleistung von gegenwärtig etwa 800000 kW ruht zu 12% auf Wasserkraftenergie, zu 88% auf billiger Dampfkraft. An den gemeinnützigen Elektrizitätswerken ist der Staat mit etwa 20% beteiligt. Nach dem neuen Elektrifizierungsgesetz sind staatliche Subventionen für Ortsnetze vorgesehen. Dank ihrer zentralen Lage wird die Tschechoslowakei namentlich nach Sachsen, aber auch nach Deutsch-Österreich Elektrizität ausführen können.

Polens Kohlenförderung (Oberschlesien, Dombrowa und um Krakau) hat 1928 mit  $40\frac{1}{2}$  Mill. t ihren Höhepunkt erreicht. Die polnische Kohle, die lange nicht allein im Lande verbraucht werden kann, ist in den letzten Jahren, begünstigt durch niedrige Gesteungskosten (Lohn und Fracht) unter rücksichtslosen, teils verlustbringenden Preisunterbietungen auf den Weltmarkt gedrängt worden. Hauptausfuhrgebiete bilden neben Schweden und Dänemark Deutsch-Österreich und die Tschechoslowakei. Von der polnischen (ehemals galizischen) Mineralölgewinnung und -verarbeitung werden etwa 45% exportiert, 55% bleiben für den Inlandsverbrauch. Die Ausfuhr hat allerdings zugunsten des Inlandsverbrauchs nicht unwesentlich nachgelassen, zum Teil auch deshalb, weil mit Deutschland die bekannten Handelsvertragsschwierigkeiten immer noch nicht gelöst waren. Der Export geht zu über 35% nach der Tschechoslowakei, 25% nach Danzig, 15% nach Österreich. Trotz weitgehender Kontrolle polnischer Erdölgesellschaften durch französisches Kapital ist die Mineralölausfuhr nach Frankreich relativ unbedeutend. Dank seiner reichen Kohlenvorräte konnte Polen seine Elektrizitätswirtschaft auf Dampfkraft in den letzten Jahren weitgehend ausbauen. Die bestversorgten Gebiete sind natürlich, außer den Großstädten Warschau, Lodz, die der Großindustriegebiete, ferner Schlesien, die pommerschen Teile, dazu Lublin und Wilna, während Ostpolen noch nicht genügend aufgeschlossen ist.

### Die Nordstaaten und Rußland

Dänemark führt englische, polnische und deutsche Steinkohle ein, erstere, da es auf den Absatz seiner Molkereizeugnisse nach England (neben Deutschland) angewiesen ist. Die Elektrizitätsgewinnung ruht hier in der Hauptsache auf Wärmekraftwerken (Dampf- und Dieselkraftwerken). Das Land erhält elektrische Energie von Schweden durch das Öresundkabel.

Schwedens Köhlenförderung beträgt heute 400000 t. Dazu führte es 1913 das 12fache, heute etwa das 10fache, d. h. 4 Mill. t Kohle und die doppelte Menge gegenüber früher, nämlich 1,1 Mill. t Koks ein. Die Elektrizitätsindustrie fußt zu 95% auf Wasser- und nur zu 5% auf Dampfkraftwerken. Vorhanden sind etwa  $8\frac{1}{2}$  Mill. kW Wasserkräfte, von denen 6 Mill. kW wirtschaftlich nutzbar sind, ausgebaut sind davon etwa 25%. Die Energieerzeugung beläuft sich auf über  $4\frac{1}{2}$  Mil-

liarden kWh. Die elektrischen Kraftwerke gehören hauptsächlich dem Staat und den Kommunen. Sie dienen zur Elektrifizierung der Staatsbahnen und zur Versorgung der schwedischen Eisen- und Metallindustrie mit elektrischer Kraft (Roh-eisenerzeugung, Elektrostahlgewinnung). Auch beansprucht die elektrochemische Industrie (Gewinnung von Aluminium und Salpetersäure, Zellstoff- und Papierfabrikation) beträchtliche Mengen.

Norwegen besitzt heute auf Spitzbergen riesige Kohlenreserven (geschätzt auf 13 Milliarden t), von denen aber heute nur ganz geringe Teile ausgebeutet werden (1928 308 000 t). Es führte dazu etwa 2 Mill. t Steinkohle und etwa 500 000 t Koks ein. In den letzten Jahren ist der 100%ige englische Anteil der Einfuhr auf 70% herabgegangen, während der Rest aus Polen gedeckt wird. Die elektrische Krafterzeugung, 1928 über 8 Milliarden kWh, ruht lediglich auf den Wasserkraften. Der Verbrauch der elektrischen Energie erfolgt seitens der Landwirtschaft direkt und in Form von Stickstoff, seitens der Elektrochemie und Elektrometallurgie sowie der Holzindustrie. Die Stromversorgung ruht im Gegensatz zu den städtischen und großgemeindlichen Betrieben hauptsächlich in Händen des privaten Kapitals.

Rußland, das Reich riesiger Erdölschätze, brauchte auch heute auf eine Steigerung seiner Steinkohlengewinnung nicht allzu großen Eifer zu verwenden. Die Kohlenförderung aber ist um mindestens 30% unter Berücksichtigung des heutigen Gebietes gegen die Vorkriegszeit gestiegen, obwohl durch das Ausscheiden Polens aus Rußlands die beträchtlichen Kohlenmengen des Dombrowaer Reviers letzterem verloren gegangen sind. Die russische Naphthagewinnung, die durch den Krieg und durch die Revolution völlig an den Rand des Unterganges gelangt war, hat schon heute die Vorkriegshöhe wieder überschritten. Die Elektrizitätsindustrie (105 Milliarden) ruht sowohl auf Wasser- wie auf Dampfkraft zu etwa gleichen Teilen. Die Elektrifizierung der Bahnen wird noch längere Zeit auf sich warten lassen müssen, da die bequeme Naphthaversorgung der Eisenbahnlokomotiven einstweilen genügt. Aussichtsvoll dagegen ist die Anwendung der elektrischen Energie für Verhüttung der Kupfer-, Eisen- und Manganerze. Auch die weitausgedehnten Torfmoore Nord- und Zentralrußlands werden in steigendem Maße zur Elektrizitätsgewinnung genutzt und dürften nach und nach die betreffenden Gebiete der Naphthazufuhr entziehen.

### Geopolitische Zusammenfassung

Das Weltbild der Nutzung der Energiequellen wird in den kommenden Jahren, selbst wenn die heutigen politischen Grenzen feststehen sollten, noch weitgehende Verschiebungen erfahren, da die einzelnen Länder darauf bedacht sein müssen, ihre eigenen Energiequellen nutzbar auszubauen und sparsamer und rationeller zu verwenden. Die fortschreitende Technik wird ihrerseits weitere Erfolge in einer immer rationelleren Gestaltung der Energiequellen und ihrer Verwendung aufzuzeigen haben, sei es durch Wandlung der chemischen Prozesse, sei es durch

Verbesserung der Maschinen. Darüber aber kann kein Zweifel bestehen, daß trotz der politischen Spannungen die zur Zusammenarbeit treibenden Kräfte in den einzelnen Ländern größer sind und größer sein werden als erstere und als bisher.

Wenn heute die Länder der Welt zur wirtschaftlichen Aussprache darüber zusammentreten, wie die Kraftquellen der Welt und der einzelnen Länder gemäß den Fortschritten und dem Stand der Technik und Wirtschaft zu erschließen sind, um im gegenseitigen Lernen voneinander eine vernunftgemäße Energiepolitik einzuleiten, die möglichst an die richtigste Nutzung der eigenen wirtschaftlichen Rohstoffe und Kraftquellen anknüpft, um zugleich die eigenen Interessen zu schützen, aber auch den Nachbarn in eigenem wohlverstandenen Interesse zu nützen, so kann eine richtige Energiepolitik im einzelnen nur aus dem dauernd betätigten Verständnis und der Nutzung der räumlich-geographischen Gegebenheiten der Rohstoffe, der Energiequellen und der Energieträger heraus betrieben werden. Aber auch im Hinblick auf die politische Konstellation und Einstellung bleibt für die einzelnen Länder genug Arbeit, um die Anwendung der einzelnen Energiequellen und ihre Nutzung im eigenen Lande gegeneinander abzuwägen. Von diesem Gesichtspunkt aus besitzen Erörterungen, ob im Einzelfalle Wasserkraft z. B. aus Rentabilitätsgründen der Kohle, Dampfkraft und Gaskraft der Elektrizität vorzuziehen seien, nur eine untergeordnete Bedeutung. Man wird hier nach den räumlichen Gegebenheiten und von wirtschaftlichem Gesichtspunkt unter Würdigung aller dieser Verhältnisse im Einzelfalle zu entscheiden haben. Vor allem aber wird man die weiteren Zwecke bei der Anwendung der Energiequellen ins Auge zu fassen haben, worauf schon z. B. bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion mittels Anwendung künstlicher Düngemittel hingewiesen wurde, womit unmittelbar Ernährungs- und Bevölkerungsproblem und -politik sich verknüpfen.

So wird die große Weltkraftkonferenz in Berlin und ihre Nachfolgerinnen in anderen Staaten unter voller Klärung und Herausarbeitung der von Land zu Land verschiedenen Aufgaben ein Werk des Friedens sein, indem sie Entwicklungsmöglichkeiten für die einzelnen Länder und ihre Bevölkerung in bisher ungeahntem Ausmaße anregt, und dadurch den Blick dafür schärft, politische Reibungsflächen zu vermindern. Wie andererseits auch das jüngste Beispiel, das England und Frankreich mit ihrer Ölpolitik in der Welt gegeben haben, zeigt, daß heute nicht nur mehr Landfläche und Rohstoffe als vielmehr Energiequellen Gegenstand auch politischer Entwicklung zu werden vermögen, dem gegenüber allerdings das vereinte Bestreben größtmöglicher Ausnutzung im eigenen Lande vorhandener Schätze, friedlicher Austausch von Energie mit dem Auslande, auch von dieser Seite her als politisches Gegengewicht gewertet werden muß.



## Statistik der landwirtschaftlichen Erzeugung II

### ANBAU UND ERNTEN WICHTIGER LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE

Länder	Durchschnitt 1909/13 (1909/10—1913/14)		1926 (1926/27)	1927 (1927/28)	1928 (1928/29)			1929 (1929/30)
	Anbau- fläche 1000 ha	Ernte 1000 dz			Anbau- fläche 1000 ha	Ernte 1000 dz	Ertrag dz je ha	
1	2	3	4	5	6	7	8	9

#### Zuckerrüben

Deutschland .....	467	139 863	104 953	108 541	454	110 107	242,3	110 914
Frankreich .....	246 <sup>1</sup>	58 962	48 603	60 024	251	55 913	222,5	53 615
Polen .....	168	41 133	37 249	36 201	234	49 028	209,3	—
Rußland (UdSSR.)..	607	99 158	63 578	100 971	769	101 430	126,0	84 000
USA .....	196	44 092	70 289	73 881	261	64 419	243,2	69 599
<b>Welt .....</b>	<b>2322</b>	<b>543 071</b>	<b>534 516</b>	<b>615 004</b>	<b>2956</b>	<b>610 362</b>	<b>206,5</b>	<b>—</b>

#### Zuckerrohr

Kuba .....	541	199 156	410 516	355 215	—	432 894	—	—
USA .....	193	56 611	—	—	—	—	—	—
Brit. Indien .....	952	—	—	—	1042	—	—	—
Philippinen .....	173	—	—	—	—	—	—	—
Niederl. Indien .....	105	143 252	189 599	208 523	194	—	—	—

#### Kakao

Goldküste .....	93	349	2345	2133	366	2233	6,1	—
Trinidad Tobago ...	123	161	151	169	77	177	—	—
Kolumbien .....	15	37	51	50	—	—	—	—
Brasilien .....	—	316	527	518	—	—	—	—
Equador .....	—	374	218	236	—	230	—	—
<b>Welt .....</b>	<b>—</b>	<b>2350</b>	<b>4866</b>	<b>4891</b>	<b>—</b>	<b>5115</b>	<b>—</b>	<b>—</b>

#### Tee (in 1000 kg; Spalte 8: kg je ha)

Ceylon .....	162	85 736	98 512	102 982	182	107 374	589,6	—
Brit. Indien .....	234	126 564	178 231	177 317	—	177 100	—	—
Niederl. Indien .....	—	—	62 920	65 078	—	73 270	—	—
Japan .....	49	32 082	36 225	36 966	43	39 087	913,1	—
<b>Welt .....</b>	<b>552</b>	<b>285 828</b>	<b>388 891</b>	<b>394 966</b>	<b>716</b>	<b>408 870</b>	<b>571,0</b>	<b>—</b>

#### Kaffee

Brasilien .....	1805	7952	8510	17000	2843	13800	4,9	—
Guatemala .....	134	482	613	618	—	—	—	—
Nicaragua .....	97	82	114	117	—	—	—	—
Niederl. Indien ...	186 <sup>2</sup>	357	390	644	—	570	— <sup>2</sup>	—
Haiti .....	—	—	488	566	—	—	—	—
<b>Welt .....</b>	<b>—</b>	<b>348</b>	<b>287</b>	<b>411</b>	<b>142</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
		<b>12 078</b>	<b>14 222</b>	<b>23 586</b>	<b>—</b>	<b>20 500</b>	<b>—</b>	<b>—</b>

<sup>1</sup> Frühere Grenzen. — <sup>2</sup> Obere Zeile: Europäerpflanzungen; untere Zeile: Export aus Eingeborenenpflanzungen.

Länder	Durchschnitt 1909/13 (1909/10—1913/14)		1926 (1926/27)	1927 (1927/28)	1928 (1928/29)			1929 (1929/30)
	Anbau- fläche 1000 ha	Ernte 1000 dz			Anbau- fläche 1000 ha	Ernte 1000 dz	Ertrag dz je ha	
1	2	3	4	5	6	7	8	9

## Tabak

USA.....	495	4518	5887	5497	767	6235	8,1	6808
Brit. Indien.....	424	—	—	—	463 <sup>1</sup>	—	—	—
Niederl. Indien <sup>2</sup> ...	—	636	485	444	—	—	—	—
	115	—	343 <sup>3</sup>	342 <sup>3</sup>	177	—	—	—
Philippinen.....	62	295	454	502	80	462	5,7	—
Rußland (UdSSR.)..	68	1045	1941	1675	84	1324	15,8	—
<b>Welt.....</b>	<b>1129</b>	<b>9971</b>	<b>14678</b>	<b>14200</b>	<b>1747</b>	<b>14257</b>	<b>8,2</b>	—

## Rapssaat

Brit. Indien.....	2586	12354	9236	10202	2400	8616	3,6	—
Japan.....	136	1219	696	<sup>4</sup>	72	716	10,0	—
Rumänien.....	75	513	171	143	63	266	4,2	—
Deutschland.....	29	31	16	21	17	23	11,8	—
<b>Welt.....</b>	<b>2878</b>	<b>15021</b>	<b>10912</b>	<b>11839</b>	<b>2648</b>	<b>10730</b>	<b>4,1</b>	—

## Olivenöl (nur Produktion)

Spanien.....	—	2197	2301	6656	—	1914	—	—
Frankreich.....	—	95	80	—	—	—	—	—
Italien.....	—	1632	1695	1442	—	2160	—	—
Griechenland.....	—	897	614	724	—	1001	—	736
Portugal.....	—	227	158	905	—	258	—	585
<b>Welt.....</b>	—	<b>5831</b>	<b>5650</b>	<b>10591</b>	—	<b>6185</b>	—	—

## Baumwollsaat

USA.....	13821	52695	72412	52245	18349	57969	3,2	—
Brit. Indien.....	9102	18104	21240	25210	10718	23830	2,2	—
Ägypten.....	705	6101	7075	5607	730	7280	10,0	—
Rußland (UdSSR.)..	635	4179	3916	5628	919	6236	6,8	—
Brasilien.....	359	1814	2100	<sup>5</sup>	525	2190	4,2	—
<b>Welt.....</b>	<b>26739</b>	<b>96548</b>	<b>121193</b>	<b>105868</b>	<b>34102</b>	<b>111626</b>	<b>3,3</b>	—

## Hanf (Faser)

Rußland (UdSSR.)..	687	3290	2886	2411	964	3311	3,4	—
Italien.....	81	835	1212	830	85	857	10,1	873
Polen.....	33	205	194	182	29	201	6,9	—
Südslawien.....	—	—	258	315	31	189	6,8	—
<b>Welt.....</b>	<b>955</b>	<b>5496</b>	<b>5390</b>	<b>4503</b>	<b>1230</b>	<b>5256</b>	<b>4,3</b>	—

<sup>1</sup> Nur in den britischen Gebieten. — <sup>2</sup> Obere Zeile: Europäerpflanzungen; untere Zeile: Eingeborenenpflanzungen nur auf Java. — <sup>3</sup> Export von geringwertigen Tabak aus Eingeborenenpflanzungen. — <sup>4</sup> Die Angaben für 1927 unter Sp. 6—8. — <sup>5</sup> Die Angaben für 1927/28 unter Sp. 6—8.

Länder	Durchschnitt 1909/13 (1909/10—1913/14)		1926 (1926/27)	1927 (1927/28)	1928 (1928/29)			1929 (1929/30)
	Anbau- fläche 1000 ha	Ernte 1000 dz			Anbau- fläche 1000 ha	Ernte 1000 dz	Ertrag dz je ha	
1	2	3	4	5	6	7	8	9

## Flachs (Faser)

Rußland (UdSSR.)..	1295	5130	3154	2921	1757	3457	2,0	3697
Polen .....	82	421	505	578	114	520	4,6	—
Lettland .....	70	302	253	186	69	146	2,1	223
Litauen .....	55	242	384	336	95	346	3,6	360
Estland .....	42	169	92	96	34	78	2,3	106
<b>Welt .....</b>	<b>1728</b>	<b>7410</b>	<b>5513</b>	<b>5097</b>	<b>2245</b>	<b>5616</b>	<b>2,5</b>	<b>—</b>

## Baumwolle (Produktion entkernter Baumwolle)

USA .....	13821	28258	38978	28091	18349	31391	2,7	32347
Brasilien .....	359	907	1050	1	525 <sup>1</sup>	1095 <sup>1</sup>	2,1 <sup>1</sup>	—
Brit. Indien .....	9102	7770	9115	10819	10718	10229	1,0	9652
Rußland (UdSSR.)..	635	1962	1678	2155	913	2460	2,9	2930
Ägypten .....	705	3150	3438	2735	730	3526	4,8	3557
<b>Welt .....</b>	<b>26739</b>	<b>47893</b>	<b>60407</b>	<b>51508</b>	<b>34102</b>	<b>54972</b>	<b>1,6</b>	<b>—</b>

## Jute

Brit. Indien .....	1199	15281	22012	18485	1267	17901	14,1	—
<b>Welt .....</b>	<b>1202</b>	<b>15316</b>	<b>22061</b>	<b>18532</b>	<b>1270</b>	<b>17950</b>	<b>14,1</b>	<b>—</b>

Länder	Ausfuhrüberschüsse in 1000 dz				
	Durchschnitt 1909—13	1926	1927	1928	1929
1	2	3	4	5	6

## Wolle

Argentinien .....	1447	1443	1568	1300	—
Uruguay .....	631	539	688	534	—
Südafr. Union .....	657	958	1178	1286	—
Australien .....	2833	3532	3439	3215	353
Neuseeland .....	850	966	1000	1028	1075

## Copra

Ceylon .....	416	1226	1006	1003	—
Niederl. Indien .....	2378	3769	3053	4408	—
Philippinen .....	1312	1740	1992	2334	—

## Kautschuk

Brasilien .....	385	233	249	178	—
Niederl. Indien .....	46	2424	2860	2733	—
Ceylon .....	46	548	567	581	—
Brit. Malaya .....	—	2431	1977	—	—

<sup>1</sup> Die Angaben für 1927/28 unter Sp. 6—8.



Länder	Produktion in 1000 kg				
	Durchschnitt 1906-10	1926	1927	1928	1929
I	2	3	4	5	6
<b>Rohseide</b>					
Frankreich . . . . .	583	240	295	205	—
Italien . . . . .	4450	3855	4627	4836	—
Levante und Zentralasien . . . . .	2836	770	725	815	—
China <sup>1</sup> . . . . .	7191	8745	8660	9215	—
Japan <sup>2</sup> . . . . .	7448	30025	31225	33600	35600
Indien <sup>3</sup> . . . . .	278	55	80	60	—
<b>Welt . . . . .</b>	<b>23212</b>	<b>44140</b>	<b>46070</b>	<b>49185</b>	<b>—</b>

## K. HAUSHOFER:

*Deutsche und romanische Geopolitik*

Es ist nicht zum ersten Male, daß wir — statt mit stillem Neid auf die glänzende Entwicklung der italienischen Monatsschrift „Univerto“ (Istituto geografico militare Florenz-Firenze) zu blicken — unsere Leser bitten müssen, dieses nicht nur erdkundlich, sondern auch wehrgeographisch vorzügliche Erziehungsmittel des dritten Italien immer wieder einzusehen, um von ihm zu lernen. Selten wird in Weltvölkern eine sehr ernste und wichtige Seite ihrer geographischen Schulung „als geistige Richtschnur und höchster Seelenerziehungswert der Nation“ so klar umschrieben und das dahin zielende Schrifttum jüngster Zeit so deutlich genannt, wie in Cosimo Bertacchis Vermächtnisrede: „Lo studio della geografia e la scuola Italiana“ (Univerto, Jahrg. XI, Heft 4). Noch seltener aber werden die vielgewundenen Wege in der geopolitischen Praxis romanischer Völker an einer typischen Probe so deutlich, wie an René Pinons Beitrag zu den amerikanischen „Current History“ (Mai 1929) über das Leitmotiv der französischen Außenpolitik am Rhein! Wohl hat Hermann Oncken vom Standpunkt der Weltgeschichte neuer Legendenbildung Riegel vorzuschieben versucht („Das angebliche Leitmotiv in der Geschichte der französischen Außenpolitik“, Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, herausgegeben von Alfred v. Wegerer, 8. Jahrg., Nr. 4), aber es fehlt das ergänzende Schloß auf der andern, der geographischen Seite. Wie diese Legendenbildung längst bei uns an der entscheidenden Stelle, der Schule, tief in das natürliche Abwehrgefühl für die Erhaltung eines beständig von diesem Nachbarn zurückgedrängten Lebensraums hineingefressen hat, das braucht man nur bei der Einstellung von etwa zwei Dritteln ihrer Lehrer zum Erhaltungsgedanken der volkspolitischen Grenzen des deutschen Volks- und Kulturbodens zu untersuchen. Ein Drittel etwa tut freilich das Übermenschliche, um die erdkundliche Kenntnis dessen, was wirk-

<sup>1</sup> Export aus Schanghai und Canton. — <sup>2</sup> Export aus Yokohama und Kobe. — <sup>3</sup> Export aus Bengalen und Kaschmir.



lich ist, zu erhalten, wenn er Glück hat, zu verbreiten. Der größere Teil aber erliegt der Überlegenheit romanischer Geopolitik im Westen und Süden, indirekt auch im Osten und Norden. Nun ist es unbestreitbares Recht jedes Angeklagten, auch des seine angeblichen natürlichen Grenzen fortwährend überschreitenden, zu verschweigen, was ihm schädlich ist, und nur solche Wahrheit grell zu beleuchten, die ihm nützt. Darin liegt die romanische Überlegenheit!

Die Verteidigung des Rheins in diesem Falle dem Historiker ganz besonders gern überlassend, um so mehr, als sie mit allen Mitteln erdkundlicher Wahrheit ja ohnehin auch im „Rheinwerk“ des Geopolitik-Verlags geführt wird, wollen wir aus einer von ihrem nationalen Standpunkt durchaus berechtigten italienischen Mahnung nur herausstellen und unterstreichen, was unsere Schule auch in ihrem friedensfreundlichsten Vertreter aus der Mahnung Bertacchis an sein Volk an geopolitischen Folgerungen ziehen könnte.

Das ist vor allem die beständige Beziehung aller Erscheinungen des Weltbildes auf die Erhaltung des Vaterlandes, der eigenen Lebensform am Leben: die großartige Betonung des „primum vivere“ des Neurömers, sein Sehen des Landes als Grundlage des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens seines Volks, seines Volkes!\*) — Er verschmäht es nicht, sich dabei auf die wehrgeographischen Werke von Porro, von de Ambrosis zu stützen, während es bei uns gegenüber früheren Soldaten nur zuweilen unter entschuldigendem Hinweis darauf geschieht, daß ausnahmsweise auch Generale noch andere Bücher gelesen hätten als rein militärische. Nicht das Verneinende, aber das Bejahende wollen wir aus dem Appell des italienischen Forschers an sein Volk für das unsere auslesen, während uns die Wege des Franzosen nur der Aufdeckung von Minengängen, der Abwehr nützlich zu sein scheinen. Das ist wohl der große Unterschied zwischen den beiden großen romanischen Mächten, wie er auch in London zutage trat und selbstverständlich in ihrer wissenschaftlichen Arbeit geradeso offenbar werden muß, wie sonst in ihrem sich wandelnden Charakter. Aber sie kennen einander! Mit welcher überlegenen Geste schiebt der Italiener den plumpen Täuschungsversuch des britischen „Economist“ beiseite, daß Frankreich mehr Schiffe und Sicherheit brauche als Italien, „weil es an zwei Meeren liegt, Italien nur an einem“. Drei Meere um die Halbinsel stehen jenen zweien, den Braunen und Schwarzen Frankreichs über See 10 Millionen weiße Italiener dort bei Bertacchi sofort gegenüber. Man kennt eben ein „Sicherheits“-Bedürfnis jenseits, das italienischen Volksboden in Nizza und Korsika, das Stammland der Dynastie — alles wohl nur in Verteidigung? — abriß, aber man erkennt es wenigstens in der Erdkunde, in der Wissenschaft, in der Schule nicht an! Das könnten wir von dem italienischen Geographen übernehmen!

\*) Schon dem Volksschüler wird Form und Umriss seines Lebensraums dadurch eingeprägt, daß die meisten Schulhefte auf der leeren Rückseite eine einfache, klare Landkarte Italiens tragen.



# DER

# RHEIN

SEIN LEBENSRAUM/SEIN SCHICKSAL

## HERAUSGEBER:

BAND 1: Erdraum und Erdkräfte

PROFESSOR DR. **K. HAUSHOFER**

BAND 2: Landschaft und Menschheit

PROFESSOR DR. **K. WIEDENFELD**

BAND 3: Der Mensch und sein Geist

In Verbindung mit PROFESSOR DR. **H. ONCKEN:**

ARCHIVRAT DR. **P. WENTZKE**

Ein Standwerk in 12 Teilbänden

## ERSCHIENEN ODER IM ERSCHEINEN BEGRIFFEN:

Band 1: 1. Buch: **PHYSIK DES ERDRAUMS:** Prof. O. Wilckens, Das ober-rheinische System / Prof. G. Fliegel, Rheinisches Schiefergebirge und nieder-rheinisches Tiefland / Prof. O. Maull, Geomorphologie und geomorphologische Wirkungen des rheinischen Lebensraums / Prof. P. Polls, Klima und Niederschlags-verhältnisse im Rheinstromgebiet / Ober-baurat Dr. K. Kupferschmid, Das Stromgebiet und seine Kräfte / Prof. F. Machatschek, Die Rheinwasserscheide in den Alpen und im Jura / Studienrat Dr. K. Löffler, Die Wasserscheide zwischen Rhein und Donau / Dr. W. Panzer, Die Wasserscheide des Rheingebietes gegen die norddeutschen Tieflandsströme / Legationssekretär Dr. F. Leyden, Die

Maas- und Schelde-Landschaft / Prof. O. Jessen, Die flämisch-niederländische Küste.

Band 1: 2. Buch: **BODENWERTE UND WEGSAMKEIT:** Prof. N. Tilmann, Die Bodenschätze / Dr. K. G. Schmidt, Die Böden des Rheingebietes / Prof. O. Maull, Verkehrsgeographie des Rheingebietes.

Band 1: 3. Buch. **LEBEN UND RAUM:** Prof. K. Troll und Dr. H. Gams, Pflanzenwelt und Vorbedingungen der Pflanzenwirtschaft / Prof. F. Zschokke, Die Tierwelt / Prof. N. Krebs, Die Wohnbarkeit der Rheinlandschaft / Prof. H. Schmittbenner, Die kulturveränderte Landschaft und das Siedlungsbild der Gegenwart.

**Verlangen Sie Sonderprospekt!**

**KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH**



**DUNCKER & HUMBLOT / MÜNCHEN**

**SOEBEN NEU:**

## **Die völkerrechtliche Stellung Irlands**

Von

**DR. JUR. MICHAEL RYNNE**

B. A. (University College Dublin) und Barrister-at-Law  
(King's Inns Dublin)

XII, 435 Seiten. Preis: 23 Mark, Ganzleinenband 27 Mark

Dieses Grundwerk der politischen Geschichte Irlands ist ein Handbuch für alle auf Irland bezüglichen staats- und völkerrechtlichen Fragen von den ältesten Zeiten bis heute. Das Buch behandelt unabhängig, erschöpfend und unparteiisch aus ersten Quellen wie kein Werk bisher in irgendeiner Sprache die völkerrechtliche Stellung der britischen Dominions Kanada, Australien, Südafrika, Irland und Neuseeland.

Die außerordentliche Unterstützung des Verfassers durch die namhaftesten Persönlichkeiten Irlands, an der Spitze durch den Generalgouverneur des irischen Freistaates Herrn James MacNeill, namentlich aber durch die juristische Fakultät der Universität München, geben dem Werk neben seiner praktischen Bedeutung einen besonderen wissenschaftlichen Rang.

**SOEBEN NEU:**

**ARNOLD BERGSTRÄSSER**

Privatdozent a. d. Universität Heidelberg

## **Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen**

Preis: 4 Mark

Das Problem — „Verständigung“ als neue Form zwischenstaatlicher Politik nach dem Kriege — Die Verständigungsbewegung in der öffentlichen Meinung — Wirtschaftliche Zusammenarbeit — Kulturelle Begegnung — Der Nationalstaat und die Verständigungsidee.

Es geht in dieser Schrift nicht um eine Frage der Gesinnung, sondern des politischen Urteils und der undoktrinären, ruhigen Anschauung der Wirklichkeit. Aus dieser nüchternen, aber äußerst vielseitigen Betrachtung der gegenwärtigen Verflechtung des Prinzips der „Macht“ mit dem Prinzip der „Verständigung“ in der internationalen Politik der Nachkriegszeit und aus der Schilderung der neuen Mittel diplomatischer Auseinandersetzung entsteht hier ein gedrungener, inhaltsreicher und klarer Abriss der Politik, der seine Geltung unabhängig vom Wandel der täglichen Tatsächlichkeiten behält. Sinn und grundsätzliche Bedeutung der kulturellen Auslandsarbeit erfahren eine neue Beleuchtung.